

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“. Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Fernruf:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntag.



Anzeigen-Preis für die Seite: 15 Pf. für lokale Anzeigen im „Leben-Snack“ und „Kleiner Kneifer“ in einseitlicher Form; 20 Pf. für alle übrigen Anzeigen, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pf. für alle ausländischen Anzeigen; 1 M. für lokale Zeitungen; 2 M. für ausländische Zeitungen. Ganz, halbe, drittel und vierstel Seiten, durchlaufen, nach beliebter Verordnung. Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechender Rabatt.

Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeordneten Tagen und Wochentagen wird keine Sonderabrechnung.

Bezugspreis für jede Ausgabe: 20 Pf. monatlich. M. 2.- vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bringerladu. M. 8.- vierteljährlich durch alle deutschen Verkaufsstellen, ausländisch Beauftragt. Bezug-Bestellungen nehmen an jedem Tag gegen im Wocheband die Sonntagsausgabe bis Samstag 12. sonst die Ausgaben in allen Teilen der Stadt; in Bielefeld: die dortigen Ausgaben und in den benachbarten Landstädten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Teile.

Anzeigen-Ausnahme: Für die Abend-Ausg. bis 18 Uhr.

Zeitung für die Morgen-Ausg. bis 8 Uhr mittags.

Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Günzelstr. 66, Fernspr.: Amt Uhlhorn 450 u. 451.

Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeordneten Tagen und Wochentagen wird keine Sonderabrechnung.

Donnerstag, 19. Februar 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 83. - 62. Jahrgang.

## Dienstbotenversicherung.

Von Landesversicherungsassessor Seelmann (Oldenburg i. Gr.).

Seit langen Jahren war von den Sozialpolitikern im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege die Einbeziehung der Dienstboten in die reichsgesetzliche Krankenversicherung gefordert. Dieses Ziel wurde endlich nach langen gründlichen Beratungen und unter jüngster Berücksichtigung der Eigenart der Dienstbotenverhältnisse im Sommer 1911 durch die Reichsversicherungsordnung unter Zustimmung aller politischen Parteien erreicht. In der Öffentlichkeit hat sich damals niemand dagegen gewehrt. Als nun aber am 1. Januar diese Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung in Kraft treten sollten und die Höhe der für die Krankenversicherung der Dienstboten zu zahlenden Beiträge bekannt wurde, entstand in nicht geringen Kreisen eine erhebliche Misströmung, die sogar zu Erörterungen in den Parlamenten führte. Dass diese Erörterungen ergebnislos verlaufen müssten, ist selbstverständlich.

Seitdem haben die Dienstherrschaften in grohem Umfang bei den Krankenkassen den Antrag gestellt, die Dienstboten von der Krankenversicherungspflicht zu befreien. Die Dienstherrschaften sind nämlich berechtigt, das Risiko selbst zu übernehmen. Wenn sie sich allen ihren Dienstboten gegenüber durch Vertrag verpflichten, ihnen alles das zu leisten, was sonst die Krankenkasse zu leisten hätte, und wenn die Leistungsfähigkeit der Dienstherrschaft genügend sicher ist, muss die Krankenkasse auf Antrag des Dienstherrn die Befreiung von der Krankenversicherungspflicht aussprechen. Es ist in der Öffentlichkeit behauptet worden, dass das nur für Landkrankenkassen gelte, nicht auch für Ortskrankenkassen, und dass deshalb die Befreiungsmöglichkeit da nicht vorhanden sei, wo man auf die Errichtung einer Landkrankenkasse verzichtet habe. Das ist indessen ein Irrtum. Richtig ist allerdings, dass sich bei Beratung der Reichsversicherungsordnung der Staatssekretär des Innern in diesem Sinne geäußert hat. Er hat sich aber verschen. Das Gesetz bestimmt dies nicht, wie auch von den berühmten Kommentatoren angenommen wird. Die Befreiung kann also auch da erfolgen, wo die Dienstboten infolge Fehlens einer Landkrankenkasse der Ortskrankenkasse angehören.

Eine andere Frage ist, ob es sich für die Dienstherrschaften empfiehlt, einen solchen Antrag auf Befreiung von der Versicherungspflicht zu stellen. Sie müssen sich zunächst klarmachen, dass sie damit ein erhebliches Risiko übernehmen. Sie müssen sich, wie erwähnt, dem Dienstboten gegenüber verpflichten, ihm im Krankheitsfalle alles das zu gewähren, was sonst die zuständige Krankenkasse leisten müsste, also für ein halbes Jahr ärztliche, zahnärztliche und spezielle

ärztliche Behandlung, Arznei, Heilmittel, nötigenfalls Krankengeld oder Krankenhausbehandlung, Wochenende, Sterbegeld und verschiedene Mehrleistungen, die etwa durch die Satzung der Krankenkasse eingeführt sind. Die Unterstützungsplastik besteht auch nicht lediglich während der Dienstzeit, sondern unter bestimmten Voraussetzungen auch dann, wenn der Dienstbote erst nach Beendigung des Dienstverhältnisses erkrankt. Ein einziger Krankheitsfall kann Kosten von mehreren hundert Mark verursachen. Das Risiko, dass eine Dienstherrschaft mit einer solchen Befreiung von der Versicherungspflicht übernimmt, ist also nicht gering.

Es kommt aber noch ein anderes in Betracht. Wenn ein Dienstbote derartige Forderungsrechte an die Dienstherrschaft hat, so können sich daraus die unangenehmsten Erörterungen und Streitigkeiten zwischen Dienstboten und Dienstherrschaft ergeben, die das sonst vielleicht sehr gute Verhältnis zwischen den beiden Parteien trüben. Die Dienstherrschaft hat dasselbe zu leisten, was die Krankenkasse zu leisten hätte. Was das ist, wird in den wenigsten Fällen den Dienstherrschaften und Dienstboten klar sein, denn dazu gehört eine Beherrschung der sehr verwinkelten Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung und der Satzung der Krankenkasse. Streitigkeiten sind also fast unvermeidlich. Welche Dienstherrschaft ist sich z. B. darüber klar, wann ein Kassenmitglied Anspruch auf speziellärztliche Behandlung hat, wann es zum Jahnarzt gehen darf oder wann es sich mit einem Jahn techniker begnügen muss, wann ein Recht auf Krankenhausbehandlung besteht? Sobald aber die Dienstherrschaft nicht das gewahrt, was die Dienstboten fordern zu können, können diese Klage beim Amtsgericht erheben. Dienstbotenprozesse gehören nicht zu den Annehmlichkeiten des Lebens. Die Dienstboten haben es aber noch viel einfacher. Sie brauchen nämlich gar nicht zu klagen, sondern können, wenn die Dienstherrschaft nicht die erforderlichen Leistungen gewährt, sich an die zuständige Krankenkasse wenden, die dann dem Dienstboten nach ausdrücklicher Bestimmung der Reichsversicherungsordnung die Unterstützungen gewährt und die Auslagen gegen die Dienstherrschaft einfließen.

Noch schwieriger wird die Lage dann, wenn etwa die Dienstherrschaft bei einer privaten Versicherungsgesellschaft Rückversicherung genommen hat, denn dann wird diese sich vielleicht ein Mitbestimmungsrecht sichern, so dass die Dienstherrschaft als Puffer zwischen Dienstboten und Versicherungsgesellschaft steht.

Wenn hiernach die Befreiung von der Krankenversicherungspflicht kaum im Interesse der Dienstherrschaft liegt, so haben jedenfalls die Dienstboten und auch die Allgemeinheit ein erheb-

## „Ich hatt' einen Kameraden...“

Aus meinem Leutnantstagebuch.

Von Oberleutnant a. D. G. Reiche.

„Ich hatt' einen Kameraden“. — Die Südarmee unter Manteuffel drängte die französische Armee unter Bourbaki gegen die schweizer Grenze. Die Kapitulation von Paris stand nahe bevor. Mein Regiment trat am 29. Januar, morgens um 8 Uhr, als Avantgarde den Marsch an. Der Weg ist in dem hohen Schnee auf dem sehr zerfahrenen Landweg recht beschwerlich; sonst ist die Weggang im Winterfelde herrlich; wir haben bei den Strapazen freilich wenig Sinn dafür. Ich gehe mit Leutnant v. B. zusammen, der heute ganz melancholische Gedanken hat; ich solle das in seinem Tornister befindliche Testament an mich nehmen, wenn er falle. Ich lache ihn aus, bezweifle, dass es heute überhaupt noch zum Schlagen komme, weil die Franzosen froh wären, wenn sie ungeschoren die schweizer Grenze erreichten. Er bleibt aber bei seinem Gedanken. Jedes Thema, das ich anschlage, lässt er unerörtert und kommt immer wieder auf seine Todesschönungen zurück; so sagt er, er habe immer das bestimmte Gefühl, dass er einen Schuh in den Unterleib bekomme, er halte deswegen in jedem Gefecht die Faust mit der Säbelklinge vor den Bauch. Auch sonst erzählt er mir viel aus seinem Leben, Trauriges und Fröhliches.

Bei dem weiteren Vormarsch mehren sich die Zeichen des Rückzuges der Franzosen. Fortgeworfene Waffen und Ausrüstungsstücke liegen zahlreich auf und an der Straße, ebenso verlassene Fahrzeuge und getötete Pferde, denen die besseren Stüde zum Essen herausgeschnitten sind. In mehr oder weniger großer Entfernung sieht man Truppen französischer Soldaten, welche sich beeilen, aus unserm Geschützkreis zu kommen. Obwohl es bereits dunkel marssieren wir weiter, und da wir durch seine Ortschaften mehr kommen, denken wir schon an Bivouac. Endlich bringt der Adjutant Befehl, dass wir in Chaffois Quartier beziehen sollen. Nach Aussagen von Gefangenen ist dies aber von 5 Bataillonen und drei Batterien, darunter zwei Mitrailleuse-Batterien, besetzt. Die Avantgarde soll das Dorf nehmen! Das kann ja nicht werden! Stottern, dicker Nebel, man kann auf zwanzig Schritte

nicht einmal mehr die Truppe sehen. Unsere Offiziere kommen infoidegeben bis auf wenige Schritte an das Dorf heran, erhalten dann aber ein so überraschendes Schnellfeuer, dass sie in Kariere zurückkommen. Getroffen wird wunderbarweise niemand, da die Franzosen — wie oft — viel zu hoch schießen.

Während nun unsere Artillerie hinter uns auffährt, formiert sich das Bataillon in Kompanie-Kolonnen, zwei Kompanien gehen als Schüren etwas weiter vor, zwei bleiben geschlossen dahinter. Behaglich ist die Lage nicht. Tiefe Finsternis, dicker Nebel, mehr als 3 Fuß tiefer Schnee. Jetzt sehen wir hinter uns eine sich bewegende Laterne und hören in der nur durch die Schuhe der Franzosen unterbrochenen Stille das Kommando bei unserer Artillerie: „2000 Schritt, Richtung auf den Stern!“ Es war tatsächlich ein einziges Sternlein am Himmel sichtbar; und dann beginnen sie zu schießen. Auf der Karte haben sie bei der Laterne die Richtung auf Chaffois bestimmt und gefunden, dass das Dorf in der Richtung des Sternes liegen müsse. Erreicht haben sie freilich nur, dass eine einzige Granate wirklich in das Dorf gekommen ist. Leider wurden die Franzosen dadurch alarmiert und auf den Infanterie-Angriff vorbereitet. Wir sollen, sobald das Artilleriefeuer schwächt, gegen das Dorf vorgehen. Da aber ein Vorwärtsschöpfen abseits der Straße fast unmöglich ist — der Schnee reicht uns, wie wir erprobt haben, tatsächlich bis über die Knie — so werden wir wieder in Marschkolonnen auf der Straße formiert, vorn die dritte Kompanie. Der Divisionskommandeur gibt den Befehl zum Angriff, und nun heißt es: „Das Bataillon geht direkt geschlossen ohne einen Laut und ohne Schuh auf der Straße gegen Chaffois vor; die 3. Kompanie wirft mit dem Bajonet die Dorfwälle über den Haufen. Die 1. Kompanie greift nach den sich ergebenden Umständen ein. Die beiden anderen folgen direkt aufgeschlossen.“

Die Pulse mögen auch anderen außer mir lebhafter geslagen haben; seit dem 8. August bei Bapaume hatte ich schon oft im Feuer gestanden, hatte mich schon oft in Lagen befunden, in denen die Aussichten für das Leben recht gering waren; ich habe nicht empfunden, dass man sich daran gewöhnt; die Umstände waren jenseit andere und solche gewesen, die mich gar nicht zum Nachdenken über Leben und Tod kommen ließen. Meist am hellen Tage war ich durch die um mich herum sich abspielenden Vorgänge, durch meine dienstlichen Obliegenheiten, durch meine Aufmerksamkeit auf die Vorgänge beim Feinde und durch die Fürsorge für meinen Zug so in Anspruch genommen, dass ich gar nicht daran denken konnte, ob ich verwundet oder totgeschossen werden würde. Heute war es anders! Man hörte bei dem lautlosen Marsch in dem tiefen Schnee keinen Ton, man sah nur die unmittelbar neben und vor einem marschierenden Zug. Jeder in der Kolonne bewegte sich, ließ in sich verlaufen, vorwärts. Die Kolonne möchte den Eindruck willenslos dahinziehender Gestalten, auf denen ein schweres Geschick ruht — morituri! — Wenn auch nicht lange, so hatte ich doch hinreichend Zeit zum Nachdenken; dazu kam, dass mit Leutnant v. B. nochmals kurz seine vorhin geäußerten Wünsche wiederholte. Er war aber sonst sehr lustig und mochte stürzend allerlei Witze, so dass ich meine törichten Gedanken los wurde.

Jetzt wird die unheimliche Stille durch Kurvogelschrei vor uns unterbrochen, zu gleicher Zeit bekommen wir von halblinks vorwärts heftiges Feuer. Während wir halten, schlägt mir der Führer durch einen Unteroßgärt den Befehl, ich solle mit meinem Auge gegen das von halblinks auf uns gerichtete Feuer vorgehen!. Dem Leutnant v. B. drücke ich noch einmal die Hand, lasse die Gewehre entladen und den Zug in der befohlenen Richtung ausschwärmen, kommandiere dann: „Marsch!“, und nun walten wir lautlos in dem tiefen Schnee die kleine Anhöhe hinan. Sehen konnten wir nur das Aufblitzen der zahlslosen Schüsse. Die Anstrengung war sehr groß; der Schnee war oben überkrochen, so dass man mit Mühe die Beine immer erst herausziehen konnte, wenn man durchgetreten war. Dabei war das Peitschen der Gewehre und ihr Einschneiden in die überkrorene Schneekruste ein unheimliches Geräusch. Nach etwa 400 Schritten musste ich meinen erschöpften Leuten eine Ruhepause geben und befahl zu halten.

Wir alle waren froh der scharfen Kälte in Schweiz geweiht. Nach einigen Minuten ließ ich den Befehl zum weiteren Vorgehen in der Schneekruste leise weitergeben. Da dies doch nicht ohne lautes Sprechen ausgeführt wurde, nahm das feindliche Feuer wieder sehr zu; ich hatte das Gefühl, dass wir schon ganz dicht an der feindlichen Linie wären, und

tung zu schützen." Wenn die Herren nicht freiwillig austreten, so kann das Zentrum sich ihrer nur durch den Ausschluß entledigen. Ausschlußanträge können nur gegen bestimmte Personen, nicht gegen eine "Richtung" gestellt werden. Der Ausschließung steht aber ein Hindernis im Wege: es gibt keine dazu befugte Instanz in der Zentrumspartei. In anderen Parteien ist diese Instanz der Parteitag. Das Zentrum aber kennt keinen Parteitag. Der Katholikentag ist gewissermaßen das Surrogat eines Parteitags. Aber so weit wird man die Verquidung wohl nicht treiben, daß der Katholikentag die Ausstößung bestimmter Personen aus der Zentrumspartei beschließe. Denn das würde schließlich dem Raum die Augen darüber öffnen, daß das Zentrum eine konfessionelle Partei ist, und daß folglich diejenigen, die man ausschließen will, recht haben. Es bietet sich daher einstweilen keine Möglichkeit, die "Querstreiter" loszuwerden, wenn man nicht einen Parteitag schaffen will, und dazu haben die leitenden Kreise keine Neigung. Mithin wird der Kampf in derselben Weise wie seit einigen Jahren weitergeführt werden.

### Heiteres aus einem Wahlkampf.

Im Wahlkampf werden bekanntlich die Tatsachen manchmal etwas willkürlich gruppiert oder kontrastiert, weil das gewünschte Ergebnis es so erfordert. Behandelt man nun hüben und drüber dieselben Tatsachen in dieser willkürlichen Art, so können lustige Dinge herauskommen, wie ein Fall aus dem Wahlkampf im 7. badischen Landtagswahlkreis beweist. Ein Zentrumsblatt schrieb: „Herr Nölch ist ein schwer reicher Herr. Dagegen ist Professor Wirth aus einer Arbeiterfamilie herorgegangen und kennt die Nöte des Volkes.“ Und von liberaler Seite soll gesagt worden sein: „Professor Wirth ist ein reicher und weltfremder Mann, der in Freiburg eine Villa besitzt und wenig von den Bedürfnissen des Volkes weiß, im Gegensatz zum liberalen Kandidaten Nölch, der im vierten Stock auf die Welt gekommen ist.“ (Wir bemerken, daß wir diesen Satz nach einem Zentrumsblatte zitieren.) Wer seine Logik ein wenig anstrengt, bemerkt, daß das Tatsächliche in beiden Auseinandersetzungen sich wohl miteinander verträgt, und daß nur die Partikel des Gegenseites nicht recht an ihrem Platz sind. Es stimmt denn auch wirklich, daß sowohl Stadtkreis Köln wie Professor Wirth aus bedeckten Verhältnissen hervorgegangen, heute jedoch wohlhabend sind, also nach diesem Merkmal beurteilt, gleichzeitig sein würden.

### Deutsches Reich.

\* Agrarischer Boykott. Ein Musterbeispiel des von den konservativen mit sittlicher Entrüstung bestreittenen Boykotts bietet die nachfolgende Interpellation des Abg. Konsul Müller-Vater im oldenburgischen Landtag. Hält die Staatsregierung es mit den Aufgaben der Landwirtschaftskammer für vereinbar, daß diese durch ihren Vorstand auf Grund einseitiger Darstellung der Zentralgenossenschaft in Oldenburg in dem Oldenburgischen Landwirtschaftsblatt vom 19. Dezember 1913 (Nr. 51) einen Aufruf erläutert, in dem sie alle Landwirte zum Boykott der Mitglieder des Premer Vereins von Getreideimporteuren, dem auch zahlreiche oldenburgische Firmen angehören, auffordert?

\* Der neue Mietvertragstempel in Bayern. Wie die „R. Post“ mitteilt, handelt es sich bei dem vom Finanzminister in Aussicht gestellten neuen Gebührengebot, durch das das Defizit im Staatshaushalt gedeckt werden soll, um einen Tempel auf schriftliche und mündliche Mietverträge.

\* Verband deutscher Arbeitsnachweise. Am Freitag und Samstag hat der Ausschuß des Verbands deutscher Arbeitsnachweise unter Vorsitz des Landesrats Dr. Freuden (Berlin) im großen Sitzungsraum der Landesversicherungsanstalt Berlin eine Vollversammlung abgehalten. Als Vertreter

kommandierte jetzt ganz laut: „Marisch! Marisch! Hurra!“ So arbeiteten wir uns wieder eine Strecke gegen das sehr heftige Feuer vorwärts. Dennoch mußte ich noch einmal Halt machen, weil mir selbst der Atem völlig ausging. Schon mancher meiner braven Jungen härdete den Schnee mit seinem Blute. Wir hatten bis jetzt — wie ich es beschrieben hatte — noch nicht einen Schuß abgegeben. Erst jetzt ließ ich laden und das Feuer erhöhen, obwohl wir nichts als das Aufblitzen der feindlichen Schüsse sehen konnten. Nach wenigen Minuten kommandierte ich nochmals: „Marisch! Marisch! Hurra!“ und erreichte nach kurzer Zeit die Unfassungsmauer eines größeren Gehöfts, welches Kopf an Kopf mit Kanonen besetzt war. Während meine Leute sich hinter die Mauer stellten und heftig schoßen, sprang ich auf die am Eingang errichtete Baracke, mit mir ein Unteroffizier, ein Einjähriger und einige Leute. Ich rief den Franzosen mein „à bas les armes“ zu und ließ zu gleicher Zeit das Feuer einstellen, da nur noch von Häusern einzelne Schüsse auf und fielen. Mehrere französische Offiziere überreichten mir ihre abgeschnallten Säbel und erklärten, ich mit der Belehrung ergeben zu wollen. Ich ordnete das Niederlegen der Waffen an und ließ die Gefangenen hinter einem der Häuser zusammen. Hiermit noch befriedigt, erhalten wir wieder ein sehr heftiges Feuer von einem der Häuser des Gehöfts, welches aus vier Gedobben bestand. Ich lasse einen Halbzug bei den Gefangenen, beschieß den unbewaffneten französischen Offizier, mit Ausnahme von zweien, mich zu begleiten, gehe gegen das leise noch verdeckte Haus mit dem Halbzug vor und schicke einen der französischen Offiziere voraus, um die dortige Besatzung zum Entstellen des Feuers zu veranlassen. Das gelingt aber erst nach wiederholtem schmerzlichen Verlusten. Erst jetzt konnte ich alle Gefangenen — 5 Offiziere, 260 Mann — entwaffnen und faummeln ...

Das Gefecht wird dann plötzlich durch Trompetensignale der Franzosen unterbrochen; ein Waffenstillstand soll in Paris geschlossen sein, und wiewohl müssen wir nachher die Gefangenen ohne Waffen wieder entlassen, obwohl sich später herausstellt, daß wir — die Sudarmee — davon ausgeschlossen sind. Die Zahl unserer Gefangenen belief sich im Ganzen auf über 1000, außerdem waren zwei Geiseln genommen. Die Franzosen haben viel Blute verloren; aber auch wir haben den Sieg mit 5 Offizieren, 28 Mann bezahlt. Unter den tödlich verwundeten Offizieren war auch mein Freund, Leutnant

des Staatssekretärs des Innern nahm an den Verhandlungen Geh. Oberregierungsrat Landmann teil. Vertreten waren sämtliche preußischen Arbeitsnachweiseverbände, ferner Bayern, Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen, Hamburg und die Thüringischen Staaten. Von den Beschlüssen sind hervorzuheben: Der Verband der Arbeitsnachweise wird sich in einen Verband der Arbeitsnachweiseverbände umwandeln. Bezuglich des Verhaltens der öffentlichen Arbeitsnachweise bei Streiks und Aussperrungen hat der Ausschuß seine Ansicht dahin ausgesprochen, daß über Streiks und Aussperrungen der Arbeitsnachweis entweder keinerlei Mitteilungen macht oder daß solche Mitteilungen gleichmäßig sowohl an die Arbeitssuchenden als an die Arbeitgeber erfolgen müssen. Für die Verwaltung öffentlicher Arbeitsnachweise einigte man sich auf folgende Grundsätze: Die Kosten der Facharbeitsnachweise sollen in der Regel dem Träger der öffentlichen Arbeitsnachweise (Kommunen, Vereinen) zur Last fallen. Die Verwaltung hat in streng unparteiischer Weise zu erfolgen, eine Bevorzugung organisierter Arbeiter darf nicht stattfinden. Die Anstellung und Besoldung der Beamten der Facharbeitsnachweise geschieht durch den Träger der öffentlichen Arbeitsnachweise, dessen Aussicht die Beamten unterliegen und dessen Anordnungen sie zu befolgen haben. Der nächste deutsche Arbeitsnachweisskongress findet in der ersten Hälfte des Oktober in Stuttgart statt.

\* Die Raiffeisen-Organisation im Jahre 1913. Dem Generalverband ländlicher Genossenschaften für Deutschland (Raiffeisen) gehörten am 31. Dezember 1913 5482 Mitglieder an, und zwar 488 Spar- und Darlehenskassen-Vereine und 907 Betriebsgenossenschaften. Es bedeutet dies gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 198 Mitgliedern, der sich mit 112 auf die Spar- und Darlehenskassen-Vereine und mit 84 auf die Betriebsgenossenschaften verteilt. Der genannte Mitgliederbestand von 5482 Genossenschaften Ende des abgelaufenen Jahres verteilt sich auf die 18 zur Raiffeisen-Organisation gehörigen Landes- und Provinzialverbände in folgender Weise: Es zählten die Verbände mit dem Sitz in Berlin 710 Genossenschaften, Braunschweig 213, Breslau 783, Danzig 414, Erfurt 555, Frankfurt a. M. 217, Kassel 444, Koblenz 461, Königsberg i. Pr. 388, Ludwigshafen a. Rh. 282, Nürnberg 479, Posen 35 und Straßburg i. G. 494; dazu kommen 25 direkte Mitglieder des Generalverbandes.

— Einen Ferienkursus über Volkswirtschaft, staatsbürgliche Fortbildung und Redekunst veranstaltet der Bund Deutscher Bodenreformer zum viertenmal in Berlin in der Osterwoche vom 14. bis 19. April. Bis jetzt haben über 1800 Personen aus mehr als 500 Orten unseres Vaterlandes an den Kursen teilgenommen. Elf Dozenten, die als Wissenschaftler und Praktiker sich bereits hohe Verdienste erworben haben, werden über folgende Themen reden: „Einführung in die sozialen Probleme der Gegenwart“, „Grundlagen der Volkswirtschaft“, „Colonialprobleme“, „Städtische Sozialpolitik“, „Agrarwesen“, „Industrielle Probleme“, „Welthandelsoberfehler“, „Arbeitslosenfürsorge“, „Verhütung von Arbeitskonflikten“, „Beamtenrecht“, „Genossenschaftswesen“, „Organisationsfragen“ und „Rektorat“. Außer den Kursen finden noch Besichtigungen von sozialen Einrichtungen und industriellen Unternehmen statt. Zum Kursus haben Damen und Herren Auftritt. Die Hörfergebühr beträgt 5 und 10 Mark. Räumliches ergeben die Prospekte, die vom Bund Deutscher Bodenreformer, Berlin, Lessingstraße 11, kostenfrei versandt werden.

### Heer und Flotte.

Schiffsbewegungen. Eingeschossen: S. M. S. „Hertha“ am 14. Februar in Puntal (Madagaskar). S. M. S. „Vittorio Veneto“ am 14. Februar in Pago. S. M. S. „Bremen“ am 14. Februar in St. Thomas. S. R. S. „Scharnhorst“ mit dem Chef des Kreuzers gefeuert am 15. Februar in Samar (Nord-Borneo).

### Ausland.

#### Österreich-Ungarn.

Die Entrednung der Deutschen in Südböhmen. Während nach dem Regest der Berliner Rede des Grafen Apponyi die leitenden Männer der Magyarischen Regierung, an der Spitze Graf Tisza, von Freundschaftsbezeugungen und Anerken-

nungen für den Wert der deutschen Sprache und die Rechte ihrer deutschen Mitbürger überquellen, gehen die provinzialen und örtlichen Verwaltungsbehörden — höchstlich doch nicht ohne Wissen und Willen der Spitzen des Staates — nach dem alten Verfahren rücksichtsloser Übergriffe gegen diejenigen Deutschen vor, welche ihre sprachlichen Rechte im ungarnischen Staate verteidigen. Zu den in der deutschen Presse mit Enttäuschung bereits erörterten Fällen der Verurteilungen der deutschen Redakteure und Drucker, Walter und Bettel, ist als neuester der Fall Heegn hinzugekreuzt. Reinhold Heegn ist nach den Mitteilungen des Vereins für das Deutsche im Ausland der Führer des Deutschums in der südmährischen Stadt Brünn im Kampf um seine angestammten Rechte. Die Launerei seiner Gesinnung und sein manhaft offenes Auftreten haben ihm das rückhaltofreie Vertrauen seiner deutschen Mitbürger gewonnen, die unter seiner Führung als deutsche Bürgerpartei im Kampf um die Mährische Stadtverwaltung siegreich durchgedrungen sind. Die deutsche Wehrheit übertrug ihm den Vorfall im Mährischen Schulstuhl, der mit der Verwaltung des städtischen Schulwesens betraut waren. Nun hat ihn der magyarische Obergespan fürgerichtet seines Amtes entzogen und ihn unter Anklage gestellt, weil er frost seines Amtes versucht, dem Unterricht in der deutschen Sprache und deren Gebrauch in den Sitzungen des Schulstuhls die ihr verfassungsmäßig gebührende Geltung zu verschaffen! — Man darf gespannt darauf sein, wie sich die deutschen Abgeordneten im magyarischen Parlament gegenüber dieser neuesten Vergewaltigung verfassungsmäßiger deutscher Rechte verhalten werden.

### Rußland.

Ein großartiges Schiffsprojekt. Petersburg, 17. Februar. Hier weilt ein Vertreter des amerikanischen Syndikats für die Binnenschifffahrt, John Murray, welcher der Regierung den Vorschlag macht, die großen russischen Flüsse im Interesse der Schifffahrt zu vertiefen und zu reinigen. In erster Linie handelt es sich um die Wolga und ihre Nebenflüsse. Murray verspricht die Vertiefungsarbeiten, die 250 Millionen Dollar kosten würden, in drei bis fünf Jahren auszuführen und verlangt dafür für das Syndikat das Recht, von allen auf den vertieften Flüssen verkehrenden Handels- und Passagierschiffen eine Steuer im Laufe von 30 bis 40 Jahren zu erheben. Die Regierung hat ihre Antwort auf das grandiose Projekt noch nicht gegeben.

Die Stellung der Frau in der Ehe und die Scheidung. Petersburg, 17. Februar. Der Reichsduma verhandelte heute über den Gesetzesentwurf über die Erweiterung der Persönlichkeits- und Eigentumsrechte der verheirateten Frauen. Durch den Gesetzesentwurf sollen verheiratete Frauen ermächtigt werden, getrennte Pässe ohne Erlaubnis des Ehemanns sich ausstellen zu lassen, und von ihren Ehemannen getrennt lebende Frauen sollen das Recht erhalten, Angestelltenverträge und Dienstverträge öffentlichen und privaten Charakters abzuschließen sowie sich als Schülerinnen in verschiedenen Schulen aufzunehmen zu lassen, und endlich ohne Ermächtigung durch ihre Ehemänner Verträge abzuschließen. Als Gründe, die eine häusliche Trennung von Ehegatten zulassen, werden anerkannt: Unstetigkeit oder Heimkehrskrankheit des Ehemanns, Unfähigkeit des Frau zur ehemaligen Gemeinschaft, das Verhalten des Ehemanns, das mit den Ehepflichten unvereinbar ist, Immoralität und schwere Verleidigungen. Der Gesetzesentwurf regelt die Rechte der in häuslicher Trennung lebenden Ehegatten gegenüber ihren Kindern. Der Ostobrist Godnew brachte einen Antrag ein, angeblich der Mangelhaftigkeit der bestehenden Gesetze über die Ehescheidung einen entsprechenden Gesetzesentwurf der Duma vorzulegen. Der Gesetzesentwurf wurde angenommen, ebenso der Antrag Godnews.

### Luftfahrt.

Der Süddeutsche Flug 1914. München, 18. Februar. Für den Süddeutschen Flug ist die Zeit vom 10. bis 15. Mai 1914 festgesetzt worden. Der Flug geht über die Städte Nürnberg, Regensburg, Augsburg, München, Friedrichshafen, Stuttgart, Marburg, Kitzingen, Schweinfurt, Thüringen, Hof, Bamberg nach Nürnberg zurück.

von meinem Brüder nicht gerade schön zusammengestilten Nix bemerkte — mir hatte ein Streifschuß den Rock und das Hemd auf der linken Brust zerissen —, nannte ich ihm die Ursache; da gab er mir die Hand und sagte: „Ich beglückwünsche Sie, ein paar Zentimeter tiefer, dann könnten Sie auch nicht mit mir plaudern.“ Der Arzt sagte mir später, er sei unrettbar verloren, es handle sich nur um wenige Stunden, man müsse ihm den Tod je eher je lieber wünschen, er habe ganz rasende Schmerzen aus. Ich habe bewundernd und begeistert an dem Todeslager dieses Helden gestanden. Als ich merkte, daß er doch sehr matt wurde, sagte ich ihm Beobehör und drückte ihm zum letzten Mal die Hand. Draußen stande ich meine Tränen nicht länger zurückhalten. Am Nachmittag ist er dann sanft entschlafen ...

Heute soll die Verteidigung der Gefallenen — Deutschen und Franzosen — stattfinden. Ich machte mich deshalb auf, meinen Freunden v. B. noch einmal zu jehen. In der Kirche finde ich die Leiche erst noch langsam Sichen. Särge waren nicht zu beschaffen gewesen, so lagen die Toten, jeder mit seinem Mantel bedekt, auf den kalten Steinen des Fußbodens. v. B. lag, wie er im Bett gelegen; mit dem, was ihm die Schlachtfeldhähnen bei der Blünderung gelassen hatten, zudeckt mit einem Mantel eines Mütterns. Die treuen blauen Augen standen noch stark und weit auf. Mir wurde so traurig zu Mute; es machte einen gar zu entzücklichen Eindruck, alle diese Leichen, so düstrig bekleidet, mit Blut bespritzt, auf den kalten Flecken der Kirche, darunter er! Ich versuchte, ihm die Augen zugedrückt, was mir nur zum Teil und mit Mühe gelang. Die Totenstarre war schon zu lange eingetreten, das übrige tat die Röte. Ich deckte ihn wieder zu, sprach ein kurzes Gebet und schick mich davon ...

Am Mittag gehen wir alle zum Begräbnis. Die Feier in der Kirche ist so ergriffend, wie ich nie eine mitmachte. Vor dem Altar liegen Arm an Arm Deutsche und Franzosen; zu beiden Seiten des Altars stehen der evangelische und der katholische Geistliche. Nach einem von der Orgel begleiteten Gesang holen beide Geistliche nach einander eine sehr zu Herzen gehende Rede; dann werden die Toten auf Krankenbahnen hinausgetragen. Draußen auf dem Kirchhof häuft ein großer Massengräber und vier einzelne Gräber für Offiziere. Nachdem die Leichen hineingelegt waren und Erde drauf geschüttet ist, kommen die drei Salven und damit ist wieder ein Alt des großen Völkerkampfes geschlossen.

## Aus Stadt und Land.

### Wiesbadener Nachrichten.

Aus dem Bureau der Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheime.

Unter dieser Überschrift bringt die „Volkstimme“ einen längeren Artikel, in dem sie u. a. folgendes behauptet:

„Die Gesellschaft beschäftigt in Wiesbaden etwa 27 Angestellte männlichen und weiblichen Geschlechts. Den Betrieb leitet als Vorsteherin Fräulein Sophie Auerbach, Vorsteherin des Verbands weiblicher Bureauangestellten. Als die Dame Bureauvorsteherin wurde, hätte man annehmen sollen, daß sie nun auch als Vorsteherin all das einführen werde, was sie als Angestellte verlangte, wofür sie predigte und agitierte. Fehlgegriffen. Fräulein Auerbach ging denselben Weg, den der Oberlehrer geht, wenn er Hotelbesitzer wird, der dann noch mehr nach unten drückt, als dies der langjährige, geschulte Hotelier tut. Für gute Arbeit sorgt die Vorsteherin nicht. Für 27 Angestellte steht nur ein Klosett zur Verfügung, und es ist standlos, zu sehen, wie ein Mädchen auf die Benützung des nüchternen Raums wartet und dann ein Mann heraustritt. Mit den Handtüchern wird äußerst sparsam umgegangen. Sehr oft steht vor alle Angestellten nur ein einziges zur Verfügung, und das ist in der ersten Stunde schon so schmutzig, daß Angestellte, die auf Schule halten, ihr eigenes Handtuch mitbringen. Der Mizrand wurde trotz öfteren dringlichen Erwähnens nicht abgestellt. Ein anderes Moment zeigt Vorsteherin und Gesellschaft in einem eigenen Licht. Alle Angestellte waren nach dem Handelsrecht angestellt: Kündigung nur 6 Wochen vor Quartalschluss. Jetzt forderte die Vorsteherin von den an Jahren älteren männlichen Angestellten die Unterzeichnung eines Vertrags, der nur vierwöchige Kündigung vorsah, und erklärte rücksichtslos, daß die Weigerung die Kündigung zur Folge habe. War dem Gesetz bisher die Möglichkeit gegeben, die Kündigung nur viermal im Jahr zu erwarten, so steht ihm das Vergnügen jetzt zwölftmal im Jahr in Aussicht. Früher waren die Zustände schon schlimm, als die Büros noch im Hause des Kommerzienrats Baum, des geistigen Vaters der Kaufmanns-Erholungsheime, waren. Im höchsten Stockwerk der Leinenindustrie, in einem Raum ohne Luft und Licht, arbeitete sich der Angestellte die Gesundheit zugrunde. Jetzt sind die Arbeitsräume wohl etwas besser, dafür läuft die Behandlung sehr viel zu wünschen übrig. Der weibliche Bureauvorsteher kämpft den Kampf der Geschlechter im Betrieb der Gesellschaft aus.“

Würde das alles zutreffen, was hier behauptet wird, dann hätten in erster Linie die kaufmännischen Angestellten ein dringendes Interesse daran, gegen die in dem Bureau der „Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheime“ herrschenden Zustände Stellung zu nehmen. Darin stimmen wir der „Volkstimme“ vollständig bei — und jeder sozial Zählende wird dasselbe tun —, doch das Personal einer Gesellschaft, die der Wohlfahrt der kaufmännischen Angestellten dient, vor allem nach hygienischen und humanen Grundsätzen behandelt werden muß. Wie uns die angegriffene Geschäftsstelle mitteilt, entspricht indessen der Artikel des sozialdemokratischen Blattes nicht der Wahrheit. Zunächst sei Fräulein Auerbach lediglich Vorsteherin der Korrespondenzabteilung und nicht des gesamten Büros. Die hygienischen Einrichtungen des Büros seien die besten. Nur eins sei richtig: die vertragsmäßige Feststellung einer vierwöchigen Kündigung ist. Sie sei aber gegen den Protest des Fräuleins Auerbach erfolgt, und zwar aus Gründen mehr persönlicher Natur. So die Geschäftsstelle, die sich vielleicht noch weiter zu den Vorwürfen drehen wird. Welche Gründe es aber auch sein mögen, die zur Beleidigung der handelsrechtlichen sechswöchigen Kündigung vor Quartalschluss geführt haben: diese Maßnahme ist eine Karte, mit der man sich kaum wird einverstanden erklären können.

### Drahtloses Zeitsignal.

Die Anfänge einer Übermittlung der genauen astronomischen Zeit durch drahtlose Signale reichen in das Jahr 1908 zurück. Der erste regelmäßige Zeitsignaldienst wurde 1907 bei der Funkstation Comperdown bei Halifax eingeführt. Es folgten außer anderen Stationen im Jahre 1910 die deutsche Küstenstation Norddeich und die Pariser Eiffelturmstation. Der Zeitsignaldienst besteht im wesentlichen darin, daß zu bestimmten Tageszeiten radiotelegraphische Zeichen nach vereinbartem Schema so abgegeben werden, daß z. B. eines der Zeichen genau 1 Uhr mittags bedeutet. Die Station Norddeich erhält ihre Zeitangabe von dem Kaiserl. Marineobservatorium in Wilhelmshaven. Die Auslösung der Zeichen bei den Radiostationen erfolgt selbsttätig durch eine Präzisionsuhr, deren Gang von einer Sternwarte aus elektrisch korrigiert wird. Die Zeitsignale waren ursprünglich lediglich dazu bestimmt, dem Seefahrer die zur Positionsermittlung notwendige Zeitangabe zu liefern. Seitdem fügt jeder größere Dampfer eine Station für drahtlose Telegraphie an Bord hin und auch die kleineren Fahrzeuge, Küstenschiffe, Fracht und Fischereidampfer in immer größerer Anzahl mit Radiostationen ausgerüstet werden, wird in der Gesellschaft in ausgiebiger Weise Nutzen aus dem Zeitsignal gezogen. Ein großes Interesse an der Einrichtung des täglichen Zeitsignals haben von Anfang an auch die Uhrmacher gefunden. Ihr Wunsch, sich den Zeitsignaldienst mit Hilfe eigener Stationen nutzbar zu machen, ist von der internationalen Konferenz gewürdiggt worden. Die Erschließung des Gebiets wurde in jüngster Zeit vom Reichspostamt durch den Erlass einiger Sonderbestimmungen für die Errichtung solcher Signalfesten weitgehend gefordert. Es ist mit Freuden zu begrüßen, daß die Reichspostverwaltung aus Rücksicht auf die Bedeutung des Telegrafengeheimnisses nicht allzu strenge Maßnahmen vorgeschrieben hat, um die großzügige Entwicklung dieses Gebiets nicht von vornherein zu unterbinden. Seit einigen Monaten ist auch in Wiesbaden bei der Uhrenhandlung Dr. Kappeler eine drahtlose Zeitsignalstation im Betrieb und arbeitet seitdem ohne jegliche Störung mit der größten Genauigkeit. Das Zeitsignal wird täglich zweimal gegeben und die größte Differenz beträgt höchstens Bruchteile einer Sekunde. Die genannte Firma ist gerne bereit, auf Wunsch Interessenten die genaue Zeit anzugeben.

Das neue Müllverwertungsprojekt der Stadt Wiesbaden. In einer Mainzer Zeitung lesen wir die folgende Notiz: „Der Wiesbadener Dred. Wie verlautet, soll die Stadt Wiesbaden auf die Ablagerung ihres Mülls im

Uhlerbornschacht verzichtet haben, weil ihr von andernorts ein günstigeres Angebot gemacht worden sei.“ Das der Stadt „von andernorts“ ein günstigeres Angebot für die Ablagerung ihres Mülls gemacht worden sei, stimmt ebensoviel wie die weitere Behauptung, daß sie auf die Benützung des ihr vom hessischen Forstamt in Aussicht gestellten Geländes am Rhein verzichtet hat. Im Gegenteil! Es besteht begründete Aussicht, daß es zu einer Verständigung mit der hessischen Forstbehörde kommt und daß sich die Stadt Mainz davon überzeugen läßt, daß ihre gegen das Projekt erhobenen hygienischen und ökologischen Bedenken unbegründet sind.

— Neuer Lehrplan für den Gefangenunterricht. Das „Amtliche Schulblatt“ veröffentlicht einen Lehrplan für den Gefangenunterricht in Vollzugsäulen, der selbst für die einlässige Volksschule das Singen nach Noten vorschreibt. — Ob gerade für diese Schulen mit ihrer beschränkten Zeit viel dabei heranzkommt, muß abgeworfen werden.

— Kinderfestumzug. Sonntag, den 22. Februar, findet ein Kinderfestumzug des Karnevalvereins „Narziss“ im Theatersaal der „Walhalla“ statt, das mit Rutschbahn, Karussells, Schießbuden usw. ausgestattet werden wird. Der August sowie die Clowns einer Zirkusgesellschaft sind engagiert. Das Fest beginnt nachmittags 3 Uhr und jedes Kind erhält ein Geschenk.

— Der Stellenwechsel im Kontor und Laden steht vor der Tür. Wie alljährlich, so werden auch am diesjährigen 1. April zahlreiche Handlungsgesellschafter ihre Plätze wechseln. Da heißt es für den Chef, rechtzeitig für guten Erfolg, für den Gesellschafter, für eine neue gute Stellung besorgt zu sein. Bei dieser Gelegenheit sei daher wiederum auf die Stellenvermittlungen der großen Kaufmännischen Verbände hingewiesen. Der größte von ihnen, der Deutschen Handlungsgesellschafterverband (Gh) Hamburg, der allein 150 000 Mitglieder zählt, hat eine bei Prinzipalen und Gesellschaftern im besten Ansehen stehende Stellenvermittlung, die auch im vergangenen Jahre wieder mit steigendem Erfolg arbeitete. Hand in Hand mit dieser Einrichtung arbeitet die Versicherung gegen Stellenlosigkeit, die von 1903 bis 1913 911 222,21 M. Renten an Stellenlosen auszahlte, im vergangenen Jahr allein 202 836,14 M.

— Zur Warnung. Ein Leser teilt uns mit: Am 16. Januar d. J. offerierte ein angeblicher Agent aus Brüssel öffentlich erste und zweite Hypothekengelder. Ich wandte mich an denselben, und er teilte mir daraufhin Bins- und Provisionssätze mit, verlangte auch meine Papiere. Alles das wurde ihm zugeichtet, um so mehr, als der Mann angab, es handle sich um Stiftungsgelder. Als er alle die Unterlagen hatte, kam die Hauptforderung: er verlangte 30 Franken für Übersetzung der Papiere ins Französische! Natürlich war nun das Rätsel für mich gelöst: der Mann hatte meine Papiere in Händen und glaubte nun, ich würde auf seine plumpen Nachfrage sofort hereinfallen. Ich habe aber eine Auskunft eingeholt und die bezagt, der Betreffende sei erst kürzlich von Köln nach Brüssel gekommen und habe kein Geld zur Verfügung. Also Vorsicht vor diesem „Agenten“!

— Personal-Nachrichten. Regierungsrat v. Hundelshausen in Wiesbaden ist, wie der „Reichsangeiger“ meldet, der Charakter als geb. Regierungsrat verloren worden.

— Kleine Notizen. Auf seine 25jährige Tätigkeit im Dienste der Postverwaltung kann am 19. d. M. der Postoberamtmann Ernst Schieff zurückblicken. — Das fürstlich erwähnte Postamt in dem Hause Karlstraße 57, wobei ein Schwindler unter Anwendung von Schafspulpa die Diebstähle verübt, hat sich bei einer seit einigen Monaten in dem Hause eingerichteten Frau Wiene Bomhardt aufgetragen. Der Meistbetrüger ist ein Postbeamter, der sich bei der vorgenannten in einem mobilierten Zimmer eingerichtet hatte.

### Aus dem Vereinsleben.

#### Dorberichte, Vereinsversammlungen.

\* Am Samstagabend 7 Uhr findet im „Brauhaus“ ein Maskenabend statt.

\* Der „Krieger- und Militärvorstand“ veranstaltet Fastnacht-Samstag, den 21. Februar, abends 8 Uhr 11 Min. in dem Saal des „Gesellenhauses“, Dohheimer Straße 24, einen Maskenball.

\* Die allgemein beliebten Faschingveranstaltungen des Turnvereins (Hellmundstraße 25) nehmen am Samstag, den 21. Februar, mit einem großen Straßenfest in Oberbawen ihren Anfang. Die geräumige Turnhalle ist in ein obo-härtisches Dorf umgewandelt, wo mächtige Tannenbäume am Eingang den Wirtshaushalter begrußen und jedem Sennermann zu einem Tanz einladen. Reges Leben herrscht beim Gauwirt, dessen Lokal durch Tannenbäume und reichen Blütenstrauß zu einer Seebenwälderlichkeit geworden ist. Die Billerfelder, Büssel und Lanz werden hier die Alterswechselsehner begutten, auch wird beim Gauwirt der Bürgermeister die Schreie erweisen. Rund der Kirche ist Aufführung ins Gebirge zur „Wiesbadener Sütte“. Sennermannen werden hier die ehemaligen Obergutsknechte begrüßen und mit einem vorzüglichen Taktos wieder zusammenfinden. Die Aufführung im Tal erfolgt durch eine Rutschbahn. Rund der Aufführung im Tal haben das Hofbräuhaus und das Café „Baboria“ zu einem Besuch ein, von wo dann wohlgekräftig die Heimreise erfolgt.

#### Mitteilungen aus dem Geschäftslife.

(Von Redakteur mit Vorwort unverändert)

Heidelberger Gesellschaftsreisen. Wir machen auf die Heidelberger Gesellschaftsreisen nach der Riviera usw. besonders aufmerksam. Die Reisen bieten trotz Billigkeit gute Unterkunft und Verpflegung und erfreuen sich in allen Kreisen großer Beliebtheit.

Festglocken einer Vorort über Bierstadt Kanalisation. Die Sitzung war eine geheime. Es sei nur mitgeteilt, daß sich Herr Schädel gegen die geplante Kanalisation mit Oberlauf für unsere Ortsstraßen aussprach. Auch ist nicht ohne weiteres gezeigt, daß unter Bierstadt an das städtische Kanalnetz angeschlossen werden müßt. Im Gegenteil wird man versuchen, sich in bezug auf Kanalisation auf eigene Faute zu stellen. — Die Jahres-Hauptversammlung des Bierstädter Kanalvereins für Hauswirtschaft im Gasthaus „Zur Krone“ war stimmig gut besucht. Der Vorsitzende gab dem Jägerverein, aus welchem hervorgeht, daß der Verein 150 Mitglieder sägt. Der Sachbericht zeigte in Einnahmen und Ausgaben je 34 000 M. Trotzdem hier ein Arbeiterlonsfunktion gegründet ist, hat der Verein doch einen guten Erfolg für 1913 zu verzeichnen gehabt. Das Gesamtbetragen ist von 4800 M. auf 5400 M. angewachsen. Die Rechnungsprüfungskommission batte alles in Ordnung befunden und dem Vorsitzenden wurde Entlastung erteilt.

— Brauhaus, 17. Febr. Die außerordentlich zahlreiche Beteiligung an der heute stattgefundenen Beerdigung des Burgwirts Georg Sina ist legt Zeugnis ab von der Beliebtheit und dem Ansehen, das der Verstorbene hier und in der Umgebung genoss. Mit ihm ist wieder einer der Kriegsteilnehmer von 1870/71 dahingegangen, vier Stammbrother konnten ihm noch das letzte Geleit geben. An der Beerdigung beteiligten sich der größte Teil der bierstädtischen Einwohnerschaft, viele Auswärtige sowie die beiden Vereine: Kriegerverein, Militärverein, Schützenkor, dessen Ehrenmitglied er war, der Männergesangverein, der in ihm einen kleinen Gründer verlor, der Turnverein, die Freiwillige Feuerwehr und eine Musikkapelle. Die beiden Gesangsvereine trugen vor dem Storchenhause und auf dem Friedhof je ein Gedächtnis vor und Mitglieder des Kriegervereins erwiderten dem Verstorbenen die letzten militärischen Ehren.

### Nassauische Nachrichten.

#### Die wettstreitenden Sangessänger.

FC. Unterriederbach, 18. Febr. Der Chorverein „Germania“ in Unterriederbach feiert in diesem Jahre das hundertjährige Bestehen. Aus diesem Anlaß beschließt er, das Fest an Pfingstsonntag und -montag mit einem Gesangswettstreit zu begehen, zu dem ihm außer wertvollen Ehrenpreisen 14 Goldpreise in Höhe von über 3000 M. zur Verfügung stehen. Auf den Sonntagabend ist mit der Delegiertenstag der an dem Gesangswettstreit teilnehmenden Gesangvereine mit gleichzeitigem Schuhmacherselbst in den Saal des „Alleeaus“ nach Unterriederbach einzutreten, der sehr gut besucht war. Beide hatten die Vereine mit ihren Melodien sehr aufwartet, so daß der Beobachtungsführer zu Beginn der Verhandlungen ein sehr langer Debatt für geboten, den Melodienmix auf 14 Tage bis 8 Wochen zu verlängern, einen neuen Delegiertenstag einzuberufen, in der Zwischenzeit auch darüber zu beraten, ob für den Wettstreit, für den zwei Tage vorgesehen sind, nur Pfingstmontag in Betracht komme und ob große Sonderfeiern gefordert werden sollen. Sollten bis zu dem neuen Termin noch einige der bisher gemeldeten Vereine absagen oder zurücktreten, so soll der Wettstreit ausfallen, jedoch unter allen Umständen stattfinden, wenn auch bis zum neuen Delegiertenstag keine weitere Melodie erfolgt. In der Debatte wurde von einer Seite darauf hingewiesen, daß die schlechte Beteiligung wohl in der Hauptstadt darauf zurückzuführen sei, das für die nächste Zeit in näherer und weiterer Umgebung nicht weniger denn 30 Gesangvereine zu erwarten seien. — Wie wir von anderer Seite hören, soll sich die schlechte Melodiezahl daraus erklären, daß sich seit einiger Zeit unter den Sangessbrüdern eine große Wettstreitmidigkeit geltend zu machen scheint.

\* Offenbach, 17. Febr. Fabrikarbeiter Günther erhielt das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze.

m. Alsbachheim, 17. Febr. Die Gewährung einer Ortszulage an die Volksschule Lehrer wurde in der heutigen Stadtverordneten-Versammlung beschlossen. Den heutigen Bevölker werden demnach noch 10 Dienstjahren 100 M. und nach 20 Dienstjahren 200 M. und den Lehrerinnen die Hälfte dieser Beiträge bewilligt. Bevölker wurde, für die durch das Hochwasser an der Ostsee Geschädigten eine Kollekte zu veranstalten. Hierzu sollen aus städtischen Mitteln 800 M. zugesetzt werden. Bevölker wurde, die Lage „Engergraben“ dauernd als Vogelschutzgebiet auszubauen. Die Mittel hierzu wurden bewilligt. — ! Die heutige Turngemeinde hat sich zur Übernahme des Gauturnfestes im Jahre 1915 gemeldet. Der am 1. März in Mittelheim abzuhaltende Turntag des Gaues Süd-Rhein wird bereits hierüber Beschluß fassen.

ht. Bismarck, 17. Febr. Regen und ständig steigende Sonnenhitze haben unter den Schneemassen ganz erheblich aufgeräumt. Fast alle Wege, die zu Tal führen, sind schnee- und eisfrei, infolge der Schneeschmelze bilden sie aber gegenwärtig unpassierbare Wildbäche, die rauschend und brausend in die Tiefe stürzen. — Der stark gestiegene Touristenverkehr im Hochtaunus macht die Errichtung eines weiteren Gasthauses notwendig. Es soll seinen Platz zwischen dem Großen Feldberg und dem Sandpfad erhalten, ganz in der Nähe des alten Sandpfadhauses. Die Gemeinde Schmitten gab bereits ihre Zustimmung zu dem Bau, der sofort begonnen werden soll.

= Bismarck, 17. Febr. Die Fortschrittliche Volkspartei hat am Samstag und Sonntag auf dem Westerwald in Marienberg, Udenau und Erbach öffentliche Versammlungen abgehalten, die sich zahlreichen Besuchern aus allen Kreisen der Bevölkerung erfreuten. Parteiführer Max Müller (Frankfurt a. M.) sprach über „Fortschrittliche Bürger- und Bauernpolitik“ und hatte dabei Gelegenheit, einerseits die Dringlichkeit der Reform des oberhessischen Landtagswahlrechts dargelegt und andererseits die Stellung der fortschrittlichen Volkspartei zu landwirtschaftlichen Fragen eingehend zu erläutern. Es ergab sich, daß trotz der Agitation des Bundes der Landwirte dieleinbauerliche Bevölkerung des Westerwaldes freu zur Fahne des Liberalismus hält. — In nächster Zeit werden weitere Versammlungen an anderen Orten folgen.

S. Hachenburg, 17. Febr. Am 22. d. M. findet hier ein Jugendpflegetag für den Oberwesterwaldkreis statt. Als Redner sind genannt: Lehrer Sieber (Höchst): „Über die förderliche Ausbildung der Jugend“ und Lehrer Heinrich (Werod) über „Die fiktive Hebung der Jugend“.

S. Altenrod, 17. Febr. Der Sohn des heutigen Schreinermasters Müller erhielt dadurch eine schwere Verletzung an der Hand, daß das Verschlußstück eines plötzlich hereinbrechenden Krebsarmes die Hand traf. Der Verunglücks mußte in die Klinik zu Gießen gebracht werden.

### Aus der Umgebung.

Die Erfahrungen im Hanauer Eisenbahn-Regiment Nr. 3. wb. Hanau, 18. Febr. Durch die Zeitungen laufen Nachrichten über angebliche Massenentführungen beim Eisenbahn-Regiment Nr. 3 in Hanau. Wie „Wolfs Telegrafenbüro“ von gütiger Stelle erfährt, sind beim 1. und 2. Bataillon

beim Eisenbahn-Regiment Nr. 8 in Hanau Erfüllungsfrakten in großer Zahl aufgetreten. Der Verlauf der Erkrankungen ist bisher durchaus gutartig. Die meisten Erkrankten sind bereits wieder dienstfähig. Die bakteriologische Untersuchung auf Typhusbazillen ist negativ ausgefallen.

Frankfurt a. M., 17. Febr. Am Sonntag lagte im Saal des Turnvereins "Vorwärts" hier selbst eine Bezirksversammlung des Verbandes der unteren Post- und Telegraphenbeamten, welche von über 900 unteren Beamten besucht war. Nachfolgende Resolution wurde einstimmig angenommen und den Reichstagsmitgliedern übermittelt: "Die am Sonntag, den 15. Februar 1914, in Frankfurt (Main) im Saal des Turnvereins "Vorwärts" tagende, von über 900 unteren Beamten besuchte Versammlung des Bezirksverbands Frankfurt (Main) des Verbandes der unteren Post- und Telegraphenbeamten hält im Hinblick auf die bei den Gebobenen heimtretenden großen Härten und Ungleichheiten in der Bevölkerung deren Befreiung als dringend notwendig anerkannt ist, die Verküpfung dieser Beamtenklasse neben denjenigen der Verbandsträger in der Röbel zum Befreiungsgesetz für ein Gebot dringender Notwendigkeit. Die Bezirksversammlung gibt der Hoffnung Ausdruck, daß Regierung und Reichstag Mittel finden werden, um das Schicksal der gehobenen unteren Post- und Telegraphenbeamten noch durch den Staat 1914 in ausreichender Weise zu erhöhen." — M. Im Rathaus tagten gestern die Militärschulbehörden. Es nahmen daran Vertreter des Generalstabs aller Armeekorps, des großen Generalsstabs, der Marinestationen, des Reichsfeuerwehramtes usw. teil. Die Verhandlungen sind nicht öffentlich. — In einer großen, vom deutschen Bankbeamtenverein einberufenen Versammlung wurde die völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und die Sicherung des Vereinigungsberechtes auf gesetzlichem Wege gefordert und in einer Entschließung Reichsregierung und Reichstag erfuhr diese Wünsche zu verhüllen. — Der Kaufmann Wilhelm Baumann schlägt, der in Friedberg in Stellung war und 1900 M. unterschlagen hat, wie er hier sonst seiner Gesellen verhältnisse. — In der vergangenen Nacht stießen auf dem Rangerabnabof am Rangierbahnhof aufeinander. Der Materialschaden ist gering, die Dägle nach Süddeutschland erlitten infolge des Zusammenstoßes, der zu Gleisverlagerungen führte, etwa 250000 Mark.

ht. Bad Homburg v. d. H., 17. Febr. Einer der Mitarbeiter des Homburger Eisenbahn-Dienstmeisters Franz Nutz ist in Niedelheim im Alter von 82 Jahren gestorben.

S. Altenkirchen (Westenwald), 17. Febr. Zwischen Krankenklasse und Kreisamt ist hier eine Einigung zustande gekommen. Jeder Arzt erhält seinen Kursprang, hat also bestimmte Gemeinden zu behandeln. Die Vergütung beträgt pro Jahr und Kranker 6 M., für ganze Familie 16 M. pro Jahr.

— Kassel, 17. Febr. Am hier garnisonierenden Infanterie-Regiment Nr. 168 sind drei Soldaten unter der Geniditare abhängigen Erkrankungen erkrankt. Einer von ihnen, der Musketier Reis von der 4. Kompanie, ist im Lazarett gestorben. Der Tod soll durch eine noch hinzugetretene Lungenerkrankung eingetreten sein. Die anderen beiden Soldaten werden isoliert behandelt. — Ms. Nach schweren Leiden starb hier gestern der Landesrat Dr. Hermann Beigel seit neunzehn Jahren im Dienste des kommunalständischen Besitzerverbandes und der Provinzialverwaltung von Hessen-Nassau tätig, im Alter von erst 59 Jahren. — Der Buchhalter einer Zigarettenfabrik in der Holländischen Straße mordete das ihm entgegengebrachte Vertrauen in der tödlichen Weise. Nach Schluss der Geschäftsstunde erbrach er mittels Stemmisen das Innentuch des eisernen Geldkastens und räubte es aus. Es fielen ihm als Beute 1200 M. in Bar und ferner Wertpapiere in die Hände, worauf er flüchtete. Dringender Verdacht der Mörderhaft besteht noch gegen einen Arbeiter der Firma, welcher ebenfalls flüchtig geworden ist. Beide Durchsuchungen sind übrigens noch jung an Jahren, der erste ist 20, der andere 19 Jahre alt.

## Sport und Spiel.

sr. 8. Turnier deutscher Pferde. Das Meeting erreichte am Schlusstag mit der Entscheidung der Goldenen Reichskrone seinen glänzenden Höhepunkt. In dieser Konkurrenz trafen sich alle diejenigen Pferde, die im Preis von Ostpreußen, Preis von Hannover, Preis von Altona und der Handels-Materialprüfung plaziert worden waren, zu dem Zweck, das beste Pferd des Turniers festzustellen. Die Richter standen vor keiner leichten Aufgabe, denn die 13 Bewerber präsentierten ganz ausgezeichnetes Material. Nach langer Prüfung wurde Dr. G. Kunheims Basall 2, geritten von Frau v. Goldberg, der Sieg zugesprochen. In dem von 22 Konkurrenten bestreitenen Lebewohl-Jagd-Springen passierten 14 Pferde fehlerlos die Sprünge und muhten unter 700. Auch hier ergaben sich gleiche Leistungen, da vier Bewerber in tolem Rennen auf dem ersten Platz endeten. In der Hochspring-Konkurrenz kam es gleichfalls zu einem tolen Rennen. Oberleutnant Martin's Sylvester und Direktor Olsons' Ponchi sprangen beide ohne Fehler ein Hindernis von 1,70 Meter Höhe. Der Ehrenpreis der Herren v. Weinberg fiel durch das Los an Direktor Olson.

Das Feldbergfest. Der vorbereitende Ausschuss hielt letzten Samstag in Wiesbaden eine Sitzung ab und beschloß, den diesjährigen Feldberg-Turntag, zu dem alle Turnvereine des Mittelhessenkreises der Deutschen Turnerschaft einen Vertreter entsenden können, auf Sonntag, den 15. März, vormittags 9½ Uhr, einzuberufen, und zwar in die Turnhalle des Turnvereins "Vorwärts", Bodenheim. Außerdem wurde beschlossen, dem Turntag zu empfehlen, das diesjährige Feldbergfest, entgegen der seit vielen Jahren gebahnten Gewissheit, wonach dasselbe stets am ersten Sonntag nach dem 15. Juni abgehalten wurde, auf Sonntag, den 2. August, zu legen. Maßgebend für die Verlegung des Festtags war das ungünstige Wetter, das schon seit einer Reihe von Jahren im Monat Juni regelmäßig herrschte und das Fest ungünstig beeinflusste, während die Witterungsverhältnisse im Monat August doch in der Regel besser und beständiger sind.

ok. Die Bundesversammlung des Deutschen Fechterbundes am 18. Februar im "Hotel Schirmer" zu Kassel war zahlreich besucht worden von Hamburg, Berlin, Dresden, Hannover, Frankfurt, Darmstadt, Offenbach a. M., Wiesbaden, Mainz u. a. m. und tagte unter dem Vorsitz des Bundesvorstandes Herrn Erichsche Barth (Offenbach). Wiesbaden war im Rahmen des bislang Fechtesportvereins vertreten durch den Vorsitzenden des Fechtesportvereins Hauptmann O. Kesseler und Herrn J. Küster. Der letztere wurde bei der Vorstandswahl als Beifahrer in den Vorstand für 1914 gewählt. Aus den Verhandlungen sind die Beschlüsse über das Bundesturnier 1914, die Beteiligung an den Baltischen Spielen in Malmö 1914 und die Vorbereitungen auf die Olympiade 1916 in Berlin beachtenswert. Das Bundesturnier 1914 wird in Hamburg abgehalten, vom 11. bis 18. April (Ostern), vorangehend die zweite jährliche Bundesversammlung am Karfreitag. Die Beteiligung an den Baltischen Spielen in Malmö, etwa vom 12. bis 16. Juli, wurde ebenfalls beschlossen und ein Buschus bewilligt. Ein Antrag

Kesselring, der Vorstand des D. F. V. sollte von der Bundesversammlung beauftragt werden, eine durch den Bund selbst auszustellende, offizielle urkundliche Anerkennung der bestehenden Lehrkräfte für das moderne Fechten in Deutschland in die Wege zu leiten und gleichzeitig die Schaffung einer staatlichen Bildungsanstalt für Fechtlehrer anzutreten, um die Unabhängigkeit von den bisher einzigen bestehenden Anstalten des Auslandes (Rom, Joinville, Wien) bei der Beschaffung von Lehrkräften zu erreichen, wurde einstimmig angenommen.

## Gerichtsaal.

Der Binger Ebener vor den Geschworenen.

— Hanau, 17. Febr. Unter dem Vorsitz des Landrichters Grau begann heute vor dem hiesigen Schwurgericht die Verhandlung gegen den Binger Ebener Ebener wegen Verdächtigung an dem Gendarmeriewachtmeister van Burk aus Fulda und an dem Landwirt Franz Wehner aus Kämmerzell. Der Prozeß bildet ein Nachspiel zu dem Mord des Fürsters Romanus, der bekanntlich im Februar 1912 von Bingeren ermordet wurde. Ebener, ein junger, schwachsinniger Mensch, wird in Zuchthauskleidung und gefesselt vorgeführt. Im Gerichtssaal sind alle Sicherheitsvorkehrungen getroffen, um irgendwelche Ereignisse nicht auftreten zu lassen. Auf die Bitte des Angeklagten, gestattet der Vorsitzende, daß Ebener im Gerichtssaal die Fesseln abgenommen werden. Da zwei Tage für die Verhandlung in Aussicht genommen sind, wird eine Anzahl Zeugen bis morgen entlassen. Der Vorsitzende stellt alsdann die Personalien des Angeklagten fest und geht auf sein Vorleben ein. Der Vater des Angeklagten, Fritz Ebener, wurde im Jahre 1905 bei einem Streit mit seinem Schwager von diesem erschossen. Der Angeklagte, der damals 18 Jahre alt war und tatsächlich in den Streit eingriff, erschien dafür seine erste fünfmonatige Gefängnisstrafe. Auf die Frage des Vorsitzenden, wann er geboren sei, erklärt Ebener: Das weiß ich nicht. Der Vorsitzende stellt fest, daß der 26. Oktober 1889 der Geburtstag des Angeklagten ist. — Vorsitzender: Haben Sie eine Schule besucht? — Angeklagter: Nein. Ich habe in meiner Jugend Korbmacher gelernt, aber das Handwerk später nicht ausgeübt. — Vorsitzender: Sind Sie verheiratet? — Angeklagter: Ich lebe mit Karoline Heßmann in wilder Ehe und habe ein Kind. Auf weitere Vorhaltungen erklärt Ebener, daß er 12 Geschwister habe und daß ein Bruder von ihm, der ebenfalls einen Wachtmeister erjossen hat, hingerichtet worden sei. In Mainz wurde der Angeklagte einmal wegen eines Einbruchsdelikts gefangen. Als ihm ein Gendarm auf den Hosen war, schwor er auf ihn und brachte ihm eine Verleihung bei. Das Schwurgericht in Mainz verurteilte ihn dafür zu 5 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Entfernung. Wegen einer schweren Reuterei in Meiningen erhielt er später noch eine Zuchthausstrafe, so daß er insgesamt 6 Jahre und 6 Monate Zuchthaus zu verbüßen hatte. Der Angeklagte steht jetzt noch unter dem Verdacht, weitere Kapitalverbrechen in verschiedenen deutschen Städten verübt zu haben. So soll er in Marburg nachs einen Arbeiter geplündert, in Eisenach auf einige Schuhmacher und Landwirtschaftshelfer geschossen haben. Der Angeklagte bezeichnete diese Anschuldigungen als grundlos. Zu der jetzt zur Anklage stehenden Sache erklärt er, er habe auf den Gendarm und Landwirt geschossen. Aber er sei damals derart betrunken gewesen, daß er sich auf Einzelheiten nicht erinnern könnte.

wc. Als Vermittler etabliert hat sich der frühere Ofenjäger Johann Kaud, zurzeit in Frankfurt, nachdem das Empfinden in ihm wach geworden war, daß er zu "Höherem" geboren sei und nachdem ihm vorerst bei der probeweisigen Ausübung dieses neuen Metiers in fliegendem Münze gescheint worden war, daß dieses sein Empfinden ihn nicht täusche. In einer Wiesbadener Wirtschaft hielt er seine Sprechstunden ab, und es wurden ihm dort Wetten auf inn- und ausländische Pferderennen von allen Seiten zugestanden. Sein Unglück, endlich erwacht zu werden, hat er lediglich dem Umstand zugeschrieben, daß er seiner Umgebung gegenüber nicht reinen Mund halten konnte und doch kompromittierende Briefschaften bei ihm vorgefunden wurden. Wegen Beihilfe beim gewerbsmäßigen Glücksspiel verurteilte ihn die Strafammer in Wiesbaden zu einer Woche Gefängnis sowie 700 Mark Strafe.

ht. Ein Hauptmann als Gehorsamsverweigerer. Thorn, 18. Febr. Das Kriegsgericht der 35. Division zu Thorn verurteilte heute den Hauptmann Seifer vom 81. Feldartillerie-Regiment wegen Gehorsamsverweigerung und Achtungsverleugnung seinem Major gegenüber, der bis vor kurzem gleichfalls Hauptmann im Regiment war, zu 14 Tagen Stubenarrest. Der Auschluß der Öffentlichkeit, der während der ganzen Verhandlung aufrecht erhalten wurde, ist mit militärdienstlichen Interessen und damit begründet worden, daß der Sachverhalt bei nichtmilitärischem Publikum nicht das nötige Verständnis finden würde.

## Neues aus aller Welt.

Selbstmord aus Gram über die Wehrsteuer. Altenkirchen, 17. Febr. Im benachbarten Bachenberg wurde der reiche Bauer des Dorfes, namens Burchard, in seiner Scheune erhängt aufgefunden. Vor seinem Tode hatte der Selbstmörder gräßig, die Herzschwäche seines Bestandes zur Wehrsteuer habe ihm das Leben verleidet.

Über eine halbe Million für ein Halbd band. Paris, 18. Febr. Im Versteigerungsaal Drouot wurde ein siebenreihiges, aus 403 Perlen gebildetes Halbd band, das aus dem Schatz einer in Paris bekannten Dame stammt, für den Betrag von 580 000 Franken veräußert. Eine Diamantenschnur ergab die anscheinliche Summe von 75 000 Franken.

Die Kruppschen Jubiläa. Essen (Ruhr), 17. Febr. Bei der letzten Feier der Kruppschen Jubiläa wurde festgestellt, daß bei der Gußstahlfabrik 889 Angestellte länger als 25 Jahre im Dienst stehen. Im ganzen sind bei dem Unternehmen 70 240 Werkangestellte. 247 haben ein Alter von über 85 Jahren.

Ein verheerender Wollenzug. Oviedo, 18. Febr. In der vorletzten Nacht ist ein überaus heftiger Wollenzug über Oviedo und Umgebung niedergegangen. Ein Teil der tiefer gelegenen Stadt ist vollständig überwunden. Die Einwohner haben sich auf die Dächer geflüchtet. Zahlreiche Häuser wurden weggerissen. Der Wollenzug hat außerordentlich großen Schaden verursacht; in Monjona und Vicente de Plata sind mehrere Häuser zerstört worden. Die Straßen und Eisenbahnlinien sind teilweise zerstört worden, so daß an mehreren Stellen der Eisenbahnverkehr unterbrochen ist. Viele Bewohner befinden sich in großer Not.

## Deutscher Reichstag.

### Kunst und Sittlichkeit.

S. Berlin, 18. Febr. (Sig. Drahtbericht) Dem Reichstag war heute der neue Gesetzentwurf gegen die Gefährdung der Jugend durch die Jurichäusserung von Schriften, Abbildungen und Darstellungen — die Schmuzliteraturnovelle, wie sie kurz und schlecht getauft worden ist — zugegangen. Der Zusatz fügte es, daß auch die fortgesetzte Debatte über den Staat des Reichsjustizamts sich mit dem Kampf gegen den Schmuz in Literatur und Kunst befasse, und so hatte die Sitzung von vornherein ihre Signatur. Auf dem Tisch des Hauses lagen, von den Abgeordneten dicht umdrängt, Ansichtskarten und andere Reproduktionen von unzüglichen und angeblich unzüglichen Kunstwerken, und jeder einzelne Redner bekämpfte mehr oder minder ausführlich dieses Thema.

Nachdem der nationalliberale Abgeordnete v. Lüttich die Haltung des Abgeordneten Nöthling im preußischen Abgeordnetenhaus verteidigt und die Schifferschen Anträge noch einmal empfohlen hatte, trat Dr. Oertel auf, der heute aber, wie immer, wenn er sachlich sein möchte, schließlich langweilig war. Die Art und Weise, wie er den "Schmuz" in Wort und Bild bekämpfte, wird am besten dadurch illustriert, daß er kurzerhand Sezessionisten, Futuristen und Kubisten, alles zusammen in einen Topf wirft, ohne — wie er selber zugebunden — Bilder der Sezession gesehen zu haben. Dr. Müller-Weiningen war es, der dieses Künstler konserватiver Gründlichkeit und Ehrlichkeit an den Pranger stellte. Der sotschriftliche Redner führte trefflich aus, daß die Judikatur gegen die angeblich unzüglichen Postkarten, insbesondere die Rechtsprechung der 12. Berliner Strafammer, an den drei festen Ideen leide, daß alles Radikal an sich unzüglich sei, daß die Unzüglichkeit durch die Reproduktion erhöht werde, und daß der Indiziergriff der Unzüglichkeit — die Postkarte sei.

Große Heiterkeit erweckte der Redner durch den Hinweis auf die Konfiszation von defolzierten Büsten in den Friese-Läden. Auch der Sozialdemokrat Heine gab einige Proben rechtlicher Kunstauffassung in Preußen zum besten und protestierte vor allem gegen die noch schärfere Fassung der Beleidigungsparagraphen. Staatssekretär Lisco suchte etwas Öl auf die Wogen zu gießen. Er hüte sich wohl, die Rechtsprechung des Reichsgerichts zu verteidigen, verlangte dafür aber, daß die neueste Definition, die das Reichsgericht dem Wort "Unzucht" gebe, anerkannt werde. Der Abgeordnete Dove konnte in später Stunde sich nur noch mit den nationalliberalen Anträgen beschäftigen, die nach seiner Meinung in der vorliegenden Fassung kaum Annahme finden. Um 7 Uhr schloß die Diskussion; nur der Fall der Witwe Hamm soll in einer besonderen Besprechung erörtert werden, allerdings ohne den Staatssekretär, der schon heute eine Beteiligung an dieser Debatte ablehnte.

### Sitzungsbericht.

Bürgerlicher Drahtbericht des "Wiesbadener Tagblatts".

# Berlin, 18. Februar.

Am Bundesrätsitz: Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisco. Auf dem Platze des Präsidenten steht ein prächtiger Olivenstrauch aus Anlaß seines 70. Geburtstages. Präsident Dr. Raetsch eröffnet die Sitzung um 1,15 Uhr und dankt den Schriftführern für die Aufmerksamkeit.

Die zweite Lesung zum

### Etat des Reichsjustizamts

wird beim Titel "Staatssekretär" fortgesetzt.

Abg. Lüttich-Ehingen (natl.): Der Abg. Nöthling hat im Abgeordnetenhaus davon gesprochen, daß in einem solchen Falle, wie Böhmen, von den leitenden Staatsmännern die Staatszeit über die Gerechtigkeit zu stellen sei. Allgemein hat er diesen Satz nicht aufgestellt. Er hat damit gesagt, daß der leitende Staatsmann unter Umständen einen anderen Standpunkt einzunehmen habe als ein Richter. Die Novellengesetzgebung ist der einzige Weg, um unser gegenwärtiges Recht laufend zu verbessern. Wenn auch unsere Resolution, bestreitbarem Gewicht, nicht überzeugend ist, so hat sie doch wenigstens eine gründliche Erörterung der Verhältnisse hier veranlaßt.

Die Novellengesetzgebung muß besonders den Schutz der Gläubiger gegen böswillige Schuldnere schaffen und auch sonst hinsichtlich der Kaufverträge große Klarheit schaffen. Hinsichtlich der religiösen Erziehung der Kinder aus Mischverhältnissen gelten noch immer veraltete Bestimmungen. Es sollte ausgeschlossen sein, daß ein gewisser Zwang ausgeübt wird. Der Staatssekretär möge sich dieser Frage mit Wohlwollen annehmen. Jedenfalls bedürfen wir auch eines Gesetzeswurfs über den Wettbewerb auf dem Markt des Dienstleistungsangebotes. Zu unserem Bedauern hat die Kommissionen von der Regierung geforderten festen Meilensteinen abgelehnt. Aus den Ausführungen des Staatssekretärs geht zur Gemüthe hervor, daß diese Forderung eine dringende ist, und wir haben deshalb in einem Antrag die Wiederherstellung dieser Regierungsvorlage gefordert. (Beifall.)

Bayerischer Bundesratsbevollmächtigter v. Treutleinmoerdes: Im Laufe der Debatte ist auf einer Sitzung die Sprache gefallen, in welcher in Amberg die Strafzettel einer Zeugin trotz ihrer lebenslänglichen Bitten verlesen worden ist und die Zeugin darauf einen Selbstmord verübt hat. Daraufhin kann ich mitteilen, daß die Strafzettel auf dringendes Verlangen des Verteidigers verlesen worden ist, um die Gläubigkeitsgefahr des Dienstes wegen Diebstahls und Habserei vorbestraft. Der Selbstmordversuch stellt sich so dar, daß sie versucht hat, sich die Pulssader aufzutrennen, aber nur ganz leicht Verlebungen davongetragen hat. Dieser Fall zeigt, daß man Freiheitsstrafen recht vorsichtig aufnehmen sollte.

Abg. Dr. Oertel (konf.): Auch wir bedauern, daß der Landrat Nöthig durch einen unberechtigten Ratel bestellt worden und daß auf diesen treiflichen Mann ein solcher Schatten geworfen worden ist. (Bravo! rechts.) Die Novelle der Majestätsbeleidigung hat leider dazu geführt, daß manche Freiheitsstrafen nicht verfolgt werden, so diejenige, wo dem Kaiser das Schicksal des Königs von Portugal ähnlich deutlich vorgehalten wurde. Die persönliche Ehre muß besser geschützt werden, auch gegen Beleidigungen durch die Presse. Das Urheberrecht hat sich nicht so gut bewährt, wie seine Väter. Dr. Müller-Weiningen und ich, erwarten. Hinsichtlich der Sensationsprozeßberichterstattung ist es in der ernsten anständigen Presse aller Parteien besser geworden.

Das Publikum will seine Sensationsprozesse haben, wie unser Vater auf den Jahrmarkten ihren 947-jährigen Röder bewundert wollten. Unglaublich ist, daß der gebildete Mann, der ein Verhältnis mit der Hedwig Müller hatte, noch angezählt wurde, weil er das Mädchen gebildet hatte. Die anständige Presse hat nichts dagegen, wenn die Öffentlichkeit bei Gerichtsverhandlungen ausgeschlossen wird, wo solches möglich ist. Unter dem Deckmantel des Studiums des sogenannten Problems werden alle möglichen Ausschreitungen begangen und gefordert, auch in Doctor-Dissertationen. Die Darstellungen werden mit Leichtigkeit auch Kindern zugänglich gemacht. Auch die Postkartenindustrie nimmt sich dieser Dinge an und bildet dabei eine erhebliche Gefahr. Sie verzerrt die Kunst vielfach und schafft aus der reinen edlen Nachtheit lästerliche Darstellungen. Wir wollen keine falsche Scham und keine Prüderie, wohl aber ein verständliches Schamgefühl. Die Ausübung der Scham ist die Rückkehr zur Unkultur. Wir müssen unser Volk wieder zur religiösen Auffassung erziehen, nicht bloß zum Christentum. Das ist kein Studium. Den Sah: "Justitia fundamentum Regnum", ergänze ich dahin: "Fundamentum justitia timor Dei". (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Bpt.): Ich fehle wieder zu welschlichen Dingen zurück. (Heiterkeit.) Mein Sah von den preußischen Behörden, die auf einzelne Bestimmungen des Vereinsgesetzes pfeifen, hat im Abgeordnetenhaus schwere Angriffe gegen mich gezeigt. Ich habe damit keineswegs behauptet, daß hohe und höchste Stellen dieses Reichs ignorieren.

Die Staatsanwälte müssen unabhängiger gemacht werden, sonst glaubt kein Mensch mehr an ihre Objektivität.

Die Novellengesetzgebung ist nötig, da wir mit den Reformen nicht 15 Jahre warten können. Auch die Regierung geht diesen Weg, indem sie uns alle paar Tage eine Novelle vorlegt. Heute ist und wieder eine Vorlage zugegangen, die, wie ich fürchte, schwere Kämpfe hervorrufen wird. Auch wir wollen den Schutz im Bild ernstlich bekämpfen, aber es darf unter dem Deckmantel der Sittlichkeit sich nicht eine meist sehr unsittliche Moral breit machen.

Wir finden, daß die größten Botenjäger nach außen hin am meisten in Sittlichkeit machen.

Gegen Aussprüche der Presse muß sich die Presse selber helfen. Es ist falsch, alles Nudie als unsittlich zu bezeichnen. Der Zweck der Künstlerpostkarten ist derselbe wie derjenige photographischer Reproduktionen; sie wollen dem Volke die Kunstwerke zugänglich machen nur für billiges Geld. Wir sollten doch froh sein, daß wir im Reproduktionswesen England und Amerika erreicht, ja vielleicht übertroffen haben. Die ausgestellten unsittlichen Darstellungen sind nicht in Läden beschlagnahmt worden, sondern in den Lagern der Verlagsanstalten. Abgeordneter Oertel stürzt wie ein Elefant in den Porzellanladen und läuft Gefahr, die losbarsten Kunstdarstellungen zu zerstören. In Friseur- und Konfektionshäusern werden nackte Büsten entfernt, weil sie defolliert sind; werden derartige unbeschleidete lebende Damen auch von Höchällen zurückgewiesen? (Abg. Heine ruft: Die Höchällen sind nicht so verloren!) Ich weiß nicht, ob Sie auf Höchällen so große Parades haben. Es ist aber doch geradezu unverständlich, in welcher Weise die Sittlichkeit reiten zu wollen. Die uns zugegangene Vorlage spricht weiter von öffentlichem Argernis; das ist ein böser Begriff. In einem Prozeß hatte ein Schuhmann Argernis genommen, der andere nicht, obgleich der Hauptmann es in der Justizstunde berbot, Argernis zu nehmen. (Große Heiterkeit.)

Glücklicherweise sind die Turnhosen der Mädchen nicht mehr unzüchtig, nachdem der Kaiser in München die Turnstunde selbst besucht hat.

Eine durchbrochene Bluse oder Wadenstrümpfe genügen einem Schweineherrn zur Aufregung. Es spottet jeder Beschreibung, wie diese Schweinerie, die sich sittlich nennt, vorgeht gegen das kleinste und Beste. Das Tollste ist die Verballhornisierung der deutschen Dichter. Rötig ist ein Gejet zum Schutz der deutschen Klassiker. (Sehr richtig! links.) Manche Richtersprüche sind geradezu unverständlich. Der Richter muß im öffentlichen Leben sich betätigen und Vertrauensmann des Volkes sein. Wir werden in dieser Richtung mitarbeiten im Interesse der Entwicklung des Staatsgedankens. (Lebhafter Beifall.)

Staatssekretär Dr. Lisco: Es ist auf Gerichtsentscheidungen Bezug genommen worden, durch welche Postkarten mit Reproduktionen als unzüchtig erklärt worden sind. Die Urteile müssen zunächst überprüft werden, die Sachlage ergibt zuweilen, daß die Karten von dem betreffenden Händler in einer Umgebung von lästerlichen, obszönen Darstellungen angeboten wurden. Die Dinge gewinnen damit ein ganz anderes Gesicht. Es muß Aufgabe der Gesetzgebung sein, eine Verbreitung derartiger Reproduktionen erneut zum Gegenstand der Erwagungen zu machen.

Abg. Heine (Sog.): Ausgeteilt Dr. Oertel hat über den Marzipan-Schuh der persönlichen Ehre gelaufen. Dabei hat Dr. Böhme neulich mitgeteilt,

dass in den letzten zwei Jahren nicht weniger als 27 Mitglieder des Bundes der Landwirte und Konservative wegen Bekleidung der führenden Männer des Deutschen Bauernbundes verurteilt worden sind.

Hört! Hört! Bekleidungsfallen scheinen mit das ungeeignete Mittel im öffentlichen Kampf zu sein. Der Vorwurf der Klassenjustiz ist von uns niemals in dem Sinne gemacht worden, daß wir den Richtern bewußte Rechtsbeugung vorworfeln. Sie verstehen aber nicht die Seele des Mannes aus dem niederen Volle. Wie leben noch zu sehr im Polizeistaate. Auch die Staatsanwaltschaft gehört zur Justiz. Daß da eine große Fülle von Parteilichkeit vorkommt, wissen wir alle; sie kann nicht anders, denn sie ist abhängig von den Verwaltungsbehörden. Hinsichtlich der Beurteilung künstlerischer Reproduktionen verhält das Gericht geradezu pervers. Wer ausgewachsen ist in der Schule vor dem Richter, der wird natürlich späterhin beim Anblick des Richters leicht zur Sinnlichkeit gereizt. Es handelt sich um eine Frage der Bildung und Kultur, und wir sind hier auf dem richtigen Wege mit der Auflösung der Jugend.

Staatssekretär Dr. Lisco legt Betrachtung ein gegen einige Ausbrüche in den Ausführungen des Vorredners, die eine Herabsetzung des Richterstandes und der Gerichte bedeuten.

Abg. Gerlach (lons.): Die bisher bestehenden Vorschriften über die Aufnahme eines Geisteskranken in eine Anstalt lassen es unmöglich erscheinen, daß ein Kranker aufgenommen wird, der nicht der Aufnahme bedürftig ist. Fehlgriffen in der Be-

handlung von gemeingefährlichen Geisteskranken, wie im Falle Wagner, wird nie vorgegeben werden können. Die in der letzten Zeit besonders häufig geworbenen Massenmorde geben zu großen Bedenken Anlaß.

Abg. Dr. Dove (Bpt.): Der Resolution der Nationalliberalen können wir nur teilweise zustimmen. Der Beschränkung und Vereinheitlichung der Rechtspflege können wir nicht zustimmen, da die dort aufgestellten Forderungen noch nicht spruchfrei sind.

Nach kurzen Ausführungen des Abg. Sachse (Sog.), der sich in persönlichen Bemerkungen gegen den Abg. Martin wendet, schließt die Debatte.

Die Debatte über den Fall der Witwe Hamm wird zurücks gestellt.

Staatssekretär Dr. Lisco bittet, nicht in ein schwedendes Verfahren einzugehen und führt dann aus: Die Herren wollen, wie sie mit mitgebracht haben, auch eine Beweisführung antreten. Von diesem Gesichtspunkt aus sind längere Erörterungen bedenklich. Ich kann an dieser Debatte nicht teilnehmen, muß aber dringend bitten, wenn es möglich ist, die ganze Erörterung zu unterlassen und sich möglichst Zurückhaltung aufzuzeigen.

Hierauf wird ein Vertragungsantrag angenommen.

Nach persönlichen Bemerkungen vertagt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr pünktlich: Rest des Justizetats; Marineetat. — Schluß 6½ Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

Einiger Drahtbericht des "Wiesbadener Tagblatts".

S Berlin, 18. Februar.

Am Ministerisch: Minister des Innern von Dallwitz.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 11.15 Uhr.

Die Beratung zum

### Etat des Ministeriums des Innern

wird fortgesetzt bei dem Kapitel Landräte, Büroräte und Amteier.

Abg. Dr. v. Campe (natl.) begründet seinen Antrag, die Staatsregierung zu ersuchen, in erhöhtem Maße und schneidiger als bisher eine Verstaatlichung der Bureaus der Landesämter vorzunehmen.

Abg. Richter Dr. Oertel führt Beschwerde darüber, daß das Zentrum bei der Stellenbeschaffung in der Kreisommunalverwaltung unparitätisch behandelt werde.

Minister des Innern von Dallwitz: Das konfessionelle Moment hat mit der Bezeichnung der Stellen in der Kreisommunalverwaltung nichts zu tun.

Abg. v. Boden (lins.): Wir haben Bedenken gegen den Antrag Campe, weil dadurch eine Vermehrung der Stellen hervorgerufen werden würde. Eine Besserung der Arbeitsleistung würde auch nicht erzielt werden.

Abg. Dr. v. Bohna (freil.).: Wir sind gegen den Antrag bei dem jetzigen Zustande. Vielen jungen Leuten auf dem Lande ist die Möglichkeit gegeben, von unten heraus sich für die Beamtenlaufbahn auszuwählen. Das würde aufhören, wenn die Bureaus der Landratsämter verstaatlicht würden.

Minister des Innern von Dallwitz: Der Antrag würde eine Vermehrung der Beamtenstellen zur Folge haben. Gerichtsassistenten werden schon jetzt in reichem Maße staatlich angestellt. Die Regierung hat aber nicht die Absicht, die Bureaus der Landratsämter zu verstaatlichen.

Abg. Wenke (Konserv. Bpt.): Wir werden für den Antrag stimmen. Es ist bedauerlich, daß die Landräte, namentlich in den östlichen Provinzen, sich in den Dienst der konservativen Partei stellen.

Abg. v. Trampeowski (Bor.): Das Vereinsgesetz wird von den Landräten vielfach missbrauchlich angewendet.

Abg. Leinert (Sog.): Wir stimmen für den Antrag Campe, insbesondere deshalb, weil die Beamten bei den jüngsten Zuständen viel zu gering bezahlt werden.

Der Landrat sollte sein Amt bei den Wahlen und bei der Handhabung des Vereinsgesetzes nicht missbrauchen. Man kann von einer böswilligen Absicht sprechen, das Vereinsgesetz so anzuwenden, daß dabei von einem Recht des Volles nicht mehr die Rede sein kann. Besonders verfolgt wird der Landarbeiterverband, der keineswegs politische Ziele verfolgt. Wir werden von der Staats- und Polizeiverwaltung überall gezielt behandelt.

Abg. Gosler (lons.): Wir haben wieder in einer Dauertrede die üblichen und grundlosen Angriffe gegen die Landräte gehört. Diese Angriffe, die sich in der Hauptrede daran beziehen, daß die Landräte das Vereinsgesetz ungesehlich handhaben und daß sie bei Wahlen ihr Amt missbrauchen, entbehren der Begründung, denn die Amtsführung der Landräte ist eine durchaus einwandfreie. Wenn wir an die Vorgänge in Sachsen denken, so werden wir mit Beziehung feststellen, daß wir preußische Landräte haben, die allezeit am Platz sind und mit ihrer ganzen Person eintreten für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Autorität und der Staatsautorität. Sie — nach links — verlangen immer, daß die Beamten sich politisch nicht betätigen sollten. Was würden Sie für Gesetzer machen, wenn der Minister sich als Konservativ bekennt würde, wie neulich Minister v. Boden sich zur nationalliberalen Partei bekannt hat. Je mehr sich die Grenzen zwischen bürgerlicher und revolutionärer Demokratie verwischen, um so mehr treten wir für die Aufrechterhaltung der Stellung der Landräte ein, nicht im Interesse der Landräte, sondern des preußischen Staates. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Hagemeyer (natl.): Wir wünschen eine freiere Ausgestaltung der Landgemeindeordnung, besonders im Interesse der großen Gemeinden.

Die Debatte über die Landratsämter wird geschlossen. — Der Antrag von Campe wird der Budgetkommission überwiesen.

Bei dem Kapitel

Polizeiverwaltung von Berlin und Umgebung begründete Abg. Freiherr zu Schweinsberg (lons.) ferner auch von den Kreisoberhäuptern, dem Zentrum und den Nationalliberalen unterzeichneten Antrag, in welchem die Regierung ersucht wird, auf die Bekämpfung der Unsittheit hauptsächlich in den Großstädten Bedacht zu nehmen. In dem Antrage wird ein Vorgehen gegen die Animierkneipen, die Cabaretts und die Nummelpläne gefordert. Ferner wird die Vorlage eines Kinematographengesetzes sowie ein schärfes Vorgehen gegen Nachlokale durch Verkürzung der Polizeistunde verlangt. Der Redner führt

auf: Der Vertrieb von Antikonzeptionsmitteln ist ein Fluch der Menschheit geworden. Dagegen muß scharf vorgegangen werden.

Berlin bei Nacht ist einer der dunkelsten Punkte im Deutschen Reich.

Hier sollte die Polizei ein wachsame Auge haben. Unsere Jugend muß körperlich und seelisch gesund erhalten bleiben. Der Geist des Gottertrauens, von dem vor hundert Jahren unser Volk durchdrungen war, hat unser Volk groß gemacht und wir wünschen, daß dieser Geist in unserer Zeit lebendig bleibt möge. (Beifall rechts.)

Abg. Vorster (freil.): In keiner Stadt der Welt ist das Nachleben so ausgedehnt und hat eine so erschreckende Form angenommen wie in Berlin. Der Polizei kann der Vorwurf zu großer Milde nicht erspart werden. Bei dererteilung von neuen Konzessionen muß die Bedürfnisfrage strenger geprüft werden. Nur die Rücknahme auf das Wohl unserer Jugend hat uns zur Einbringung dieses Antrages veranlaßt, um dessen einstimmige Annahme wir dringend bitten. (Beifall bei den Freikonservativen.)

Abg. Schröder-Kassel (natl.): Das Kinematographentheater kann für die Jugend sehr lehrreich wirken, wenn es sich in den nötigen Schranken hält. Die Kinos haben aber eine Entwicklung genommen, die auf das entschiedenste bedauert werden muß. Deshalb wollen wir ein Kinematographengesetz. Mit der Verkürzung der Polizeistunde muß möglichst schnell vorgegangen werden.

Minister des Innern v. Dallwitz: Der Tendenz des Antrages stimmt die Regierung zu. Auf eine Abkürzung der Polizeistunde soll hingewirkt werden.

Hinsichtlich der Animierkneipen liegt dem Bundesrat ein Gesetzentwurf vor, der den Einzelstaaten eine schärfere Kontrolle über diese Lokale gibt.

Wenn der Gesetzentwurf angenommen wird, so werden die Animierkneipen überhaupt bestraft werden können. Was die Filmmensur betrifft, so müssen wir erst weitere Erfahrungen sammeln. Dem überhandnehmen von nicht empfehlenswerten Darstellungen soll entgegengewirkt werden.

Abg. Rommel (Bpt.): Der Tendenz des Antrages stehen wir sympathisch gegenüber. Die Unsittheit muß bekämpft werden, aber nicht nur in den Großstädten, sondern überhaupt. Ganz besonders einverstanden sind wir mit dem Vorgehen gegen die Animierkneipen, denn durch sie werden nicht die Männer angelockt, sondern sie ziehen vor allem den Verbrechern Unterschlupf. Die Prostituierten muß mit allen Mitteln bekämpft werden, vor allem durch Einwirkung auf das religiöse Empfinden. Ich schließe mit den Worten des Kaisers: Nicht Macht und Ansehen sichern die Zukunft, sondern die sittliche Kraft des Volkes. (Beifall links.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr vertagt. Außerdem Stadtentwertung von Danzig. Schluß 3½ Uhr.

## Letzte Drahtberichte.

Der Abgeordnete Dr. Müller-Meiningen über die Verhandlungen der Fabern-Kommission.

8. Berlin, 18. Febr. (Eig. Drahtbericht) Unsere Berliner Redaktion hat Veranlassung genommen, den Abgeordneten Dr. Müller-Meiningen, eines der fortschrittlichen Mitglieder der Fabern-Kommission, über die heutige erste Sitzung dieser Kommission, über den Eindruck und die Wirkung der heutigen Regierungserklärung, über das Ergebnis des ersten Falles fortschrittlichen Antrages und über das voraussichtliche Schicksal läßt sich allerdings auch für den Außenstehenden unschwer erraten. Schon die Tatsache, daß sich der Kriegsminister in der Kommission zweifellos infolge der Oldenburgischen Drohungen im Circus Busch überhaupt nicht vertreten ließ, spricht für sich. Abgeordneter Müller-Meiningen erklärte seinem Vertreter: Die erste Sitzung der jungen Fabern-Kommission hat heute mit einer einlichen Überzahlung geendet. Nachdem man sich 1½ Stunden darüber herumgestritten hatte, ob noch weiteres Material notwendig sei oder ob man sofort in die Beratung des fortschrittlichen Antrages eintreten soll, zog der anwesende Vertreter des Reichsjustizamts, der zugleich als Vertreter des Reichsfinanziers fungierte, plötzlich eine feierliche Erklärung der Verbündeten Regierungen aus der Tasche, wonach diese sich an der weiteren materiellen Verhandlung dieser Frage nicht beteiligen werden und den Gesetzentwurf als solchen aus Gründen mancherhafter Zuständigkeit des Reiches ablehnen. Die beiden Vertreter der fortschrittlichen Volkspartei haben infolgedessen auch den Antrag des Abgeordneten Fechnerbach auf Materialbeschaffung als völlig überflüssig abgelehnt, während die Sozialdemokraten mehrwürdigweise mit den anderen Parteien — nur Konservativen stimmen noch dagegen — diese Materialbeschaffung für notwendig erklärten. Dabei ändert natürlich auch das vom Zentrum verlangte Material an der definitiv anzusehenden Regierungserklärung nicht das mindeste. Die Materialbeschaffung kann vielmehr höchstens zu einer weiteren Verschiebung der Verhandlungen missbraucht werden.

Der Abgeordnete Fechnerbach deutete in der heutigen Kommissionsitzung denn auch ganz offen an, er habe sofort in die Beratung des fortschrittlichen Antrages eintreten soll, zog der anwesende Vertreter des Reichsjustizamts, der zugleich als Vertreter des Reichsfinanziers fungierte, plötzlich eine feierliche Erklärung der Verbündeten Regierungen aus der Tasche, wonach diese sich an der weiteren materiellen Verhandlung dieser Frage nicht beteiligen werden.

Der Abgeordnete Fechnerbach deutete in der heutigen Kommissionsitzung denn auch ganz offen an, er habe sofort in die Beratung des fortschrittlichen Antrages eintreten soll, zog der anwesende Vertreter des Reichsjustizamts, der zugleich als Vertreter des Reichsfinanziers fungierte, plötzlich eine feierliche Erklärung der Verbündeten Regierungen aus der Tasche, wonach diese sich an der weiteren materiellen Verhandlung dieser Frage nicht beteiligen werden.

Der Abgeordnete Fechnerbach deutete in der heutigen Kommissionsitzung denn auch ganz offen an, er habe sofort in die Beratung des fortschrittlichen Antrages eintreten soll, zog der anwesende Vertreter des Reichsjustizamts, der zugleich als Vertreter des Reichsfinanziers fungierte, plötzlich eine feierliche Erklärung der Verbündeten Regierungen aus der Tasche, wonach diese sich an der weiteren materiellen Verhandlung dieser Frage nicht beteiligen werden.

Der Abgeordnete Fechnerbach deutete in der heutigen Kommissionsitzung denn auch ganz offen an, er habe sofort in die Beratung des fortschrittlichen Antrages eintreten soll, zog der anwesende Vertreter des Reichsjustizamts, der zugleich als Vertreter des Reichsfinanziers fungierte, plötzlich eine feierliche Erklärung der Verbündeten Regierungen aus der Tasche, wonach diese sich an der weiteren materiellen Verhandlung dieser Frage nicht beteiligen werden.

Der Abgeordnete Fechnerbach deutete in der heutigen Kommissionsitzung denn auch ganz offen an, er habe sofort in die Beratung des fortschrittlichen Antrages eintreten soll, zog der anwesende Vertreter des Reichsjustizamts, der zugleich als Vertreter des Reichsfinanziers fungierte, plötzlich eine feierliche Erklärung der Verbündeten Regierungen aus der Tasche, wonach diese sich an der weiteren materiellen Verhandlung dieser Frage nicht beteiligen werden.

Der Abgeordnete Fechnerbach deutete in der heutigen Kommissionsitzung denn auch ganz offen an, er habe sofort in die Beratung des fortschrittlichen Antrages eintreten soll, zog der anwesende Vertreter des Reichsjustizamts, der zugleich als Vertreter des Reichsfinanziers fungierte, plötzlich eine feierliche Erklärung der Verbündeten Regierungen aus der Tasche, wonach diese sich an der weiteren materiellen Verhandlung dieser Frage nicht beteiligen werden.

**Eine Spionage-Agentur in Genf.**

wb. Berlin, 18. Febr. Aus Genf wird die Nachricht verbreitet, daß dort eine Spionageagentur entdeckt worden sei, an deren Spitze ein ehemaliger deutscher Offizier, Emanuel v. Ed., und ein österreichischer Reserveoffizier, Alois Glaser, gestanden hätten. Wie wir erfahren haben, war Ed nie-mals ein deutscher Offizier, er ist überhaupt kein Deutscher, sondern ein Russe. Ebenso wenig ist Glaser ein österreichischer Reserveoffizier. Wenn der Eindeutig erweckt werden soll, als ob Deutschland und Österreich-Ungarn etwas mit Spionen zu tun hätten, so handelt es sich dabei offenbar um den Verdacht, eine Art Gegenstück zu der jüngst entdeckten französischen Spionageagentur Vauguet in Genf zu schaffen. In Wirklichkeit dürften die genannten Personen — Ed ist ingwischen aus der Schweiz ausgewiesen worden — eben mit dieser Agentur in Verbindung gestanden haben.

wb. Bern, 18. Febr. Über die Genfer Spionageangelegenheit erfährt die schweizerische Departementsagentur: Der Bundesanwalt führte die Untersuchung, Oberst Galis, Sekretär des Generalstabes, prüfte die beschlagnahmten Dokumente. Der Bundesrat beschloß auf Antrag des Staatsanwalts, den Russen Emanuel Edg. alias v. Ed., und den Offiziersleben der österreichischen Reserve Alois Glaser auszuweisen. Die Untersuchung ergab keine gegen die Schweiz gerichtete Spionage. Die Angelegenheit scheint nicht von so großer Bedeutung zu sein. Ed weilt oft in Lausanne. Die Bundesbehörden schließen die Nachforschungen fort und sind entschlossen, gegen die Spionage auf schweizerischem Gebiet energisch vorzugehen. Ed und Glaser hatten sich nach Wien begeben und wurden dort erkannt und verhaftet. Ed wird noch festgehalten, Glaser ist freigelassen worden, er lebte darauf nach Genf zurück, hat aber die Stadt vor einigen Tagen wieder verlassen.

S Berlin, 18. Febr. (Eig. Drahtbericht) Der in Genf verhaftete Spion Edg. ist, wie das „Berl. Tagebl.“ in Erinnerung der bisherigen Meldungen im Generalstab erfuhr, früher russischer Konsulatssekretär in Königsberg gewesen und hat bereits seit langem gegen Deutschland Spionage getrieben.

**Staatssekretär Dr. Solf über eine Reform der Kolonialverwaltung.**

wb. Berlin, 18. Febr. In der Budgetkommission des Reichstags erklärte der Staatssekretär des Reichskolonialamts Dr. Solf, mit der Vorlegung der dem Reichstag schriftlich zugegangenen Denkschrift über die Kolonialverwaltung der europäischen Staaten entspreche er den Unregungen des Reichstags und sagte, er habe bei dem Vergleich der Verwaltungssysteme gefunden, daß namentlich ein englisches System, wenn auch nicht in allen Details, für uns vorbildlich sein könne. Ein wesentlicher Unterchied zwischen den deutschen und der englischen Kolonialverwaltung bestände darin, daß bei uns grundsätzlich die Kolonialverwaltung in den Händen des Staatssekretärs liege, der für alles im Parlament verantwortlich ist, während die Verwaltung der englischen Kolonien in den Händen der Gouverneure und des englischen Kolonialbudgets liegt und dem

Parlament nicht vorgelegt würde. Dr. Solf sagte, er beabsichtige, noch eine neue Reform vorzunehmen. Das Kolonialamt solle entkoppelt, die Beamten tunlich vermindernd und die Gouvernementsverwaltungen gestärkt werden. Es sei zu prijzen, inzwischen eine Konstitution für die Kolonien geschaffen werden könnte. Bezuglich der deutsch-englischen Grenze im Nordwesten Ostafrikas werde demnächst eine Ratifizierungsurkunde vorgelegt werden.

Die Haltung der bayerischen Regierung zur Sozialdemokratie.

wb. München, 18. Febr. In der Kammer der Abgeordneten kam der Minister des Innern Freiherr v. Soden bei der Beratung seines Gesetzes auf die Haltung der Regierung gegenüber der Sozialdemokratie zu sprechen und erklärte bezüglich der Reichsbestätigung sozialdemokratischer Bürgermeister und Beigeordneter, er habe schon in seiner letzten Rede darauf hingewiesen, daß er seine Stellungnahme in dieser Hinsicht nicht geändert habe. Die Verhältnisse seien ganz einfach. Nach der Gemeindeordnung bedürfe die Wahl der Bürgermeister und der Beigeordneten der staatlichen Bestätigung. Die Staatsregierung sei durchaus berechtigt, den gewählten Bürgermeister, den sie noch freiem Ernennung für nicht geeignet halte, die Bestätigung zu versagen. Was das Verhältnis der Regierung zur Sozialdemokratie betreffe, so habe ihn die prinzipielle Auffassung der Sozialdemokratie über den Staat in der Meinung bestärkt, daß hier mindestens eine gewisse Vorsicht gegenüber der Sozialdemokratie am Platze sei. (Burke der Sozialdemokratie: Das beruht auf Gegenseitigkeit. — Große Heiterkeit.) Mit Bezug auf die prinzipielle Stellung der Sozialdemokratie schließe er sich dem an, was kürzlich der bairische Minister des Innern v. Bodman in dieser Frage in der bairischen Kammer gesagt hat.

Ein Strafversfahren gegen den bayerischen Abg. Held.

hd. München, 18. Febr. Ein Strafversfahren ist gegen einen neuen Vorständen der bayerischen Zentrumsfraktion, den Abg. Held, eingeleitet worden. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Geschäftsausschusses der bayerischen Abgeordnetenkammer stand als einziger Punkt die Einleitung der Strafverfolgung gegen den Abg. Held. Wie man hört, handelt es sich um ein Verfahren, das wegen angeblicher Fidesverlehnung eröffnet werden soll.

**Die Gemeinderatswahlen in Neuß.**

wb. Neuß (Neuß). 18. Febr. Gestern fanden 14 Gemeinderatswahlen statt. Die bürgerlichen Parteien erhalten 12 Sitze, so daß sie jetzt insgesamt 20 von 30 Sitzen innehaben.

**Der Prinz zu Wied in London.**

wb. London, 18. Febr. Prinz Wilhelm zu Wied ist heute vormittag nach stürmischer Überfahrt hier eingetroffen und stieg im Ritz-Hotel ab. Der Prinz besuchte mit Kapitän Armstrong die verschiedenen Botschaften, u. a. auch die deutsche. Im Buckingham-Palast fand ein Frühstück statt. Am Nachmittag wird der Prinz eine Besprechung mit Sir Edward Grey haben, und um 9 Uhr abends nach Paris abreisen, wo er morgen an einem Frühstück beim Präsidenten Poincaré

zinslich angelegt in Reichs- und in Staatsanleihen verschiedener Bundesstaaten, in Darlehen an Genossenschaften, in Wechseln und durch Überweisung an die Reichsbank, im letzten Falle als tägliches Geld gegen 3 v. H. Zinsen. Der Postscheckverkehr des Reichs-Postgebietes ergibt für 1913 ein Mehr von 682 000 M. und gleicht so mit dem Mehr des Vorjahrs (429 000 M.) den Minderbetrag nunmehr aus, den die ersten Jahre in Höhe von über 1 Mill. M. gezeigt hatten. Im internationalen Postgiroverkehr, der Österreich, Ungarn, die Schweiz, Luxemburg und Belgien mit umfaßt, wurden 91 Mill. Mark durch bargeldlose Überweisungen beglichen.

**Berliner Nachbörsen.**

S Berlin, 18. Febr. Nachbörslich blieb der Verkehr still und die Kurse bröckelten ab. Am Kassamarkt der Industriepapiere war die Haltung behauptet. Das Geschäft hielt sich hier in engen Grenzen. Die Kursveränderungen waren daher nicht bedeutend.

Kreditaktien . . . . .	206%	Kanadas . . . . .	215%	Rhein. Stahlw. . . . .	163%
Hand.-Gesell. . . . .	163%	Orientbahn . . . . .	198%	Rombacher . . . . .	162%
Commerzbank . . . . .	112%	Meridional . . . . .	—	Paketfahrt . . . . .	143%
Darmstäd. Bank . . . . .	123%	Pennsylvania . . . . .	—	Hamburg.-Südsee . . . . .	179%
Deutsche Bank . . . . .	260%	Henri . . . . .	—	Hans.-Dampfsh. . . . .	294%
Disk.-Kommand. . . . .	192%	48-Russen (1902) . . . . .	61%	Lloyd . . . . .	126%
Dresdner Bank . . . . .	158%	Türkenlose . . . . .	18%	Dynamit-Trust . . . . .	179%
Nationalbank . . . . .	112%	Annette-Friede . . . . .	167%	Naphtha-Nobel . . . . .	—
Schaffhausen . . . . .	105%	Bochumer . . . . .	228%	Allg. Elektricität . . . . .	250%
Pet.-Int. Mdlsbc. . . . .	209%	Luxemburger . . . . .	144%	D.-Uebersee-EI. . . . .	179%
Lüb.-Böhmer . . . . .	—	Gelsenkirchen . . . . .	195%	Siemens . . . . .	221%
Schauhardt-Bahn . . . . .	140%	Harpener . . . . .	188%	Schuckert . . . . .	153%
Lombarden . . . . .	221%	Hohenlohbewk. . . . .	182%	Ges. f. elektr. . . . .	—
Anstalter . . . . .	117%	Lasalahti . . . . .	185%	Unters. . . . .	171%
Baltimore . . . . .	95%	Phönix . . . . .	244%	South-Westair. . . . .	120%

**Frankfurter Nachbörsen.**

= Frankfurt a. M., 18. Febr. Kurse von 1% bis 2% Uhr. Kreditaktien 206%, Disconto-Commandit 198%, Dresdner Bank —, Petersb. Int. Handelsbank 209%, Städtische Bank 156%, Lombarden 22%, Baltimore und Ohio 95%, Schantungsbahn 140%, Paketfahrt —, Nordd. Lloyd —, Deutsch-Luxemburger 144%, Harpener 188%, Phönix 244%, Edison 250%.

**Industrie und Handel.**

w. Die Lage des Rohreisemarktes. Köln, 18. Febr. (Eig. Drahtbericht) In der heutigen Versammlung des Rohreisemarktes wurde über die Marktage berichtet. Das Innungsgebot ist lebhafter geworden. Sowohl in Qualitäts-eisen als auch in Luxemburger Rohreisen sind in den letzten Wochen erhebliche Mengen verkauft worden. Immerhin beobachtet ein Teil der Abnehmer noch weiter Rückhaltung. Der Auslandsmarkt zeigt infolge der günstigeren Nachrichten aus Amerika und der Erleichterung auf dem Goldmarkt weiter feste Haltung. Es sind in der letzten Zeit verschiedene größere Auslandsgeschäfte erneuert worden. Der Vorsand im Monat Januar ist mit 71,38 Proz. der Beteiligung gegen die Vormonate erheblich zurückgeblieben. Zum Teil ist dieser Rückgang auf die infolge des Frostwetters im Monat Januar ausgelöste Wasserverladung zurückzuführen, zum anderen Teil auch darauf, daß die Abnehmer ihre Bestände stark reduziert haben. Für den Monat Februar ist mit einer geringen Besserung des Verkaufes zu rechnen.

\* Erhöhung der Gummipreise. In einer Versammlung der Gummifabrikanten aus Deutschland, England und Holland, in welcher etwa 90 Proz. der Produktion der genannten Länder vertreten waren, wurde u. a. beschlossen, in den Gummipreisen wegen der letztjährig eingetretenen erheblichen Verteuerung der Rohstoffe eine angemessene Erhöhung einzutragen zu lassen, die sofort in Kraft tritt.

teilnimmt. Allsdann wird der Prinz nach Neuwied zurückkehren, um die albanische Deputation zu empfangen. Die Abreise nach Durazzo steht noch nicht fest.

Bulgarische Minister unter Auflage.

○ Sofia, 18. Febr. (Eig. Drahtbericht) Morgen soll vor einem besondern Staatsgerichtshof der Prozeß gegen die Stambulerischen Minister seinen Anfang nehmen, die von 1908 bis 1909 am Studer waren. Es sind der General Pehow, welcher Ministerpräsident und Minister des Außen- bis zum Jahre 1906 war, und der frühere Kriegsminister Stawrov, der Ackerbauminister Denicew und der Eisenbahminister Chalaiew. Die Anklageschrift ist 700 Seiten stark und enthält 40 Anklagepunkte. In allen Fällen lautet die Anklage auf Verfassungsverletzung und Schädigung des Staates.

Rücktritt des russischen Handelsministers.

hd. Petersburg, 18. Febr. Aus authentischer Quelle wird versichert, daß der Rücktritt des Handelsministers Timeschew endgültig beschlossen worden ist. Sein Abgang ist in kürzester Zeit zu erwarten.

Ein russisches Vortragverbot gegen Werner Sombart.

△ Petersburg, 18. Febr. (Eig. Drahtbericht) Die Odesauer Polizei hat den angekündigten Vortrag Professor Werner Sombarts verboten.

Zur Lage in Mexiko.

wb. Washington, 18. Febr. Die Jagd des Präsidenten Mahan ist nach Veracruz entsandt worden, um die in den amerikanischen Gewässern befindlichen Kriegsschiffe abzulösen.

Ein deutscher Höhenweltreis.

# Berlin, 18. Febr. (Eig. Drahtbericht) Ein deutscher Höhenreis wurde heute vormittag in Johannisthal von dem Piloten Winnelögel auf einem Rumpf-Gindecker neu-erster Konstruktion aufgestellt. Trotz böiger Winde und grimiger Rüste erreichte der Pilot 4300 Meter. Hier trat der Vergaser ein. Infolgedessen sah sich der Flieger gezwungen, im steilen Gleitschlug niederguziehen.

Eine rob- und gefüllte Eisenbahn.

wb. Berlin, 18. Febr. Im Hof des „B. B.“ führte Göbel (Breslau) an einem großen Modell eine rob- und gefüllte Eisenbahn vor. Der Wagen steht auf drei Paaren von Längsschienen, von denen, wenn er in Bewegung gesetzt wird, immer je ein Paar als Stütze des Wagens dient, das zweite Paar setzt auf den Boden und den Wagen trägt, während das dritte Paar sich in der Höhe befindet.

○ wb. Straßburg, 18. Febr. (Eig. Drahtbericht) Der Statthalter Graf Wedel begibt sich am Donnerstag nach Berlin und fährt schon am Samstag wieder nach Straßburg zurück.

hd. Stuttgart, 18. Febr. Der vermisste Bauteil Professor Waldemar Böhlitzgill von der Baugewerbeschule wurde gestern als Leiche aus dem Radar gelandet.

wb. Wien, 18. Febr. Bei einer Film aufnahme wurde heute morgen der Regisseur von einer Tigerfalle in die Hände gebissen. Es gelang, die Schlange von ihrem Opfer abzubringen.

\* Chr. Adt. Knopfberg u. Co., Mainz. Das Unternehmen erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Reingewinn von 520 105 M. (i. V. 424 869 M.). Es soll eine Dividende von wieder 12 Proz. zur Verteilung gelangen. Die Verwaltung erholt sich von der Besserung des Geldmarktes für das neue Jahr ein befriedigendes Geschäft.

\* Kaiser-Friedrich-Quelle, A.G., Offenbach a. M. Der in 1913 erzielte Gewinn beträgt 168 418 M. (146 268 M.), woraus wieder eine Dividende von 18 Proz. verteilt werden soll.

\* Erhöhung der Mehlpreise. Die Süddeutsche Mühlenvereinigung in Mannheim hat den Großhandelpreis für Weizenmehl Nr. 0 ab 18. d. M. um 25 Pf. auf 31 M. ab Mühle erhöht.

\* Ermäßigung der Kohlenpreise in Oberschlesien. Der „Bresl. Ztg.“ zufolge erwartet man für Anfang April eine Preisermäßigung für oberschlesische Haushaltskohle, und zwar für Stock- und Wurfkohlen sowie Nuß I um 50 Pf. sowie für Nuß II um 30 Pf. die Tonne.

Versicherungswesen.

\* Friedrich Wilhelm, Lebensversicherungs-A.-G. Der Hypothekenbestand stellte sich ultimo 1912 auf 196 Mill. M., ultimo 1913 auf rund 221 Mill. M. und gegenwärtig auf rund 224% Mill. M. Die Beleihungen im Jahre 1913 sind durchschnittlich zu einem Zinssatz von 4% Proz. erfolgt.

\* Eine Provinzial-Lebensversicherungsanstalt in der Rheinprovinz wird jetzt, nachdem der rheinische Provinziallandtag nahezu einstimmig der betreffenden Vorlage zugestimmt hat, errichtet.

**Schiffs-Nachrichten**

über Bewegung und Ankunft der Dampfer vom 2. bis 11. Februar 1914.

Dampfer:	Herkunft bzw. Reisezeit:	Aankunft bzw. Weiterfahrt
Koninklijke Hollandsche Lloyd, Amsterdam.		
General-Agentur: Passag.-u. Reisebüro Born & Schottenfels.		
Gelria . . . . .	auf der Heimreise	Febr. 7. von Montevideo
Frisia . . . . .	→ Ausreise	→ 9. v. Rio de Janeiro in Amsterdam.
Hollandia . . . . .	→ Ausreise	→ 9. von Lissabon.
Zeelandia . . . . .	→ Ausreise	→ 9. von Lissabon.
Holland-Amerika-Linie.		
Passage- und Reisebüro Born & Schottenfels, Hotel Nassau.		
Ryndam . . . . .	von New York komm.	Febr. 2. in Rotterdam.
Noordam . . . . .	→ Rotterdam	7. in Rotterdam.
Nieuw Amsterdam . . . . .	von Rotterdam komm.	8. Lizard passiert.
Potsdam . . . . .	nach Rotterdam	10. von New York komm.
Rotterdam . . . . .	von New York komm.	11. in Cad

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

"Tagblatt-Haus"

Schalter-halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Fernruf:

"Tagblatt-Haus" Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonnab.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 20 Pf. monatlich, M. 2.— vierwöchentlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Drucker'sche. M. 2.— vierwöchentlich durch alle deutschen Buchhändler, zuletzt durch Bezugspunkt. Bezugspunkte nehmen außerdem entgegen: im Wiesbaden die Buchhandlung des Herausgebers M. 2., sowie die Kassabücher in allen Teilen der Stadt; in Biebrich: die dortigen Ausgaben und in den benachbarten Landstädten und im Rheingau die bestehenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Rabatte: Für die Abend-Ausgabe, die 12 Uhr mittags, für die Morgen-Ausgabe, die 3 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Gümmerstr. 66, Fernruf.: Amt Uhlau 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen zu vorgeschriebenen



wird schweiger. Die Anzeigen-Rabatte: Für die Abend-Ausgabe, die 12 Uhr mittags, für die Morgen-Ausgabe, die 3 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Gümmerstr. 66, Fernruf.: Amt Uhlau 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen zu vorgeschriebenen

Donnerstag, 19. Februar 1914.

## Abend-Ausgabe.

Nr. 84. • 62. Jahrgang.

### Das kranke Heer.

Im Reichstag ist von nationalliberaler Seite, wie gemeldet, eine Anfrage an den Reichskanzler gerichtet worden, worin unter Bezugnahme auf Mitteilungen französischer Blätter über den angeblich schlechten Gesundheitszustand im deutschen Heere um Auskunft über den Krankenstand des Heeres gebeten wird. Die Anfrage bezieht sich auf unlängst veröffentlichte sensationale Meldungen des Pariser "Journal", worin der Gesundheitszustand der deutschen Armee unter Angabe ganz positiver Ziffern grau in grau gemalt wurde. Diese Meldungen und Ziffern sind unterdessen bereits, wie wir schon mitteilten, von offizieller Seite als durchaus unzutreffend gekennzeichnet worden, und es wurde festgestellt, daß der Krankenbestand in der preußischen Armee sowie im sächsischen und württembergischen Kontingent für Januar dieses Jahres 53,7 vom Tausend der Todesfälle gegen 55,9 im Januar v. J. betrug und daß der Gesundheitszustand zurzeit besser sei als je zuvor.

Die Sensationsmache des Pariser Blattes verfolgte offensichtlich den Zweck, die Franzosen über die ganz ungewöhnlich schlechten Gesundheitszustände im eigenen Heere zu trösten, worüber ja in den letzten Wochen mehrfache Alarmmeldungen in die Öffentlichkeit gedrungen sind. Daß es sich hierbei aber nicht etwa um sensationelle Erfindungen handelt, hat sich bereits einwandfrei aus den Verhandlungen in der französischen Deputiertenkammer ergeben, in der so positive Angaben über die massenhaft auftretenden Erkrankungen im Heere gemacht wurden, daß sie füglich nicht zu bezweifeln sind und auch von Seiten der französischen Regierung nicht ernstlich bestritten wurden. Stellte doch der Berichterstatter, der Deputierte und Arzt Dr. Lachaud, fest, daß im Januar in 76 Garnisonen die Männer und in 60 Garnisonen das Scharlachfeuer geherrscht hatten, und die in den letzten Tagen aus Frankreich gesammelten Nachrichten lassen erkennen, daß die Verhältnisse sich seitdem noch wesentlich verschärft haben. Geradezu erfreulich end war die von Dr. Lachaud aufgemachte Statistik, wonach man im Januar bei einem Mannschaftsbestande von 717 415 Mann 194 052 Revierkränke, 44 192 Lazarettsfälle, 21 570 Hospitalfälle, ferner 280 Todesfälle und 1489 zeitweilig wegen Dienstuntauglichkeit Entlassene verzeichnet habe. Das würde also besagen, daß in dieser Zeit rund 38 Prozent des gesamten Mannschaftsbestandes dienstuntauglich waren, ein geradezu abenteuerlich hoher Prozentsatz!

In erfreulicher Gegenwart hierzu steht eine unlängst veröffentlichte Statistik, wonach die Zahl der Erkrankungen im deutschen Heere in den letzten 20 Jahren annähernd um ein Viertel, die Zahl der Todesfälle aber von 3 pro Tausend der Kopftürke im Jahre 1893 auf 1,9 im Jahre 1913 zurückgegangen ist. Mit welchen Sorgen man diese ungeheure Unterfahrt im Gesundheitszustand des deutschen und des

französischen Heeres in Frankreich verfolgt, geht aus einer soeben aus Paris übermittelten telegraphischen Meldung hervor, wonach die "Humanité" eine am 15. August v. J. von der Sanitätsabteilung des Kriegsministeriums an den Generalstab abgerichtete Note veröffentlicht, in der erklärt wird, daß die Zahl der Krankheits- und Sterbefälle in der französischen Armee weitous größer sei als in der deutschen und vielleicht sogar größer als in allen Armeen der Welt. Diese lehrt wider den Wunsch und Willen der französischen Regierung veröffentlichte Note stützt sich offenbar auf das seinerzeit von Dr. Vinet, einem hervorragenden französischen Militärarzt, sehr sorgfältig zusammengetragene Material, aus dem hervorgeht, daß von allen Heeren der größeren europäischen Staaten die französische Armee den ungünstigsten, die deutsche den günstigsten Gesundheitszustand habe.

In dem Urteil über die Ursachen dieser Erscheinung stimmen Vinet und Lachaud freilich nicht überein; jener führt sie auf die schlechteren hygienischen Zustände in Frankreich, dieser auf die plötzliche Verschärfung zurück, durch die man gezwungen gewesen sei, die Rekruten in unzureichenden und hygienisch unzulänglichen Kasernentämmen unterzubringen. Gegen die Theorie Vinet's ist einzurücken, daß der Prozentsatz der Sterbefälle in der Bevölkerung Frankreichs nur unwesentlich größer ist als in der Deutschlands. Die Erklärung Dr. Lachauds aber bedeutet eine schwere Anklage gegen die französische Militärverwaltung, deren mangelnde Vor- und Fürsorge allerdings seit dem Kriege von 1870/71, wo sie zur Katastrophe führte, dieselbe geblieben zu sein scheint. Im übrigen ist aber die Hauptursache der trostlosen Zustände im französischen Heere noch auf einem ganz anderen Gebiete zu suchen. Durch die letzte Heeresverschärfung ist man gestungen, die Reserveierung bis zum äußersten zu treiben, denn Frankreich, das ja an Bevölkerung weit hinter Deutschland zurückgeblieben ist, muß einen viel stärkeren Prozentsatz in das Heer einstellen, also zum nicht geringen Teil untaugliches Material, welches den Anstrengungen des Dienstes nicht gewachsen ist und nur zu leicht die Veute von Krankheiten, von Epidemien wird. Woraus sich ergibt, daß ein Teil der französischen Armee sich nur auf dem Papier, in den Listen der Krankenhäuser, befindet und Zaires sich noch als ein Optimist von reinstem Wasser erweist, wenn er sorgfältig ausruft: "Wenn jetzt eine internationale Krise ausbräche, so wäre ein Achtel unserer Truppen durchaus unbrauchbar."

### Berschiebung der Einberufung der französischen Reservisten.

wb. Paris, 19. Febr. Die "France Militaire" meldet, daß Kriegsministerium habe im Hinblick auf die in verschiedenen Garnisonen herrschenden Epidemien beschlossen, die Einberufung der Reservisten jener Truppenkörper, die von Krankheiten heimgesucht sind, bis zum Sommer zu verschieben.

### Aus neuen Briefen Wagners über den Parsifal.

Judith Gautier, die bekannte französische Freundin und Verehrerin Wagners, veröffentlicht im "Temps" interessante briefliche Äußerungen des Meisters, die sie als überraschendes Parsifal von ihm empfangen hat. Während der ersten Aufführungen des Rings in Bayreuth hatte sie Wagner gefragt, ob er noch immer an ein indisches Drama dachte, für das sie ihm verschiedene indische Epen geschickt hatte, und ob die Zeit, dies Werk in Musik zu setzen, nun da wäre. "Das wäre viel eher Parsifal", hatte er geantwortet, und ein Jahr darauf schrieb er ihr: "Ja, es handelt sich um die Musik des Parsifal. Ich könnte nicht mehr erzählen, ohne mich in dieses Unternehmen zu stürzen. Mein Gedicht, hoffe ich, wird Ihnen Vergnügen machen." Mme. Gautier beschloß sofort, die neue Erzählung ins Französische zu übersetzen. Ihr Wunsch aber lagen in Wagner die Erinnerung an recht peinliche Eindrücke zu erwecken, die er gerade bei der Übersetzung seiner Dramen ins Französische gehabt hatte. "O! Wenn Sie wähnen", schrieb er ihr, "wie ganz unmöglich es ist, den geistigen Sinn solcher Poësie in ihrer so konventionellen Sprache wiederzugeben!" Jedoch erklärte er sich bereit, ihr die Druckbogen seines Gedichts zu schicken, sobald sie fertig wären: "Sie sollen die Druckbogen des deutschen Parsifal in einigen Tagen haben. Ich habe augenblicklich keine anderen als das Manuskript, das mir bei der Komposition der Musik dient. Sie werden sehen, und wir werden sehen." Er schickte ihr nach einigen Tagen den ersten Alt und zeigte sich zugleich mit dem Druck sehr wenig zufrieden: "Sie werden sie empfangen haben, diese unglücklichen Bogen des gedruckten Parsifal. O, was für eine schlechte Druckerei! Ich hatte den Schnur auf meinem Schreibtisch. Ich war wütend und ich

hatte darauf, daß alles von neuem angesangen wird." An der Arbeit der Mme. Gautier nahm Wagner den größten Anteil und ließ unter seinen eigenen Augen eine wörtliche Übertragung ins Französische anfertigen. Dabei kam ihm die Unmöglichkeit dieser Aufgabe so recht zum Bewußtsein: kein Ausdruck in der fremden Sprache schien ihm den Sinn seiner Worte wiederzugeben. So schreibt er z. B.: "Ein furchtbar schönes Weib; une femme terriblement belle. Nein, das geht nicht. Also: d'une (pourquoi pas de deux?) beauté terrible. Aber 'terrible' ist lächerlich. Also . . . beauté fatale. Fatale verweise ich. Also sagen wir für furchtbar schöne 'terrifiante'. Falsch! Man sagt 'terrifiée'. Ach! Das ist logisch, vielleicht sogar ein wenig zu logisch für eine Sprache, die ein Erzeugnis der ganzen Volksnatur ist, während eine Akademie sehr national, logisch, und, was Sie wollen, ist, aber nichts erzeugt; sie ordnet und bestimmt das Konventionelle. Und die Konvention hat zwei Jahrhunderte geherrscht, den Ruhm der modernen Franzosen gemacht und wird nur durch die Barbarei vernichtet werden (ich spreche nicht von Hugo)". Als die wörtliche Übertragung aus Bayreuth anfiel, bereitete sie der Französin eine große Enttäuschung, der sie auch Ausdruck gab. "Es scheint", schrieb ihr der Meister, "dah Sie beim Lesen dieser Seiten furchtbar gelitten haben. Glauben Sie nicht, daß man wörtlich übersetzt hat, man hat nur Ausdrücke gefügt, zum Sterben tröstet, für naive Dinge, deren Sinn sogar in Frankreich unbekannt ist: daher diese Unbekanntheit. Das müßte natürlich, wie man wohl annehmen darf, ganz anders gemacht werden, um von den Franzosen als Dichtung empfunden zu werden." Außer mit der Übersetzung des Parsifal wurde Mme. Gautier von Bayreuth auch noch mit anderen Aufträgen beschäftigt. Sie mußte Stoffe für die Einrichtung von Wabntränen auswählen und Wagner mit Parsifal versorgen, "denn", schrieb er, "wir leben in einer Epoche, die von jeder Annehmlichkeit entblößt ist." Seien

### Deutsches Reich.

\* Hof- und Personal-Nachrichten. Der Kaiser ist gestern abend mit Gefolge vom Potsdamer Bahnhof zur Besichtigung der Prinzessin Wilhelmine von Baden nach Kielstraße abgereist.

— Eine Kaiserreise nach Konopisch. Wie die "R. pol. Korresp." schreibt, soll Kaiser Wilhelm bei seinem letzten Besuch in Konopisch den Wunsch geäußert haben, die wunderbaren Gartenanlagen des Erzherzogs Franz Ferdinand einmal in voller Blüte besuchen zu können. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß der Kaiser im Juni d. J. einer Einladung nach Konopisch folgen könnte. In diesem Falle wird wohl auch ein Wiedersehen des Kaisers mit Kaiser Joseph in Schönbrunn erfolgen.

\* Wechsel in wichtigen hohen Verwaltungsstellen. Da bisher noch kein Nachfolger für den vor einigen Wochen verstorbene Präsidenten des Königl. Oberverwaltungsgerichts, Wirtl. Geh. Rat v. Bitter, ernannt worden ist und nunmehr auch der Präsident des Rechnungshofes des Deutschen Reiches, Wirtl. Geh. Rat v. Magdeburg, die Absicht fundgebracht, in den Ruhestand zu treten, werden zwei hohe Posten der inneren Verwaltung auf Neubesetzung. Daß der Schwager des Herrn v. Bitter, der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Dr. von Hegel, für einen der beiden Posten in Frage kommen dürfte, ist bereits früher gemeldet worden. Neuerdings verlautet nach der "Athen.-Westl. Ztg." in unterrichteten Kreisen, Herr von Hegel werde der Nachfolger des Herrn v. Magdeburg werden und zum Nachfolger des Herrn v. Bitter sei der Wirtl. Geh. Oberregierungsrat und Vortragende Rat im Ministerium des Innern v. Falckenay, ein älterer Bruder des Kriegsministers, in Aussicht genommen. Als fünftigen Oberpräsidenten der Provinz Sachsen nennt man in diesen Kreisen den Präsidenten der Regierung in Wiesbaden, Dr. von Meister, der, wie man weiß, beim Kaiser in hoher Gunst steht. Man spricht ferner davon, daß der Präsident der Regierung in Breslau, Frhr. v. Tschammer und Quaatz, der sich seit längerer Zeit seiner Gesundheit wegen in Ägypten aufhält, Rücktrittsgedanken hegt und möglicherweise den Präsidenten der Regierung in Königsberg, Dr. Graf v. Keyserling, zum Nachfolger erhalten werde.

\* Zur preußischen Besoldungsnovelle. Die Frage, aus welchen Gründen die in der geistigen Abendausgabe mitgeteilte Novelle weitere Beamtenklassen nicht aufzuheben kann, wird in der Begründung folgendermaßen erläutert. Zu einer Erstredung der Besoldungsverbesserungen auf die Klassen über 5 hinaus, die durchweg den Höchstbetr. von 3000 M. übersteigen, besteht weder ein Anlaß durch die Reichsgesetzgebung noch eine fachliche Notwendigkeit, noch auch die Möglichkeit der Durchführung in finanzieller Hinsicht. Grundsätzlich darf an einer Besoldungsordnung, die für längere Zeit die unveränderlichen Grundlagen darstellen soll, bis zur erschöpfenden Reutegelung im allgemeinen nicht gerüttelt werden, wenn anders nicht eine schwere und unerträgliche Unruheigung der Beamtenschaft und bedenkliche Früchtterungen der Staatsfinanzen wie der allgemeinen Volkswirtschaft eintreten sollen. Zu einer umfassenderen Abänderung der Besoldungsregelung von 1909, die unter schweren Opfern des Staates den Beamten fast ohne Ausnahme erhebliche Vergünstigungen gebracht hat, ist nach Verlauf der wenigen seitdem verflossenen Jahre der Zeitpunkt noch nicht gekommen. Abgesehen von der Nachstellung würde eine wiederholte Neu-

Sie noch einmal freigegeben", heißt es da, "besonders, was die Menge der Bediensteten anbetrifft. Die Badestube liegt unter meinem Arbeitszimmer, und ich habe es gern, wenn ich Bäder herausführen fahle. Denken Sie deswegen nicht schlecht von mir; ich bin alt genug, um mir diese Kindereien erlauben zu können. Ich habe drei Jahre Parsifal vor mir, und nichts soll mich aus einem jungen Frieden schöpferischer Abgeschlossenheit herausziehen." Ein andermal spricht er sein Mißfallen über einen gesandten Seidenstoff aus und fährt fort: "Parsifal wäre rüstig vorwärts. Mit anderen Proben würde ich Ihnen auch eine von meiner Mutter." Eine große Rolle spielt in den Briefen der Name Parsifal. Dieser Name ist arabisch, schreibt der Meister. "Die alten Troubadours haben ihn nicht mehr verstanden. Parsifal bedeutet Parsifal, wenn Sie an die persischen Feueranbeteter; fai heißt: einfältig, in einem exzessiven Sinn, d. h. ein Mann ohne Bildung, aber mit Genie. Sie verstehen, warum dieser naive Mensch diesen arabischen Namen trug." Die Überseherin wendet sich darauf an die namhaftesten Orientalisten, aber keiner kennt dieses arabische Wort "fai". Wagner beruft sich auf Görres, bei dem er die Etymologie gefunden, und bittet weiter zu suchen. Nach weiteren vergeblichen Forschungen enthüllt er aber, daß der arabische Dialekt seine Erfindung wäre. "Ich wollte dieses Wort irgend einem Teufel aufladen, weil es mit in den Kram paßt. Im übrigen läuft mich das nichts; ich lache über die wirkliche Bedeutung der arabischen Worte, und ich denke, daß es in meinem Badehauspublikum nicht allzu viele Orientalisten geben wird." Von Ait zu Ait erhält so die Überseherin den rosig entzifferten Parsifal, und auch sie hält mit ihrer Arbeit gleichen Schritt. Als sie die Vollendung Wagner mitteilt, antwortet er: "Gebe Gott, daß endlich diese Übersetzungslagen um den armen Parsifal vorbei sind. Glauben Sie mir, all das ist gar nicht so viel Mühe wert."

regelung auch die Verhältnisse der öffentlichen und privaten Wirtschaften beeinflussen, denn diese würden sich im Falle größerer staatlicher Besoldungsmahregeln voraussichtlich zu ähnlichen Auswirkungen ihrer Angestellten gedrängt sehen, zu solchen aber namentlich in den Kommunen kaum im ja und sein. — Im Zusammenhang mit der Novelle werden die Amtärter auf die aufgebesserten Stellen naturgemäß betreffs ihrer Dienste ebenfalls eine Verbesserung erfahren müssen. Aus finanziellen Gründen muß auch, heißt es am Schluß der Begründung, die Frage einer Verbesserung der Beamten dienstentgelte auf dem Wege der Familien- oder Kinderzulagen zurzeit ausgeschieden werden.

\* Zum Wechsel in der Leitung des deutschen Kriegervereinbewegens erläutert der neue Präsident, General der Infanterie v. Ploch, der in Wiesbaden seinen Wohnsitz hat, in der „Kriesshäuser-Korrespondenz“ folgende Kundgebung: Berlin, den 15. Februar 1914. Seine Majestät der Kaiser und König haben die Gnade gehabt, durch Allerhöchste Kabinettsorder vom 9. d. R. meine am 21. Januar d. J. durch den Vorstand vollzogene Wahl zum Präsidenten des Preußischen Landes-Kriegerverbandes zu bestätigen. Ich folge dem an mich ergangenen Aufruf und übernehme gleichzeitig gemäß §§ 4 und 8 der Satzung des Kriesshäuser-Bundes und gemäß § 20 der Satzung des Deutschen Kriegerbundes die Obliegenheiten des Präsidenten dieser beiden Verbände. Die durch das Vertrauen des Vorstandes erfolgte Wahl ehrt mich in hohem Maße, sie führt mich in ein schönes, aber verantwortungstreches Amt. Meine Kräfte und mein Wirken gehören von nun an der Kriegervereinsache. Möge der gute Geist, der in unseren Kriegervereinen herrscht, die aufrichtige, treue Kameradschaft, die die ehemaligen Soldaten aller deutschen Stämme umschließt, möge der Gedanke der Loserbereitschaft „Alle für einen — Einer für alle“ sich immer weiter entwideln und gute Frucht tragen auch unter meiner Führung. Dies ist mein Hoffen und mein Wunsch. Einmütig wollen wir aber wirken im Sinne des monarchischen Gedankens, der Vaterlandsliebe, der Treue und Hingabe zu Kaiser und Reich und dem angestammten Fürstenhause. Ich entbitte den Kriegervereinen meinen kameradschaftlichen Gruß. v. Ploch, General der Infanterie, à la suite des Königin-Elisabeth-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 3.“

\* Das Unbehagen der Offiziösen über die fortschrittliche Stichwahlparole in Jerichow. Die „Nordd. Allg. Blg.“ bemerkt zu der von der „Arctis. Blg.“ ausgewegebenen Parole für die Stichwahl im Reichstagswahlkreise Jerichow 1 und 2, die Parole kommt auf die Forderung der sozialdemokratischen Kandidatur hinaus. „Wie reiht sich damit die Versicherung fortschrittlicher Parlamentarier und Scheitsteller, die Fortschrittliche Volkspartei sei eine entschiedene Gegnerin der Sozialdemokratie? Die Behauptung, daß es darauf ankomme, die Mehrheit der Linken zu erhalten, kann nur als Vorwand bezeichnet werden. Diese Linksmehrheit besteht, wie es sich ja auch in der verschiedenen Stellung der liberalen Parteien zu der Stichwahl in Jerichow zeigt, aus Elementen von grundsätzlich so verschiedenen Ausprägungen, daß für sie der Charakter einer positiv wirkenden Mehrheit nicht beansprucht werden kann.“ — Die „Vossische Zeitung“ bezeichnet heute die Aussage der „Nordd. Allg. Blg.“ in der freimaurigen Stichwahlparole für Jerichow als offiziöse Anmaßung. Die „Voss. Blg.“ erinnert an die historische Stichwahlparole für Frankfurt a. M.: „Fürst wünscht Gabor“, an die Erklärung des Magdeburger Polizeipräsidenten im Oktober 1884, „der Reichskanzler sehe lieber 10 Sozialdemokraten als einen Freimaurer“, und an das Verhalten der Konservativen bei den Wahlen von 1893, wo in Berlin 2 die Konservativen einen Rudolf Biebow gegen den Sozialdemokraten Hütter durchsetzen ließen.

\* Die Frankfurter Handelskammer über die öffentlich-rechtliche Lebensversicherung. Die Frankfurter Handelskammer hat nunmehr zu der Frage der öffentlich-rechtlichen Lebensversicherung als Gutachterin Stellung genommen. In ihrem Gutachten, das an den Deutschen Handelsstag gerichtet ist, erörtert die Kammer diese aktuelle Frage und kommt dabei, wie wir der „Frankf. Ztg.“ entnehmen, zu dem Ergebnis, sie glaube nicht, daß eine Notwendigkeit für die weitere Errichtung öffentlich-rechtlicher Lebensversicherungsanstalten vorliegt. Die Kammer sei der Ansicht, daß hierdurch das Versicherungswesen Deutschlands nur eine Zerstückelung erfahren. Sie erhebt Wider spruch dagegen, daß solche Gründungen weiterhin mit den Mitteln und der Unterstützung der Provinzen, Bezirke oder Kommunen vorgenommen werden, da, wie das Aufsichtsamt für Privatversicherung (in 1910) in einem Gutachten anscheinlich einer an die bürgerliche Staatsregierung geplanten staatlichen Mobiliarfeuerversicherung ausführte, nur „eine erhebliche Verbesserung in der Befriedigung des Versicherungsbedürfnisses“ den Grund für eine derartige Einrichtung abgeben würde. Zugleich ein neuer Gedanke über eine Verbesserung des bisherigen Systems sei von den öffentlich-rechtlichen Anstalten jedoch in keiner Weise in das Versicherungswesen hineingebracht worden. Insbesondere legt die Kammer Betonung ein gegen die Verwendung der im Staats- oder Kommunaldienst stehenden Beamten sowie gegen die Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die Behörden zugunsten der öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungsanstalten. Im übrigen erklärt sich die Kammer zu der Überzeugung, daß die privaten Versicherungsgesellschaften, die in der Vergangenheit die volkswirtschaftlich so bedeutsame Lebensversicherung in weitesten Kreisen populär gemacht und durchgeführt haben, auch in Zukunft alle dahingehenden Bedürfnisse erfüllen würden. (Andere Kammern haben sich ebenfalls in ähnlichem Sinne ausgesprochen, so die Niederner; andere dagegen auch wieder für die öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten. Wir verweisen im übrigen auf den Artikel im Handelsblatt der Samstag-Abend-Ausgabe, der den Standpunkt der für unseren Bezug in Betracht kommenden öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungsanstalt gegenüber den gegen diese Anstalten erhobenen Vorwürfen zum Ausdruck brachte. Schriftl.)

\* Eine Kundgebung der katholischen Arbeiterverbände in Berlin. Der Protestversammlung der christlichen Gewerkschaften in Essen ist gestern in Berlin eine nicht minder bedeutsame Kundgebung der katholischen Arbeiterverbände gefolgt, zu der ebenfalls Vertreter aus ganz Deutschland herbeigeeilt waren, und an der vom Zentrum der Abgeordnete Koehmann teilnahm. Es wurden an den Papst und Kardinal Kopp Huldigungstelegramme gesandt, in denen es u. a. heißt, daß mehr als 2000 Mitglieder des katholischen Arbeiter-, Arbeiterinnen- und Jugendverbandes mit ihren geistlichen Präses das Ge-

Ißhniß ablegen, niemals auch nur einen finger breit von den flaren Weizungen der Encyclopa singulari quadam abzuweichen, die soziale Aktion vor allem, die auf die Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses gerichteten Bestrebungen: gemäß verkündeten Vorschriften zu gestalten, die vom Papst gebilligte katholische Organisation mit aller Kraft unter Führung der berufenen Führer auszubreiten und auf diese Weise dem Frieden unter den Katholiken, unter Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie der Wehrung des allgemeinen Wohles zu dienen.

\* Megilanische Berufskonsulate. Der „Köln. Blg.“ wir aus Berlin mitgeteilt, daß entsprechend dem Vorgehen der englischen Regierung nunmehr auch die megilanische Regierung beschlossen hat, den bestehenden Konsulardienst in den Sinne neu zu ordnen, daß die derzeitigen Konsuln fremde Nationalität durch megilanische Staatsbürger als Berufskonsuln erfüllt werden sollen. Dementsprechend wird auch das Berliner Generalkonsulat im Laufe des Jahres einem megilanischen Berufskonsul übertragen werden, so wie dies bereits fürgleich in Bremen, Nürnberg und Frankfurt a. M. geschehen ist.

\* Die Kaufmannsgerichtswahlen für die Arbeitgeber in Berlin fanden gehörig unter sehr schwacher Beteiligung statt. Die sozialdemokratische Liste behauptete den bisherigen Verstand mit 7 Mandatene. Die Mittelstandspartei erhielt 20 Mandate gegen 6 bei den Vorwahlen. Auf die Liste des Centralwahlkomitees des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller, für die sich diesmal auch die Detmollisten erklärt hatten, wurden 153 Vertreter gewählt, 14 weniger als bei den Vorwahlen.

\* Eine nationalistische Studentenverbindung in Straßburg suspendiert. Wie die „Leipz. R. R.“ berichten, befindet sich am Schwarzen Brett der Straßburger Universität ein Anschlag, nach dem die katholische deutsche Studentenverbindung „Espinia“ wegen Annahme einer unberechtigten Gerichtshoheit und Beleidigung eines Kommilitonen auf zwei Semester suspendiert worden ist. Es sollen sich in der Verbindung nationalistische Tendenzen geltend gemacht haben und seit einiger Zeit alle altdutschen Mitglieder sowie alle deutschfreudlichen Altehäuser zum Austritt aus dem Verein veranlaßt worden sein.

\* Ergebnislose Haussuchung bei einem sozialdemokratischen Blatte. In der Redaktion des „Hamburger Echo“ fand gestern eine Haussuchung statt, um den Verfasser des jüngst in diesem Blatte erschienenen Romans „Franz Berg, ein Proletarierleben“ zu ermitteln. Die Haussuchung hängt mit einer Anklage zusammen, die der preußische Kriegsminister gegen den Verfasser des Romans und gegen den verantwortlichen Redakteur Reihe wegen angeblicher Beleidigung des deutschen Offizierscorps und Verzündlichmachung von staatlichen Einrichtungen erhoben hat. Die Untersuchung verlief völlig ergebnislos.

Parlamentarisches.

In der Budgetkommission des Reichstags unterteilt man sich am Mittwoch zum Kolonialetat längere Zeit mit Bezug auf die dem Reichstag zugegangene Denkschrift über die Kolonialverwaltungen der europäischen Staaten. Verschiedene Anträge beschäftigten sich mit den rechtlichen Vagen der Eingeborenen. Ein Zentrumsdarunterforderte eine sofortliche Verordnung, die Leben, Freiheit und Eigentum der Eingeborenen sicherstellen soll. Ein Sozialdemokrat betonte, die unmenschliche Behandlung der Eingeborenen habe einen Rückgang der Bevölkerung zur Folge gehabt. Die Beseitigung der Haussklaverei in Ostafrika dulde keinen Aufschub. In gleicher Richtung bewegte sich auch eine Petition aus Kamerun, unterstützt durch den Verein zum Schutze der Eingeborenen. Auch die Pfarrer seien allmählich ein, daß es so wie bisher nicht weitergehen könne. Ein Zentrumsdarsteller erklärte, wenn der Staatssekretär nicht Garantien gegen eine weitere Ausbeutung der Eingeborenen gäbe, so könne er keine Verantwortung mehr für die Bewilligung von Geldmitteln übernehmen. Auf den Plantagen seien mehr Deutsches zugrunde gegangen als bei den früheren Sklavenjagden. In Ostafrika sei auch der Arbeitszwang wieder eingeführt worden. Man müsse endlich ein Einschreiten der Verwaltung fordern im Interesse der Ehre des deutschen Namens, auch wenn einige Plantagen nicht aufrecht erhalten werden könnten. Der Staatssekretär erklärte, daß die Verwaltung dieselbe Auffassung habe. Deshalb sei ihm die Resolution dem Sinne nach sympathisch. Arbeitszwang sei in keiner der Unterordnungen ausgeschlossen. Aus Privatmeldungen, daß da und dort ein Zwang ausgeübt werde, habe er aber erneut Anlaß genommen, sich an den Gouverneur von Ostafrika zu wenden. Für die Missstände könne man die Regierung nicht immer verantwortlich machen, da die Durchführung ihrer guten Absichten oft sehr schwer sei. In Kamerun sei ein Streit zwischen den Pflanzern und Kaufleuten ausgebrochen eben wegen der Arbeitschaft. Man müsse also die Berichte und Beschwerden vorsichtig prüfen. Auch die Eingeborenen selbst seien an den Missständen nicht ohne Schuld. Die Veratung wurde auf Donnerstag vertagt.

Die Spionagekommission des Reichstags regelte gestern eine Reihe von Strafsbestimmungen. Nach § 4 der Kommissionsfassung wird mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren, bei milderen Umständen mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten, bestraft, wer sich ein militärisches Geheimnis in der Weise verschafft, es zu einer die Sicherheit des Reiches gefährdenden Mitteilung zu benutzen. War ihm das Geheimnis oder die Nachricht in seiner Eigenschaft als deutscher Beamter oder deutsche Militärperson zugänglich, so kann auf Zuchthaus bis zu 15 Jahren erkannt werden. Bei den Strafanordnungen für solche Personen, die Verbrechen der erwähnten Art vorbereiten, ergaben sich Meinungsverschiedenheiten über den Begriff "vorbereiten". Ein Regierungsvertreter stellte die Befürchtung der Unklarheit bis zur nächsten Sitzung in Aussicht. Die Kommission vertagte sich auf Freitag.

Die Reichstagskommission für Wandlerlager und Hauferhandel setzte ihre Beratungen bei dem Antrage des Zentrums und der Konservativen fort, der Ihnen jeder Art vom Hauferhandel ausschließen will. Der Antrag wurde mit 14 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Der Antrag der Konservativen, auch Herrenanzugstoffe dem Hauferhandel zu entziehen, wurde zurückgezogen, da die Bedürfnisfrage später erörtert werden soll. Die Frage des Hauferhandels mit Pfandscheinen wurde bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt, da eine Erklärung des Regierungsvorvertreters, die gedruckt eingegeben soll, noch abzuwarten ist. Die Bestimmungen der Vorlage, die vom Hauferhandel alle Gegenstände ausschließen, die zur Verhütung der Empfängnis oder zur Belebung der Schwanger-

schaft dienen, wurden angenommen. Das Verbot des Haushandelns mit Meissenhaaren wurde aufrechterhalten. Die nächste Sitzung findet am Freitag statt.

Der Gesetzentwurf, betreffend Wiederaufnahme eines Disziplinarverfahrens. Die Reichstagskommission beendigte gestern die erste Sitzung und beschloß eine längere Vertragung, da noch Unstimmigkeiten zu beseitigen sind. Die Kommission hat an dem Regierungsentwurfe die wesentliche Änderung vorgenommen, daß die Wiederaufnahme auch zulässig sein soll in Fällen, in denen der Beamte sich später eines neuen, die Dienstentlassung bedingenden Verhaltens schuldig gemacht hat.

Die Unterrichtskommission des Abgeordnetenhauses hat gestern vormittag Petitionen beraten. Die ordentlichen Lehrer an den Lgzen weisen in einer Petition darauf hin, daß die Vorschullehrer an den höheren Lehramtsanstalten, von denen ein höheres Examen nicht verlangt wird, bis 4200 M. und die Mittelschullehrer an den höheren Lehramtsanstalten bis 4500 M. steigen, so daß die Lgzeallehrer hinter den Vorschullehrern um 300 und hinter den Mittelschullehrern um 600 Mark zurückstehen. Der Regierungskommissar war der Ansicht, daß eine Änderung nur im Wege des Gesetzes, nicht im Verwaltungsweg, stattfinden könne. Er empfahl deshalb Übergang zur Tagesordnung. Die Mehrheit der Kommission entschloß sich dafür, die Petitionen als Material zu überwisen. Die übrigen Petitionen boten kein allgemeines Interesse.

Ein nationalliberaler Antrag zum Handels- und Gewerbeetat. Zur zweiten Beratung des Handels- und Gewerbe-  
etats im Abgeordnetenhaus haben die Nationalliberalen den  
Antrag eingebrocht, die Staatsregierung zu ersuchen, im Bun-  
desrat dahin zu wirken, daß rechtzeitig Maßnahmen getroffen  
werden, die bei der in Aussicht stehenden Neuregelung der  
handelspolitischen Verhältnisse einen wirksamen Schutz der  
deutschen wirtschaftlichen Interessen gewährleisten.

Krieg und Frieden

Personal - Veränderungen. u. François, Gen.-Leut., beauftragt mit der Führung des 1. Armeecorps, " von Buisson, Gen.-Leut., beauftragt mit der Führung des 11. Armeecorps, zu kommunistischen Generälen der betreffenden Armeecorps ernannt. \* Béchot, Hauptm. und Stabschef im 1. Raff. Inf. Regt. Nr. 87, zum Komp.-Chef ernannt. \* Bergin, überzähl. Hauptm. im Inf. Regt. Major-geor Ludwig Wilhelm (3. Raff.) Nr. 111, unter Verleihung in das 1. Raff. Inf. Regt. Nr. 87 zum Stabschef ernannt. \* Martin, Leut. im Fuß.-Regt. General-Gedächtnisschule Gaf Wolste (Schles.) Nr. 38, zur Unteroff.-Vorprüfung in Weilburg versetzt. \* Büchner, Obersleut. an der linke.off.-Wo. Schule in Weilburg unter Verleihung in das Riedeckheim Bili.-Regt. Nr. 89 als Infra.-Offiz. zur Kriegsschule in Kassel nominiert. \* John v. Droyen d. Oberleut. an des Unteroff.-Schule in Biebrich, in das 2. Schles. Jäg.-Bat. Nr. 8 versetzt. \* Büd-  
mann, Leut. im 9. Raff. Inf. Regt. Nr. 178, zur Unteroff.-Schule in Biebrich versetzt. \* Gaf Wrangel, Leut. im Fuß.-Regt. v. Gerstädt (Sturzoff) Nr. 80, zur Unteroff.-Schule in Jülich versetzt. \* Born, Hauptm. beim Stab des 2. Raff. Feld-H.-Art.-Regts. Nr. 63 Frankfurt, mit dem 22. März 1914 zum Batteriechef ernannt. \* Nicolai, Hauptm. im 1. Ober-  
stabs. Feld-H.-Art.-Regt. Nr. 15 mit dem 22. März 1914 zum Stab des 2. Raff. Feld-H.-Art.-Regts. Nr. 65 Frankfurt belegt. \* Bauer, Oberleut. und 1. Mitt. Offiz. vom 1. Vicar in Mainz, zum Kom. des Hohenloherlandes Fuß-Art.-Regts. Nr. 13, \* des Condros, Woi. beim Stab des Schles.-Hess. Fuß-  
Art.-Regts. Nr. 9, zum 1. Vic.-Offiz. vom 1. Vic.-Offiz. aus Mainz ernannt. \* Cremer, Hauptm. und Komp.-Chef im 2. Nass. Bion.-Bat. Nr. 23, als Mitt. Lehrer zur Haupt-Mad. Aufhalt. Galon, überzähl. Hauptm. im 1. Raff. Bion.-Bat. Nr. 21, in das 2. Nass. Bion.-Bat. Nr. 25 mit dem 1. März 1914 ver-  
setzt. \* Steilberg, Hauptm. und Voitr.-Chef im 2. Nass. Feld-Art.-Regt. Nr. 63 Frankfurt, als Lehrer zur Kriegsschule in Wies mit dem 22. März 1914 versetzt. \* Verlach, Beug-  
felderchef beim Art.-Dep. in Mainz, unter Verleihung zum Art.-Depot in Erfurt zum Beug.-Leut. befördert. \* Kampe, Ob-  
fizierverfechter beim Art.-Depot in Mainz, unter Verleihung zum Art.-Depot in Königsberg i. Pr. zum Beueru.-Leut. befördert. \* Kraus, Leut. im 2. Nass. Inf.-Regt. Nr. 88, \* Calm-  
berg, Leut. und Grätscher am Kad.-Haufe in Osnabrück. \* Schulz, Leut. im Fuß.-Art.-Regt. General-Feldzeugmeister (Brandenburg) Nr. 8, zu Oberleut. befördert. \* von Blaenenburg, Schärif im Fuß.-Regt. v. Gerstädt (Sturz-  
off) Nr. 80, \* Vöpp, Schärif im 2. Nass. Inf.-Regt. Nr. 88, \* Bemis, \* Reiver, Schärif im Inf.-Leib.-Regt. Groß-  
herzogin (3. Großherzogl. Hess.) Nr. 117, zu Leut. mit Patent vom 21. Februar 1912 befördert. \* Stein, Unteroff. im 1. Nass. Inf.-Regt. Nr. 87, \* Bertram, Unteroff. im 2. Nass. Inf.-Regt. Nr. 88, \* Eisler, Unteroff. im 2. Nass. Feld-  
Art.-Regt. Nr. 68 Frankfurt, \* Dellwig, Unteroff. im 1. Nass. Bion.-Bat. Nr. 21, zu Fähnrichen befördert. \* Frhr. v. Schleinitz, Hauptm. und Stony.-Chef im 1. Nass. Inf.-  
Regt. Nr. 87 in Genehmigung seines Abfindungsvertrages mit der gesetzlichen Version zur Disposition gestellt. \* Dr. Schmid-  
diek, Gen.-Arzt und Stabsarzt des 18. Armeecorps, unter  
Beförderung zum Ob.-Gen.-Arzt zum Inf.-Der. 1. San.-Insp.  
\* Dr. Walther, Gen.-Ob.-Arzt und Div.-Arzt der 17. Div. unter Beförderung zum Gen.-Arzt zum Stabsarzt des 18. Armeecorps. \* Dr. Kildstein, Ob.-Stabs- und Regts.-Arzt des 1. Nass. Inf.-Regts. Nr. 87, unter Beförderung zum Gen.-  
Ob.-Arzt zum Div.-Arzt der 17. Div. ernannt. \* Dr. Müller, Ob.-Stabs- und Regts.-Arzt des 1. Nass. Feld-H.-Art.-Regts. Nr. 78 zum 1. Nass. Inf.-Regt. Nr. 87 versetzt. \* Dr. Wade (Höcht), Dr. Moser (Wiesbaden), Unterarzte der Reserve, zu Assit.-Ärzten befördert. \* Dr. Gelderblom, Stabs-  
arzt der 20. u. 1. Aufrebot (Wiesbaden), der Abfindet be-  
willigt. \* Höhland, Stabsarztverfechter beim 1. Nass. Feld-H.-  
Art.-Regt. Nr. 27 Osnabrück, zum Oberstabsarzt befördert. \* B. v. Stabsarztverfechter der 20. u. 1. Aufrebot, der Abfindet

Kommandierender General v. Blücher. Der bisher mit der Führung des 11. Kurhessisch-Hürtingischen Armeekorps beauftragte Generalleutnant v. Blücher ist, wie erwähnt, zum kommandierenden General des 11. Armeekorps ernannt worden. Egzellenz v. Blücher ist bei einer Höhe von 2,10 Meter der größte deutsche Offizier. Er war längere Zeit hindurch Kommandeur der Leibkompanie, der Schlossgarde-Kompanie und Diensttuender Adjutant des Kaisers. Er steht gegenwärtig im 55. Regimentsjahr.

Einer von der historischen Attade von Mars-la-Tour gestorben. Der frühere Musikdirigent des ersten Dragoner-Regiments Voigt ist gestern im 74. Lebensjahr in Berlin gestorben. Nach der historischen Attade des ersten Garde-dragoner-Regiments von Mars-la-Tour, wobei der Stabstrompeter Wollenhaupt getötet wurde, ist Voigt zum Stabstrompeter der ersten Garde-dragoner ernannt worden, deren

Musterkorps er seit seinem 19. Lebensjahr angehörte.

□ Der Unteroffizier-Ersatz in der Armee. Durch die Presse ließen fürglich Mitteilungen über den Unteroffizier-Ersatz im Heere, die zu unzutreffenden Schlussfolgerungen Anlaß liefern mußten. Es wurde dort u. a. ausgeführt, aus einer Übersicht der Unteroffizierschäftsstellen nach der Heeresvermehrung vom 1. Oktober 1918 sei zu ersehen, daß im ganzen 4036 Unteroffizierschäftsstellen vorhanden seien. Im Jahre 1912 habe man noch mehr als 2150 (genauer: 2150!) Unteroffiziere über den Titel gegählt. Der Rückgang betrage mindestens  $4036 + 2150$ , d. h. rund 6200. Dies

Darstellung muß, wie uns dazu geschrieben wird, irreführen. Es handelt sich nur um einen Scheinbaren Rückgang. In Wirklichkeit ist ein solcher im Jahre 1913 gegen das Jahr 1912 nicht eingetreten. Es waren im Gegenteil im Jahre 1913 rund 4200 Unteroffiziere mehr vorhanden als im Jahre 1912. Da aber infolge der leichten Heeresvermehrung 10 200 Stellen für Unteroffiziere und 180 Stellen für Fähnriche (zusammen also 10 420 Unteroffizierstellen) überhaupt neu geschaffen worden sind, so genügte natürlich die Zahl der im Jahre 1913 über den Etat vorhandenen 4200 Unteroffiziere nicht zu deren Besetzung, und es blieben, da, wie erwähnt, beim neuen Etat 1914 10 420 Unteroffizierstellen hinzugekommen sind, noch rund 6200 d. h. 10 420 weniger 4200 Unteroffizierstellen zu besetzen. Von einem Rückgang des Unteroffiziersstandes kann mithin nicht die Rede sein; der Anstieg war im Jahre 1913 im Gegenteil so stark, daß für die Deckung des Neubedarfs infolge der leichten Heeresvermehrung schon vorher fast die Hälfte der benötigten Unteroffiziere vorhanden war und man in 1 bis 2 Jahren mit der Schließung der Fehlstellen rechnen darf.

Der Stavellauf „Ersatz Brandenburg“. Der Kronprinz wird wegen seiner Erkrankung zum Stavellauf des „Ersatz Brandenburg“ am 21. Februar nicht nach Niel kommen. Die Taufe hält Prinz Heinrich. In den Bestimmungen über den Besuch der Kronprinzessin, welche die Taufe zu vollziehen hat, ist bis jetzt eine Änderung nicht getroffen.

Das atlantische Geschwader in Brasilien. Der brasilianische Präsident Hermes da Fonseca hat den Kommandanten des deutschen Geschwaders in Audienz empfangen, der die Minister der Marine und des Auswärtigen Amts beiwohnten.

## Ausland.

### Österreich-Ungarn.

Ein Ball auf der deutschen Botschaft. Wien, 18. Febr. Der deutsche Botschafter und Frau von Tschirischky gaben gestern einen Ball, der, wie in früheren Jahren, auch diesmal das glänzendste und vornehmste Fest der ersten Wiener Gesellschaft bildete.

Der ruthenische Hochverratsprozeß. Budapest, 19. Febr. Nach dem Abschluß des gestrigen Verhörs im ungarischen Ruthenoprozeß in Marmarosszigei ist der Staatsanwalt die Anklage gegen 31 Angeklagte mangels jedes Schuldbeweis fallengelassen. Die betreffenden Personen wurden sofort in Freiheit gesetzt. Derzeit befinden sich noch 52 Personen auf der Anklagebank, gegen die das Verfahren fortgesetzt wird.

### Belgien.

Vom neuen Schulgesetz. Brüssel 18. Febr. Die Kammer hat in zweiter Sitzung das Schulgesetz mit 100 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen seitens der christlichen Demokraten angenommen. Von der liberalen und der sozialistischen Fraktion wurden vor der Gesamtobstimmung starke Erklärungen gegen die Tendenz des Gesetzes abgegeben. Sie verließen den Sitzungssaal, so daß sie an der Abstimmung nicht teilnahmen. Die Mehrheit nahm das Ergebnis mit großem Beifall auf.

### Frankreich.

Die Zahl der Deserteure und „Drücker“. Paris, 18. Febr. Auf eine schriftliche Anfrage des radikalen Deputierten Louis Martin erzielte heute Kriegsminister Noulens im „Amtsblatt“ die Antwort, daß zu Ende des Vorjahres die Zahl der Deserteure 15 065 und die Zahl derjenigen, die sich ihrer Gestellungspflicht entzogen haben, 65 872 betrug.

### England.

Flottenfragen im Unterhause. London, 18. Febr. Im Unterhause wurden Anfragen an Churchill gerichtet über die durch das Fehlen der drei Kanadien Dreadnoughts geöffnete Lage, ferner betreffend die durch das österreichische und italienische Flottenprogramm im Mittelmeer sich ergebende Stellung und außerdem über die vergleichsweise Stärke der deutschen und britischen Flotte. Churchill lehnte es ab, schon jetzt eine ausführliche Darlegung zu geben. Er werde dies gelegentlich der Einbringung des Flottenetats tun.

Der Prinz zu Wied in London. London, 18. Febr. Der König verlieh dem Prinzen zu Wied das Ritterkreuz des Königin Victoria-Ordens. Der Prinz erklärte sich von dem Empfange beim König und der Unterredung mit Sir Edward Grey äußerst befriedigt. Abends nimmt der Prinz an einem Diner in der deutschen Botschaft teil.

Die blindwütigen Suffragetten. London, 18. Febr. Während 200 Hochzeitsgäste auf dem Bahnhof in Burton versammelt waren, um sich zur Hochzeit der Lady Adelaide Spencer mit Sidney Beau zu begeben, näherte sich eine Frau, anscheinend eine Stimmrechtslerin, Lord Wardale, dem hervorragenden, 67 Jahre alten Führer der Friedensbewegungen, und schlug ihn mit einer Handfeuerwaffe, so daß Wardale zu Boden fiel. Eisenbahnbeamte hielten ihm wieder auf, während die Frau von Polizeibeamten festgenommen wurde. Man glaubt, die Frau hielt Wardale irrtümlich für ein Mitglied der Regierung.

### Rußland.

Die Heeresverstärkungen an der Westgrenze. Petersburg, 19. Febr. Wie die „Nowoje Wremja“ meldet, wird der Kriegsminister General Sjuchulinow in den nächsten Tagen in der Reichsduma eine sehr wichtige Vorlage über bedeutende Kreditforderungen zur Verstärkung des großen Armeeprogramms einbringen. Wie von anderer Seite hierzu verlautet, dürfte es sich wahrscheinlich um die Neubildung des dritten Armeekorps an der Westgrenze mit entsprechender Artillerie handeln.

Gräf Witte als Ministerfürster. St. Petersburg, 18. Febr. Der Petersburger Mitarbeiter der „König. Zeit.“ schreibt zum Sturz des Ministeriums Kolowrat, daß sich ein ganzer Anhänger von Räuberfürstentum um die Vorgeschichte dieses Sturzes spinne. Anscheinend laufen alle Fäden in der Hand Witte zusammen. Es sei

sicher voranzuziehen, welchen Kurs das Staatschiff nehmen werde. Wie galt früher für einen Herosstraten, der gern mit dem Schreiber der Revolution spielt. Heute erklären die besten Männer Russlands die Lage für vermorrter als je. Sie entspreche den Zuständen, welche die Revolution 1905 vorbereitete.

### Schweden.

Das Programm des neuen Ministeriums. Stockholm, 18. Febr. Vor gut besieben Monate gab die Regierung in beiden Kammern des Reichstags eine Erklärung, betreffend ihre Politik, ob in der ersten Kammer durch den Minister des Außen Wallenberg, in der zweiten durch den Ministerpräsidenten Hammarskjöld. Nach einer historischen Darlegung der Ministerkriege führt die Erklärung aus: Der Konflikt, der zwischen dem König und seinen früheren Partnern entstanden ist, sei nach Ansicht der Regierung nicht derart, daß die Lösung der Verteidigungsfrage deswegen zu verschieben sei. Die Regierung wolle deshalb dem König vorschlagen, daß die Vorlage, die neue Verteidigungsordnung, dem Reichstag erst dann vorzulegen sei, wenn die Wähler durch die Wahlung der Zweiten Kammer Gelegenheit gehabt hätten, mit Rücksicht auf diese Frage ihre Stimmen abzugeben. Die Regierung beachtigte, die Anhänger der Verteidigungspläne aus den verschiedenen Parteien zu vereinen, um diese große Frage unter Beiseitelegung der Meinungsverschiedenheiten in anderen Punkten, die bei der gewöhnlichen Wahl im Herbst zu ihrem Rechte kommen könnten, zu lösen. Der Zeitpunkt der Auflösung werde baldmöglichst bestimmt und kurz darauf werde der Hauptinhalt der Verteidigungsreform veröffentlicht werden. Die Reform werde berücksichtigen, daß die für die Verteidigung notwendigen Mittel durch eine Wehrpflicht oder auf andere Art aufgebracht würden unter Rücksichtnahme der wirklichen Steuerfähigkeit. Die Regierung halte die Lösung der Verteidigungsfrage vereinbar mit der fräftigen Entwicklung der sozialen Reformarbeit. Im Zusammenhang mit den Reformen der Wehrkraft siehe nach der Meinung der Regierung eine Reform des Militärstrafrechtes. In den Fragen, die nicht mit der Verteidigungsfrage zusammenhängen, wolle die Regierung Rücksichtnahme beobachten. Endlich betont die Erklärung, daß die militärische Stärkung Schwedens ausschließlich zum Zwecke der Verteidigung des Landes erfolge unter Berücksichtigung des Grundsatzes der neutralen Stellung des Landes.

### Balkanstaaten.

Beweise für ein serbisch-montenegrinisches Bündnis. Budapest, 19. Febr. Ein britisches Blatt erhält von seinem Spezialberichterstatter aus Cettinje die Meldung, daß die neuen montenegrinischen Gesetzentwürfe dem Wesen nach als Dokument ein serbisch-montenegrinisches Bündnis feststellen. Demzufolge soll das Heer zweien, die Verwaltung und das Unterrichtswesen nach serbischer Muster umgestaltet werden. Zu diesem Zweck sollen serbische Offiziere und Lehrer nach Montenegro kommen. Auf diese Weise soll Montenegro zur serbischen Armee in ein Gegenleistungsbündnis treten, derart etwa, wie es bei den deutschen Bundesstaaten der Fall ist.

Zur Verlobung im griechischen Königshaus. Athen, 19. Febr. Die Verlobung des griechischen Kronprinzen mit der Prinzessin Elisabeth von Rumänien findet am 6. Mai, dem Namenstag des Kronprinzen, statt. Die Trauung erfolgt in Athen. Als Zugzeugen werden Kaiser Wilhelm und die Königin von Rumänien fungieren. König Konstantin hat seinem Sohn das Schloß Tatos zum Geschenk gemacht und ihm den Titel eines Herzogs von Sparta verliehen. — Der rumänische Ministerrat hat gleichzeitig beschlossen, der Prinzessin Elisabeth von Rumänien als Hochzeitsgeschenk des Landes eine jährliche Pausa von 200 000 Kronen zu geben und dementsprechend parlamentarische Maßnahmen unverzüglich zu treffen.

### Mittelamerika.

Die Revolutionskämpfe auf Haiti. New York, 18. Febr. Nach einem Telegramm aus Kap-Haitien ist ein scharfer Kampf zwischen Regierungstruppen und den Aufständischen am Grand-Rivière im Gange. Die Anhänger des Senators Theodoros werden hart bedrängt. Beide Parteien haben um Verstärkungen ersucht. Die Truppenabteilungen der fremden Konflikte haben den Führer der Aufständischen aufgefordert, Kap-Haitien zu verlassen. Dieser weigerte sich jedoch. Amerikanische Matrosenabteilungen patrouillieren in den Straßen.

## Luftfahrt.

Brennende Pfeile als Waffe gegen Lenkballons. Paris, 19. Febr. Am Eiffelturm wurden gestern Versuche mit brennenden Pfeilen vorgenommen, die den Flugzeugen als Zerstörungswaffe gegen feindliche Lenkballons dienen sollen. Die Pfeile sind 40 Centimeter lang und 8 Centimeter breit, bestehen aus Stahl und sind mit einer Art von Schraubenflügeln ausgerüstet. Im Innern befindet sich ein Behälter mit 20 Centilitern Benzin. Die gemachten Versuche gelangen. Der Erfinder hat den Namen Guerre.

## Aus Stadt und Land.

### Wiesbadener Nachrichten.

Wiesbadener Stadtverband für Jugendfürsorge.

(Abteilung Jugendgerichtshilfe.)

Der „Stadtverband für Jugendfürsorge“, über dessen Tätigkeit in bezug auf den Kinderdurchzug vor einigen Tagen berichtet, hat zu gleicher Zeit auch die Jugendgerichtshilfe organisiert. In fast allen größeren Städten arbeiten Jugendrichter und Vereine zusammen, und die Zentrale stellen, von denen aus die Arbeit eingeteilt wird, haben sich überall vor-

gänglich bewährt. Auch hier werden dem Stadtverband die einzelnen Fälle vor der Verhandlung vom Jugendrichter bekannt gegeben, und von dort werden sie den zuständigen Vereinen zur Behandlung überwiesen oder auch selbst bearbeitet. Das Ergebnis der Ermittlungen geht an das Jugendgericht und wird durch einen kurzen Bericht in den Akten des Stadtverbands niedergelegt. Auch die Schuhauflauf wird in derselben Weise gehandhabt. Welcher Segen aus dieser Zusammenarbeit von Behörde und privatem Einwirken erwächst, zeigt die Statistik, die die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge in Berlin herausgibt. In Berlin allein wurden im vergangenen Jahre 1911 Fälle bearbeitet. Die Gesamtzahl der unter Schuhauflauf stehenden Jugendlichen war nach vierjähriger Tätigkeit der Zentrale bereits auf 3000 angewachsen. Wie aus den Berichten von Einzelfällen hervorgeht, ist mancher vor weiteren Fehlern bewahrt worden. Der erhebliche Rückgang der Zahl der Verurteilten gibt den ziffernmäßigen Beweis, daß die Schuhauflauf den einmal Gestrauchelten durch sorgfältige Überwachung und Beeinflussung vor Rückfällen bewahrt. In Wiesbaden haben sich die verschiedenen Vereine, wie der Verein „Lindenhaus“ für die evangelischen Mädchen, der Fürsorgeverein „Johannistift“ für die katholischen Mädchen, der katholische Männer-Fürsorgeverein, die Geistlichen aller Konfessionen, Lehrer und andere in sozialer Arbeit interessierte Kreise zur Mitarbeit bereit gefunden, so daß nunmehr die Lücke, die bisher auf diesem Gebiet hier bestand, durch planmäßiges Zusammenfassen der Einzelarbeit zweckentsprechend ausgefüllt werden wird. Die Gerichtsbehörde hat die Einrichtung dieser Zentralstelle als wertvolle Unterstützung in der Durchführung der Jugendgerichtsarbeit freudig begrüßt.

— Regierungspräsident Dr. v. Meister befindet sich seit etwa 8 Tagen in Berlin. Es soll sich dabei um seine Ernennung zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen handeln. (Vergl. dazu die Notiz über wichtige Personalveränderungen unter „Deutsches Reich“.)

— Die Mästekspiele im Hoftheater aus Anlaß der Anwesenheit des Kaisers in Wiesbaden werden in der zweiten Maiwoche vor sich gehen. Das Programm steht noch nicht fest.

— Bezirksausschuß. Der Kaufmann Wilhelm Burdach in Gießen hat von der offenen Handelsgesellschaft Burbach, deren Teilhaber er war, ein Immobil für sich übernommen. Der Magistrat in Frankfurt berechnet den gemeinen Wert des betreffenden Besitzes nach der auf ihm lastenden Hypothek auf 148 000 M. und hat von der Hälfte, also von 74 000 M. Burbach zur Wahrtschaftsabgabe herangezogen, während Burbach seinerseits der Ansicht ist, nur der Wert dürfe als gemeiner Wert in Ansatz gebracht werden, welcher jederzeit realisierbar sei und demgemäß zu einer Schätzung von 12 500 Mark kommt. Er fragt auf entsprechende Herausforderung der Anforderung. Der Bezirksausschuß beschloß, Sachverständige über den gemeinen Wert des Grundstücks zu hören. — Ludwig Mehring in Sindlingen in der Eigentümer eines Grundstücks an der Hosheimer Straße dorthin. Weil der Besitzer 274,80 M. Strafenbeiträgen zahlt, obwohl er dazu verpflichtet gewesen wäre, nicht bezahlt hat, sind ihm dieselben angefordert worden. Gleich nachher ist von ihm eine Anfrage an den Gemeindevorstand gerichtet worden, ob er auch dann Zahlung zu leisten habe, wenn er das Besitztum wieder verkaufen würde, und obwohl ihm darauf auch eine Antwort wurde, welche von ihm selbst keineswegs als Nekkationsbescheid aufgefaßt wurde, hat sich in ihm später die Idee festgesetzt, daß es sich dabei tatsächlich um eine Nekkation gehe. Er beschreibt den Wegeweg, der Kreisaußschuß aber wies ihn ab, weil die Voraussetzung für die Nekkage nicht gegeben sei, und eben entschied auf seine Verufung Mittwoch der Bezirksausschuß — Kreisarzt Dr. Prigge aus Wiesbaden hat zeitweilig den Kreisarzt in Rüdesheim vertreten. Während dieser Zeit wurde ihm der Tod einer Frau in Lorchhausen infolge von Wochenbettfieber gemeldet. Er untersuchte den Fall, stellte fest, daß auch einige Zeit vorher schon eine Frau am Platz derselben Krankheit erlegen sei, und weil er der Ansicht war, daß in beiden Fällen schwere Verfehlungen der etwa 50 Jahre alten, durch drei Jahrzehnte bereits ihres Amtes waltenden Ortsbeamtin Theresia Schön gegen ihre Instruktion verfolgten, berichtete er nicht nur an den Regierungspräsidenten, sondern inhibierte auch gleichzeitig die weitere Tätigkeit der Frau als Hebammme. Von der Ortspolizeibehörde ist darauf, in Übereinstimmung mit dem Regierungspräsidenten, der Antrag gestellt worden, der Frau ihr Hebammenprüfungzeugnis zu entziehen. Der Bezirksausschuß beschloß die Abhaltung eines Vorlesermits, zu welchem die beiden in Frage kommenden Chemänner, eine bei der Pflege der einen Frau beteiligt gewesene Krankenschwester, Kreisarzt Dr. Prigge und der Kreisarzt von Rüdesheim zugezogen werden sollen. Die Auziehung noch eines weiteren nichtbeamteten Arztes als Sachverständiger wurde abgelehnt.

— Vom Reformino. Die Vorführungen am letzten Freitag und Samstag fanden teilweise vor ausverkauftem Haus statt und wiesen bei groß und klein freudige Teilnahme. Für diesen Freitag und Samstag ist „Eine Reise um die Welt“ vorgesehen. Es ist zu hoffen, daß diese Vorführungen mit ihren unterhaltsamen und abwechslungsreichen Bildern aus den verschiedensten Erdteilen und den Sitten ihrer Bewohner ebensoviel Beifall finden, wie sie ihn in anderen Städten gefunden haben, und daß sich auch die Erwachsenen zahlreich vor der Leinwand einfinden werden.

— Die Drillinge, drei Jungen, die vor 5 Monaten dem britischem Einwohner Philipp Lösch, jetzt Weißenburgstraße 10, gehören, sind damals vielen Menschenfreunden Anlaß gewesen, den in recht spälichen Erwerbsberufen lebenden Eltern etwas unter die Arme zu greifen. Unser Verlag hatte für sie eine Sammlung veranstaltet, die dank dem oft betriebenen Wohlätigkeitsinn der Freunde des „Wiesbadener Tagblatts“ einen erfreulichen Erfolg aufwies. Die Knaben sind unter der Sorgfalt des Mutter gebüsst und werden noch von ihr gestillt. Der Vater hat einen mäßigen Verdienst und da die Kleinen jetzt einen Kinderwagen nötig haben, den er aus eigenen Mitteln nicht anschaffen kann, wendet er sich wiederum an uns, ihm dazu durch Gründung einer kleinen milztätigen Sammlung nochmals behilflich zu sein. In Anbetracht der Besonderheit des Falles — acht Kinder, darunter die Drillinge von wenigen Monaten — glauben wir, die Hilfe nicht ablehnen zu sollen, und unterbreiten diese daher gern hiermit der wohlwollenden Aufmerksamkeit unserer Leser.

— Lebendmüde. Eine in der Metzgereiwoche wohnhafte Frau H. hinterließ am Dienstagabend in der Wohnung ihres Bruders einen Bettel, auf dem sie mitteilte, daß sie sich in Sicherheit im Hafen ertragen wolle. Der Mann begab sich

Am selben Abend noch persönlich nach Schierstein und stellte dort mit Hilfe der Polizei Recherchen an, welche jedoch zunächst resultlos blieben. Erst am anderen Tage erfuhr er, daß die Gefüchte sich im Mainz in den Flughafen gestürzt habe, daß sie jedoch von einem Schiffer wieder aufs Trockene gebracht worden sei und daß sie sich zurzeit im Röhrshospital in Mainz befinden.

Mehr Licht. Die Bahnhofstraße erhält gelegentlich ihres Umbaus im kommenden Frühjahr Preßgasbelastung, die im Anschluß hieran auch durch die Marktstraße bis zum Schloßplatz durchgeführt wird.

Zum Mainzer Karneval. Anlässlich des Rosenmontagszugs und der sonstigen Veranstaltungen in Mainz am Montag, den 23. Februar 1914, verkehrten an diesem Tage außer den fahrläufigen Jürgen eine Reihe Sonderzüge zwischen Wiesbaden und Mainz (Hauptbahnhof).

Meine Notizen. Das Hotel "Restaurant Wiesbadener Hof" übernahm demnächst Herr M. Vaitl, früher "Hotel Regina" in Bad Kissingen. — Ab 20. Februar übernimmt den Wirtschaftsbetrieb im "Neuen Schuhenthal" ein Herr Ganneur aus Hanau a. N.

#### Dorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

Königliche Schauspiele. Mit dem am Freitag zur Aufführung gelangenden Einstieg "Der verwandelte Komödiant" eröffnete der junge Wiener Lyriker und Dramatiker Stephan Zweig (geboren 1881) zum erstenmal im Spielplan des Königlichen Theaters. Die Hauptrollen werden von Frau Barthammer und den Herren Albert Hertmann und Rudolf Segebar. — Auch "Der Dienst zweier Herren" von Carlo Goldoni (1707 bis 1783) erlebt hier seine Erstaufführung. Das übermüdige Buffettspiel steht noch ganz auf dem Boden der Stegreifkomödie und bringt auch noch die typischen Figuren der Comedia del arte. Es wird ohne Pause von den Damen de Brux, Dopplerbauer und Schröter sowie von den Herren Andrian, Hertmann, Kober, Leibmann, Schneeweiss und Staub gespielt. Nach alter Weise unterbrochen Tanzeinlagen zweimal den Dialog. Die Regie beider Stücke führt Herr Vogel. — Für Platz bereitet das Hoftheater die Erstaufführung von Gerhard Hauptmanns neuem Drama "Der Bogen des Odenwalds" vor, welches von allen größeren Bühnen angenommen ist und soeben im Darmstädter Deutschen Schauspielhaus großen Erfolg hatte.

#### Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Z. Bierstadt, 18. Febr. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde das Baugesuch des Steinbauermeisters Wilhelm Grechenhäuser auf Errichtung eines Wohnhauses in der Röderstraße genehmigt unter der Bedingung, daß das zur Straßenanlage erforderliche Gelände unentgeltlich an die Gemeinde abgetreten und der Straßenausbau übernommen wird. Der Gemeindevorsteher soll in Vorschlag gebracht werden, dem hiesigen Draconiefonds für 1914 500 M. und für 1915 300 M.) aus der Gemeindesatz zu überweisen. Herr Friedrich Albus zu Wiesbaden übernahm demnächst die Gastwirtschaft zur "Sonne". Das vorliegende Konzessionsgesuch wird zur Billigung begutachtet. — Am Freitag abend findet eine Sitzung der Gemeindevertretung statt. — Die freiwillige Feuerwehr veranstaltet am Sonntag, den 15. März, im Saal "Zum Bären" eine Abendunterhaltung. Ihre Mitwirkung haben die beiden Gesangvereine "Großmutter" und "Männergesang-Verein", sowie der Turnverein zugesagt.

Z. Kuppenheim, 18. Febr. Es brennt wieder, nämlich das elektrische Licht. Unsere Gemeindeverwaltung hat sich der Katastrophe angenommen und von dem Dreiswagenbesitzer Höller zu Wallau eine Locomotive entliehen. Für die nächste Zukunft ist die Beleuchtung also garantiert. Wie man sich weiter hilft, bleibt abzuwarten.

Z. Wilsbach, 18. Febr. Bei der Holzversteigerung im hiesigen Gemeindewald waren so wenig Liebhaber zuwangen, daß ein weiterer Versteigerungstag angezeigt wurde. — Das Kriegerdenkmal mußte, da die dasselbe seither befürchtete Person gestorben ist, anderweitig vergeben werden. Es kam für 49 M. jährlich bei täglich dreimaligem Räumen an den Mann, wofür seither 90 M. bezahlt wurden.

Z. Hörsheim, 18. Febr. Im hiesigen Bahnhof stürzte heute früh etwa 1½ Uhr infolge Entgleisung ein Wagen mit Vieh um. Beide Hauptrichter waren längere Zeit gelöscht. Der Verletzte wurde durch ein Rebengeleise aufrecht erhalten. Das Vieh wurde sonderbarweise nicht verletzt.

#### Nassauische Nachrichten.

Wiesbaden, 19. Febr. Ein Meher und ein Gemüsehändler aus Hanau wurden unter dem Verdacht verhaftet, zwischen Orten und Wegen auf den hiesigen Wachtmeister Arend geschossen zu haben.

(r) Winkel, 18. Febr. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich heute abend in der chemischen Fabrik vom Goßberg, Geromont u. Co. Der Verschluß eines Säureapparats flog ab und fünf Arbeiter wurden von der Säure teils schwer, teils leicht verletzt. Aratische Ölfeuer entzündeten sich. Die drei am schwersten Verletzten wurden in das hiesige St. Josephshaus verbracht. — Wie versichert, beschäftigt man nach dem Beispiel der anderen Rheingemeinden, auch in hiesiger Gemeinde die Gründung eines Bürgervereins. — Die unlängst verstorbene Cheleute Herr Karl Döring und Frau überwiesen der Armenverwaltung lebenslang 500 M.

Z. Gösbach, 18. Febr. Bei der hier abgehaltenen Holzversteigerung hatte das Brennholz enorm hohe Preise. Es wurden gezahlt für die Klafter: Buchenscheitholz 34 bis 38 M., Buchenknüppel 28 bis 32 M., Eichenknüppel 20 bis 28 M., Fichtenknüppel 14 bis 28 M., Wellen für 100, und zwar Buchen 18 bis 24 M., Eichen 12 bis 16 M.

Z. Weilburg, 18. Febr. Im "Deutschen Haus" hier selbst fand gestern der erste diesjährige Vertretertag des Kreisfriegerverbands "Oberlahn" statt. Von den 63 zum Verband gehörenden Vereinen hatten 54 Vertreter entsandt. Der Vorsitzende Professor Grobius erhielt in seiner Eröffnungssprache in besonderer Weise den Ehrenvorsitzenden des Verbands Oberst a. D. v. Winterberger, der am Samstag sein 85jähriges Militärjubiläum feiern konnte. Die Mitgliederzahl des Verbands ist von 2010 auf 2907 zurückgegangen. Aus den verschiedenen Unterstützungsstellen wurden im vergangenen Jahr insgesamt 88 Kameraden mit 981 M. und 46 Kameradenwitwen mit 428 M. unterstützt. Die Einnahmen betrugen 8484,88 M., die Ausgaben 8364,00 M. Der sechzehnjährige Vorstand wurde per Aufführung auf drei Jahre wiedergewählt. Als Ort für die nächste Kreisfriegerverbandsversammlung wurde Oberhausen bestimmt. — In einer am Sonntag stattgefundenen Sitzung der kirchlichen Gemeindeorgane wurde der Rechnungsbericht für 1914, der in Einnahme und Ausgabe mit 18 677,23 M. balanciert, genehmigt. An Kirchensteuern werden, wie im Vorjahr, 20 Prozent erhoben. Auf wiederholtes Verlangen des Königl. Konsistoriums hin wurde das Organisten-

amt organisch mit der zweiten Lehrerstelle verbunden. — Die hiesige Gasanstalt, der durch das städtische Elektrizitätswerk eine starke Konkurrenz entstanden ist, führt vom 1. April ab einen Einheitspreis für Heiz- und Leuchtgas ein. Der Preis, der bisher für Leuchtgas 20 Pf. und für Heizgas 18 Pf. per Kubikmeter betrug, ist auf 16 Pf. festgesetzt worden.

#### Aus der Umgebung.

##### Obstruktion in der Mainzer Stadtverordneten-Sitzung.

— pp. Mainz, 18. Febr. Die 18 Stadtverordneten, die durch die Wahl am 4. Dezember v. J. mandatlos geworden sind, funktionieren weiter, da die Wahl der 10 Sozialdemokraten und 6 Fortschrittlernen von den Ultramontanen und Nationalliberalen zum zweitenmal angefochten worden ist. In der heutigen Sitzung kam es zu einer Obstruktion. Nachdem 187 000 M. für das Verwaltungsgebäude des Elektrizitätswerks und 55 000 M. für ein Wohlfahrtsgebäude bei dem Gaswerk bewilligt worden waren, verließen die Sozialdemokraten den Saal. Stadtverordneter Adelung ließ hierauf die Belehrungsfähigkeit des Hauses feststellen, da gerade die Wahl angesetzt (Dr. Schmitt und Genossen) schließen, worauf die Sitzung aufgehoben wurde.

M. Frankfurt a. M., 19. Febr. Bei einer vor einigen Tagen im "Café Central" vorgenommenen Kontrolle verhaftete die Polizei nicht weniger als 40 Personen, unter denen sich 8 siedlungslos Verfolgte befanden haben.

m. Bingen, 18. Febr. Im Gemeinderat des nahegelegenen Bödesheim wurde die Gewährung eines Beitrags zur Erbauung des Bismarck-Nationaldenkmals auf der "Elisenhöhe" abgelehnt.

m. Brem Hundsdorf, 18. Febr. In welchem Maße die Jagdpacht gestiegen ist, dürfte nur wenig bekannt sein. Die Jagd der Gemeinde Seibersbach wurde zuletzt zum Preis von 3300 M. jährlich verpachtet, im Jahre 1878 dagegen stellte sich der Betrag auf 21 M. also den 157fachen Teil des heutigen Preises. Daneben haben die Pächter auch noch den Wildschaden zu tragen.

m. Wilhelmshöhe, 18. Febr. Heute herrschte grohe Freude auf Wilhelmshöhe und in den angrenzenden Bezirken, weil die seit vielen Monaten betriebenen Bohrungen noch Aufführung einer Solequelle für das zukünftige Weltbad Wilhelmshöhe bis zu einer Tiefe von 1100 Meter erfolgreich vorgedrungen sind, und zwar bei einer unveränderten Bohrlochweite von 173 Millimeter. Man hofft nun mehr begründete Hoffnung, die Solequelle in Kürze zu erreichen und aufzuschließen.

#### Gerichtsaal.

##### Das Urteil im Prozeß Ebener.

= Hanau, 18. Febr. Im Prozeß gegen den Zigeuner Ernst Ebener, der angeklagt ist, den Förster Romanus erschossen zu haben, sprachen die Geschworenen den Angeklagten des Toischlagsversuchs in einem Falle schuldig, billigten ihm aber nicht mildernde Umstände zu. Das Gericht verurteilte den Angeklagten nach dem Antrag des Staatsanwalts zu 4 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus und 6 Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

#### Sport und Spiel.

\* Fußball. Am kommenden Sonntag spielt die zweite Mannschaft des Sportvereins Wiesbaden auf dem Sportplatz an der Frankfurter Straße gegen den Fußballclub "Union" Niederrad. Das Vorspiel kommt "Union" mit 5:3 gewinnen. Bei der guten Aufführung der Wiesbadener Mannschaft ist ein spannendes Spiel zu erwarten. Spielbeginn 3 Uhr.

\* Frankfurter Boxkampf. In der Sportakademie Fürst begann das Februar-Meeting des Boxclubs Frankfurt. Nach einem Einleitungskampf zwischen den beiden Clubmitgliedern Häßele und Maurer wurde der französische Armeeleiter Maillet dem Hamburger Meisterbogner Raehle gegenübergestellt. Der Hamburger fiel schon in der vierten Runde. Karl Fürst besiegt in der siebten Runde den Dänen Jensen durch einen Stoß in die Magengegend.

sr. Um die Stuhlermeisterschaft der Welt für Professionals ist jetzt ein neuer Kampf vereinbart worden, und zwar wird der Verteidiger des Titels, Ernest Barr (England), mit dem australischen Meister Jim Paddon um das Championat kämpfen. Die Meisterschaft wird auf der Nassauischen Rennstrecke der Thürme von Putney nach Mortlake ausgetragen. Der Gewinner erhält einen Preis von 20 000 M. und einen Ehrenpreis.

sr. Die Box-Meisterschaft der Welt für Weltgewicht (bis 133 Pfund) kam in Sydney (Australien) zwischen den beiden bekannten englischen Champions Johnny Summers und Mac Cormid zum Ausdruck. Mac Cormid, der bereits in einem vorangegangenen Match Summers besiegt, schlug ihn in diesem entscheidenden Treffen um den Weltmeistertitel schon in der ersten Runde, nach 2½ Minuten, knock-out.

#### Neues aus aller Welt.

Schweres Unglück infolge Niedergehens einer Schneelawine. Innsbruck, 18. Febr. Bei Notruf am Brenner ging infolge Lawinewetters eine große Schneelawine nieder, welche zwei auf dem Heimweg begriffene Schulländer verschüttete. Ein siebenjähriger Knabe blieb tot, ein Mädchen konnte zwar noch leben, aber nur schwer verletzt geborgen werden.

Bergung des "Niagara". Le Havre, 19. Febr. Der transatlantische Dampfer "Niagara", der am 7. Februar dröhlige Notizien abgesandt hatte, ist gestern nachmittag in Begleitung des Dampfers "Bordeaux" in den Hafen von Le Havre eingelaufen. Der Kapitän des "Niagara" erklärte, daß er wiederholt den Untergang des Schiffes befürchtet habe, da sämtliche Schrauben zertrümmert waren und das Schiff außerordentlich starken Wellengang ausgezeigt gewesen sei. Die 147 Mann starke Besatzung soll bei dem Rettungswerk die größte Umsicht und Gehilflichkeit an den Tag gelegt haben.

Ein Landhaus Vanderbilt in Flammen aufgegangen. New York, 19. Febr. Das neue kostbare Landhaus des hiesigen Milliardärs Vanderbilt in Jericho auf Long Island ist gestern von einer großen Feuersbrunst vernichtet worden. Von dem kostbaren Mobiliar konnte nur sehr wenig gerettet werden, da alle Wege durch den Schnee verweht waren und die Feuerwehr erst nach langen Bemühungen bis zum brennenden Hause vordringen konnte. Viele Kunstwerke von allergrößtem Wert wurden ein Raub der Flammen. Der Schaden beziffert sich auf über 5 Millionen Dollar.

Ein großer Fabrikbrand. Cleve, 18. Febr. Gestern ist die Schuhfabrik von Janzen von einem großen Schaden betroffen. Ein Fabrikgebäude mit den großen Werkstätten brannte aus. Das Dach des Fabrikgebäudes mit sämtlichen Möbeln wurde ein Raub der Flammen; ein Teil der wichtigen Maschinen wurde gleichzeitig zerstört und auch die ankommenden Häuser sind erg in Würdefeldschaft gelegen. Der Brand belästigte die ganze Nacht hindurch die Feuerwehren sowie die Bewohner der Stadt und der umliegenden Orte. Die Janzen'sche Fabrik mußte den Betrieb einstellen.

Selbstmord aus Angst vor dem Examen. Landsberg a. d. W., 18. Febr. In Riga in der Neumark erlöste sich gestern der Lehrer Strack unmittelbar vor Beginn der zweiten Lehrprüfung. Er fürchtete, daß Examen nicht zu bestehen. Kein Denkstein erschien. Augsburg, 18. Febr. In Riga wurde der Dienstmeister Johann Huber am Samstagvormittag seiner Gefährten mit einem Prügel niedergeschlagen und getötet.

Unglückliche Liebe. Bösen, 19. Febr. Im Walde bei dem Dorfe Wald im Kreise Sammern erschoss gestern der Sohn des Landwirts Rüdiger aus Rottenfeld seine Braut und sich selbst, weil die Eltern seiner Braut angeblich nicht ihre Einwilligung zur Hochzeit gaben.

Hohlenfunde in Sachsen. München, 18. Febr. In der Nähe von Oberstaufen sind bedeutende Hohlenfunde gemacht worden.

tödliche Unfälle im rheinischen Industriegebiet. Düsseldorf, 18. Febr. Im rheinischen Industriegebiet hat sich heute eine ganze Anzahl von schweren Unglücksfällen ereignet. So fast alle einen tödlichen Verlauf nahmen. So geriet in Düsseldorf der Arbeiter Leopold Breuer aus Marien auf der Gewerkschaft "Deutscher Kaiser" unter einen Hammer und wurde sofort getötet. In Lindenthal bei Köln wurde gestern abend von der Kleinbahn ein Wagen überfahren und sofort getötet. In den Hafenanlagen der Familie Daniel gehörten die Gebrüder Heinrich und Heinrich Preuß, welche die Schiffe mit Eisenbahnwagen beladen, so schwer verletzt, daß er kurz darauf starb.

Blutiges Schauspiel. Saarbrücken, 18. Febr. Ein Ebediana hat sich heute vorzeitig in der Ortschaft Schaffhausen im Kreise Saarlouis abgespielt und die ganze Ortschaft in Aufruhr versetzte. Im Laufe eines Streites durchschritt der 23jährige Hüttenarbeiter Hupper seiner Frau mit einem Messer den Hals und verfuhr dann, sich auf gleiche Weise zu töten. Er verlor sich dabei und wurde in bewußtem Zustande ins Krankenhaus gebracht. Die Frau war auf der Stelle tot. Dem Streit lag eine Eifersuchtsszene zugrunde.

Ein vermischter Professor als Leiche gelandet. Stuttgart, 18. Febr. Der seit Weihnachten vermischte Professor Walther Börsigall der Eisenwerksdirektion wurde gestern als Leiche aus dem Redat gelandet.

Zum Eltern-Strassenbahnbau. Essen (Ruhr), 18. Febr. Von den bei dem Straßenbahnbau im benachbarten Ronau verdeckten Personen befinden sich vier immer noch im Krankenhaus; sie werden wahrscheinlich noch längere Zeit im Krankenhaus verbleiben müssen. Der Schaffner des Straßenbahnwagens ist ebenfalls dienstunfähig und wird vielleicht noch einige Zeit im Krankenhaus aufzubleiben.

Jugendliche Sachattentumsgänger. Konstanz, 18. Febr. In den letzten Tagen wurde eine Anzahl Sachattentumsgänger, meist jüngere Leute, Techniker und Oberståndsführer, verhaftet, die schon seit längerer Zeit einen reich umfangreichen Schmuggel betrieben haben. Unter den Verhafteten befindet sich auch ein Oberwärtiner.

Erdbeben in Tirol. Innsbruck, 18. Febr. Vergangene Nacht 2 Uhr wurde ein bestiges Erdbeben von horizontaler Richtung mit starken Schwingungen wahrgenommen. Das Beben dauerte drei Sekunden.

Berliner Schlosskapelle als Schloßbäcker. Bogen, 19. Febr. Hier wurde die angebliche Boromin-Bestoware unter dem Verbot, mit ihrem Gatten große Beiträge zu bringen, zu haben, verhaftet. Das Schloss Bogenau vom 1911 nach Wegen und kostete hier das Schloss Bogenau für 880 000 Kronen, auf das eine Abzahlung von nur 5000 Kronen geleistet wurde. Das Schloss steht auf großem Fuß und brachte es ironisch nach Summen zu entlohen. Wie sich nunmehr herausstellt, ist der lebige Schlossherr von Bogenau der Sohn eines Berliner Kaufmanns namens August Meyer, nach dem die Behörden schon lange fabbren.

Der Tango in ganz Russisch-Polen verboten. Warsaw, 18. Febr. Von der Polizei wurde den Tanzschulen bei Strafe verboten, den Tango zu tanzen. Ein solches Polizeiverbot erfolgte vorher schon in Loda. In ganz Russisch-Polen ist der Tango in den Tanzschulen unterdrückt.

Aufzug in einem Asyldorf. Odessa, 18. Febr. Bei einem Zusammenstoß im Asyldorf Terespolz zwischen Einwohnern und Polizei wurden 6 Personen getötet und 24 verletzt, davon 7 schwer.

Meuterei in einer französischen Staatsgewerbeschule. Paris, 18. Febr. Am Angers (Dep. Maine et Loire) wird gemeldet: In der höheren Staatsgewerbeschule ist heute nacht unter den Soldaten eine Meuterei ausgetragen, weil mehrere ihrer Kameraden, denen ein Urlaub verweigert worden war, über die Waffen in ihren wollten und dabei festgenommen wurden. Der Direktor der Schule sowie zwei Lehrer wurden mit Mißhandlung belastet. Bei mehreren Soldaten, die an der Meuterei teilnehmen sollten, wurden Revolver gefunden. Zu den Aufstörungen wird noch gemeldet, daß der Disziplinararzt der Anstalt gestern abend zusammen mit bestellten Beamten beim Ministerium die straflose Entlassung von 15 Soldaten beantragt, die bei der Meuterei die Rolle von Führern gespielt hatten.

Selbstmord einer Sängerin aus Liebeskummer. Rom, 18. Febr. Am Abend I. Klasse des Schnellzuges "Genua" hat sich gestern die Sängerin Teresa Galli aus Liebeskummer erschossen.

An der Ermordung zweier Bankbeamten in Brüssel. Brüssel, 19. Febr. Der Bankier Toll, der gestern gegen 10 Uhr in einem Geldautomaten erschossen ist, stellte sich nachdem tödlichen Schusses auf und erklärte, es sei ein Streit um einen protokolierten Wechsel von 6000 Franken ausgetragen und da ihm auch sonst bei der Kasse starke Verdacht drohten, sei er in finstere Erregung geraten.

Ein Eisenbahnsammelstock. New York, 18. Febr. Zwei Männer der Kiscohoben sind in der Nähe von Springfield in Missouri zusammengetötet. 58 Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Entdeckung von Körpern in Ostafrika. Nairobi (Ostafrika), 18. Febr. In der Nähe des Übersees wurden ausgetriebene Körper entdeckt.

Bei der Strandung des Dampfers "Roma". Providence (Rhode Island), 18. Febr. Der Dampfer "Roma" ist heute nachmittag hier eingetro

ihm bereits vor seinem Regierungsantritt einen Beinamen verschafft. Man spricht nicht mehr vom Prinzen Wilhelm zu Wied, sondern von „Wilhelm dem Eiligen“.

#### Der Königstitel für den Prinzen zu Wied?

# Wien, 19. Febr. (Eig. Drahtbericht) Wie die „Neue Freie Presse“ erzählt, wird Essad-Pascha beim Empfange der albanischen Deputation auf Schloss Montepò in Reuwig den Prinzen Wilhelm zu Wied mit Majestät und Sire ansprechen, woraus man schließt, daß der Prinz den Königstitel annehmen wird.

#### Die griechische Anleihe in Paris.

Griechischkeiten des „Matin“ für König Konstantin.

wb. Paris, 19. Febr. Der „Matin“ teilt mit, daß die erste Hälfte der Griechenland von einer französischen Finanzgruppe gewährten Anleihe von 250 Millionen im Monat April, die zweite Hälfte dieses Jahres zur Ausgabe gelangen werde. Die Anleihe werde durch die Bollüberschüsse der Höfen Molykienlands und durch die Bolleneinnahmen von Saloniki und Kavala verbürgt. Die griechische Regierung verpflichtet sich, bei ihren Bestellungen für die Flotte und das Heer sowie die Eisenbahnen die französische Industrie in weitestem Umfang zu bedienen. Die Ministerpräsidenten Doumouge und Venizelos hätten zum Teil diese Bestellungen genau festgesetzt. — Der „Matin“ sagt hingegen, Griechenland wird die Millionen, welche es durch die Anleihe erhält, dem Ministerpräsidenten Venizelos zu danken haben, zu dem die französische Regierung Vertrauen hat. Frankreich vergesst nicht, daß wenn König Konstantin und eine kleine politische Clique deutschfreundliche Gestimmen begreift, die große Mehrheit des griechischen Volkes die Sympathien des Ministerpräsidenten Venizelos für Frankreich teile, aber die deutschfreundliche Opposition dürfe nicht glauben, daß sich Frankreich zu einer Handlung herbeilassen würde, bei der es der betrogene Teil wäre. Wenn die deutschfreundlichen Tendenzen in Athen die Oberhand gewinnen, würde der finanzielle Beispiels Frankreichs sofort aufhören.

#### Der Kaiser in Karlsruhe.

wb. Karlsruhe, 19. Febr. Der Kaiser ist heute vorwiegend 9 Uhr 11 Minuten auf dem neuen Zentralbahnhof der Residenz eingetroffen. Zu seiner Begrüßung war Großherzog Friedrich von Baden erschienen. Ferner waren u. a. anwesend: General der Infanterie Freiherr von Hohingen, genannt Huene, Kommandierender General des 14. Armeekorps, und der preußische Gefandte Erzherzog von Sachsen-Coburg. Vom Bahnhof aus begaben sich der Kaiser und der Großherzog im geschlossenen Wagen zur Residenz. Das Wetter ist unfröhlich.

wb. Karlsruhe, 19. Febr. Am Schloßportal wurde der Kaiser von den Großherzoginnen Luise und Hilda sowie den Hofstaaten begrüßt. Heute mittag 1 Uhr findet in dem Residenzschloß Fürstenhof und anschließend Marstallhof statt.

#### Zur Kurfürschaft des Kaisers.

S. Berlin, 19. Febr. (Eig. Drahtbericht) Pt den widerstrebenden Gerüchten über die Reise des Kaisers nach Kursk wird und heute von amtlicher Stelle mitgeteilt, daß es noch nicht feststehe, ob der Kaiser diese Reise antreten werde.

## Handelsteil.

### Berliner Börse.

S. Berlin, 19. Febr. (Eig. Drahtbericht) Die Spekulation beschäftigte sich zum Teil bereits mit den Vorbereitungen für den herannahenden Ultimo. Die Tendenz gewann daher ein unsicheres Aussehen, wozu noch kam, daß sich die Börse mit verschiedenen Meldungen vom heimischen Eisenmarkt abzuwinden hatte, die gegenüber dem amerikanischen „Iron-Age“-Bericht weniger günstig lauteten. Die Kurse am Montanmarkt bröckeln leicht ab. Schiffahrtswerke wurden anfänglich realisiert. Für Hansaaktien verständigte, daß die Dividende nicht über 20 Proz. hinausging, doch konnten sich diese Aktien später ziemlich erhöhen. Heimische und russische Banken wurden realisiert. Fester lagen Kanska auf Londoner und New Yorker Anregungen, ebenso 3proz. Reichsanleihe auf die Geldflüssigkeit. Auch hält man eine weitere Ermäßigung des Reichsbankdiskonts nicht außerhalb des Bereichs der Möglichkeit. Geldsätze unverändert. Privatdiskont 3 Proz. (wie gestern).

### Frankfurter Börse.

= Frankfurt a. M., 19. Febr. (Eig. Drahtbericht) Die Börse zeigte anfangs wenig Geschäftslust. Die Tendenz erhielt jedoch einen festeren Charakter, da die Spekulation auf die zuverlässlichen Meldungen vom amerikanischen Eisenmarkt verweisen konnte. Die Ausführungen beim Roheisenverband ließen erkennen, daß auch in Düsseldorf das Geschäft etwas lebhafter geworden ist. Die günstige Entwicklung des deutschen Außenhandelsbewegung im Monat Januar wurde heute mehr beachtet. Am Montanmarktes traten Bochumer etwas mehr hervor. Deutsch-Luxemburger, Gelsenkirchen und Phönix-Bergbau behaupten. In Übereinstimmung mit New York waren amerikanische Bahnen recht lustlos. Von österreichischen und Staatsbahn lebhafter. Schanzungsbahnen haben an Geschäftstätigkeit eingeholt. Der Kurs stellte sich infolge von Realisationen niedriger. Dieselbe Erscheinung trat am Schiffahrtsaktienmarkt ein. Für Elektrowerte erhielt sich gute Meinung, die Tendenz war jedoch ungleichmäßig. Die Frage einer Reichsbank-Diskontermäßigung wurde im Hinblick auf den guten Status der Bank besprochen, land aber nur geringe Zustimmung. Eine Ermäßigung des Diskonts der Bank von Frankreich wird mit Bestimmtheit heute erwartet. In heimischen Banken sind die Umsätze bescheiden. Gute Nachfrage bestand auch heute nach den neuesten preußischen Schätzscheinen. Fonds im übrigen ruhig und gut behauptet. Der Mangel an Aufträgen und das Herannahen des Ultimo machen, daß der Geschäftsverkehr in weiteren Verläufen bei mäßig abgeschwächter Tendenz still blieb. Am Kassamarkt für Dividendenwerte war die Haltung vorwiegend behauptet. Erwähnenswert sind Naphtha-Nobel, welche 4% Proz. verloren. Die Börse schloß sehr still bei beobachteter Tendenz. Privatdiskont 3½ Proz. (gestern 3⅓ Proz.).

### Banken und Geldmarkt.

\* Die Frage einer Reichsbank-Diskontermäßigung wurde gestern an der Berliner Börse besprochen. Im Hinblick auf den letzten geradezu ausgezeichneten Status und die andauernd fassige Verlassung des offenen Geldmarktes hält man es nicht für ganz unwahrscheinlich, daß die Bank über kurz oder lang mit ihrer Rate auf 3½ Proz. herabgeht. Für heute ist eine

Es hänge dies noch von gewissen Umständen ab. Zimmerman sei die Reise wahrscheinlich. Der Kaiser werde in diesem Falle das Osterfeld in Krefeld verleben.

#### Tod eines ehemaligen Reichstagabgeordneten.

= Freiburg, 19. Febr. Der frühere nationalliberale Abgeordnete, Hofrat Professor Schreiner, ist in Triestdorf im Alter von 88 Jahren gestorben. Er vertrat von 1880 bis 1890 den Wahlkreis Dinkelsbühl im Reichstag.

Die Reise gegen die deutsche Militärmision noch nicht zu Ende.

\* Paris, 19. Febr. Der „Matin“ meldet aus Konstantinopel, daß in gewissen politischen Kreisen die Abreise des Obersten v. Sirempoli nach Berlin als ein Beweis des Scheiterns der deutschen Militärmision angesehen sei. Mehrere andere Mitglieder der Militärmision sollen, wie das Blatt weiter zu melden weiß, gleichfalls in den nächsten Tagen die Türkei verlassen.

Ein französisches Staatsmonopol für drahtlose Telegraphie.

\* Paris, 19. Febr. Die französische Regierung beschließt, der Kammer einen Gesetzentwurf über drahtlose Telegraphie vorzulegen, durch den dem Staat das Monopol über das drahtlose System gesichert werden soll. Die Anlage privater Stationen soll verboten werden. Die Aufnahmestation wird einem ständigen Reglement unterworfen, um den Verlust von Geheimnissen unmöglich zu machen.

#### Keine englischen Flottenmanöver 1914?

wb. London, 19. Febr. Mehrere Zeitungen berichten, daß diese Jahr keine Flottenmanöver stattfinden würden. Nach dem „Daily News“ seien die Erfahrungen der vorjährigen Flottenmanöver noch nicht verarbeitet. Anstatt der üblichen Manöver werde wahrscheinlich eine Probe mobilmachung der Flottenreserve stattfinden. Der Auffall der Manöver werde übrigens eine beträchtliche Ersparnis in dem Budget ausmachen.

#### Die Gerichtsverhandlung gegen den Grafen Mielzhynski.

# Peters, 19. Febr. (Eig. Drahtbericht) Vor dem hiesigen Schwurgericht beginnt morgen der Prozeß gegen den Grafen Matthias Mielzhynski, der in der Nacht zum 20. Dezember seine Frau und seinen Neffen durch zwei Schrotläufe aus seinem Jagdgewehr getötet hat. Das Aufsehen, das die Tat des Grafen in ganz Polen hervorrief, offenbart sich in dem Andrang zu der Verhandlung. Die Hotels in Petersberg sind bereits überfüllt. Auch die Eisenbahnverwaltung hält einen Extrazug bereit, der die Prozeßbeteiligten im Verlaufe der Verhandlungen zu einem Vorstermin nach dem Tatort auf das in der Umgebung von Gräb gelegene Mielzhynsche Schloß bringen soll. Graf Mielzhynski, dem Totschlag in zwei Fällen zur Last gelegt wird, wird aus dem Amtsgericht in Grau eintreffen. Er ist durch die Schredekogenen und die Voruntersuchung hart mitgenommen; er hält die Vorstellung, daß er in der frischen Nacht an das Eindringen von Einbrechern geglaubt habe.

#### Die russischen Rüstungen.

△ Peter, 19. Febr. (Eig. Drahtbericht) Die Regierung wird sich nicht mit der Herabsetzung an der Westgrenze begnügen. In den nächsten Tagen wird bei der Duma eine neue große Flottenvorlage eingereicht werden.

#### Ermäßigung des Diskonts der Bank von Frankreich in Aussicht genommen.

\* Rheinisch-Westfälische Disconto-Gesellschaft. Der Umsatz stellte sich auf 6 434 000 000 M. (gegen 6 567 000 000 M. im Vorjahr). Die Gewinne auf Zinsen betrugen 7 263 222 M. (7 324 654 M.). Darin ist das Ergebnis der Besetzung bei anderen Banken und Bankgeschäften mit 2 185 238 M. (2 440 262 M.) eingeschlossen. Es verbleibt ein Reingewinn von 7 508 561 M. (8 034 404 M.) aus dem 6½ Proz. (7 Proz.) Dividende und 227 524 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden.

= Frankfurter Hypothekenbank. Die Gesellschaft hält am 26. März in ihrem Bankgebäude in Frankfurt a. M. ihre 52. ordentliche Generalversammlung ab. Bezüglich der Tagesordnung verweisen wir auf die Bekanntmachung im Anzeigenteil.

w. Rheinische Schuckertgesellschaft. Mannheim, 18. Febr. Die sämtlichen bisher ausgegebenen Aktionen der Rheinischen Schuckertgesellschaft für elektrische Industrie, Aktiengesellschaft in Mannheim, von 8 Mill. M. sind nunmehr an der Berliner Börse zur Kaufnahme gelangt. Die erste Notiz erfolgte am 17. Februar und stellte sich auf 140½ Proz. Das Bankenkonsortium, welches im Vorjahr 2 500 000 M. Aktien mit der Verpflichtung der Einführung an der Berliner Börse übernahm, verkauft die Bestände aus und gelangt nunmehr zur Auflösung.

\* Die Schweizerische Bankgesellschaft in Zürich schüttet auf 30 Mill. Fr. Aktienkapital 7 Proz. Dividende aus.

\* Eine Finanztransaktion des Eisenwerks Kraft. Der Großaktionär der Gesellschaft, Fürst Dommermarck, hat dem Unternehmen einen Vorschuss von ca. 10 Mill. M. gewährt; dieser soll jetzt abgelöst werden, und zwar werden 10 bis 12 Mill. M. Schuldschreibungen ausgegeben und eine Erhöhung des Aktienkapitals vorgenommen werden.

w. Schwarzes Meer Eisenbahn-Obligationen. Petersburg, 18. Febr. Der Finanzminister hat eine weitere Emission von nom. 24 591 375 Rubel 4proz. vom Staat garantierte Obligationen der Schwarzen Meer-Eisenbahn zur Beschaffung von Baugeldern genehmigt.

#### Industrie und Handel.

\* Der Verband deutscher Tapetenfabrikanten ist in einer vor einiger Zeit abgehaltenen Versammlung um ein Jahr verlängert worden. Dem Verbands gehörten jetzt rund 30 Fabriken an, während die Zahl der Außenseiter 25 beträgt. In der Generalversammlung erfuhr auch das Verhältnis zwischen Fabrikanten und Händlern Regelung. Der Geschäftsgang in der Tapetenindustrie wird mit Rücksicht auf die unbefriedigende Lage des Baumarktes als nicht sonderlich günstig bezeichnet.

w. Ein Preiskampf in der Eisenindustrie. Wien, 18. Febr. Die Eisenwerke ermäßigen die Prolaufschilder auf gußeiserne Röhren um 50 Proz., was einer Preisherabsetzung um 50 bis 300 Kronen pro Wagon entspricht. Die Ermäßigung erfolgte als Abwehrmaßnahme gegen die deutsche Importe.

w. Die Alsenischen Portland-Zementfabriken in Hamburg verteilen bei gleichen Abschreibungen wie im Vorjahr eine Dividende von 15 Proz. gegen 15 Proz. im Vorjahr.

\* Die Terraingesellschaft Gräfling in München, deren Hauptgläubiger die Böhmische Immobilien-Gesellschaft ist, erzielt einschließlich des Vortrages 48 288 M. (46 675 M.) Überschuss. Eine Dividende wird wieder nicht ausgeschüttet.

\* Märkisch-Westfälischer Bergwerksverein in Lethumate. Der Aufsichtsrat schlägt für 1913 5 Proz. Dividende gegen 8 Proz. im Vorjahr vor.

#### Bahnbau in Maßstäbe.

R. Washington, 19. Febr. Das Repräsentantenhaus nahm gestern mit 230 gegen 87 Stimmen eine Regierungsvorlage an, die den Präsidenten ermächtigt, mit einem Kostenaufwand von 35 Millionen Dollar eine Eisenbahn von der Küste Alaskas nach den großen Hobelnsfeldern zu bauen.

wb. Löwen (Ostpreußen), 19. Febr. Auf der Straße Lögen-Profilen ließ sich gestern abend der Priester Rüdiger, der Sohn eines Pfarrers, vom Zug überfahren. Es wurde ihm der Kopf vom Rumpf abgetrennt. Der Grund des Selbstmordes dürfte Heiterumzüchtung sein. Rüdiger stand vor dem Abiturientenexamen und war einer der besten Schüler. In seiner Tasche wurden Briefe an seine Eltern und den Direktor der Schule gefunden, dem er für seine Mühe dankt, die der Lehrer mit ihm gehabt habe.

wb. Rio de Janeiro, 19. Febr. Zu Ehren der deutschen Kameraden veranstalteten die brasilianischen Offiziere gestern einen Ball, der einen glänzenden Verlauf nahm. Präsident Hermes Fontes nimmt heute an Bord des „Kaiser“ das Frühstück ein.

## Wetterberichte.

### Deutsche Seewarte Hamburg.

#### 10. Februar, 8 Uhr vormittags.

1= sehr leicht, 2= leicht, 3= schwach, 4= mäßig, 5= frisch, 6= stark  
7= stief, 8= sturmisch, 9= Sturm, 10= starker Sturm.

Beobachtungs-Station	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Beobachtungs-Station	Windrichtung	Windstärke	Wetter
Borkum . . . . .	SW 3	wechseln.	Böllig . . . . .	SW 4	bedeckt	+ 1	
Hamburg . . . . .	WSW 3	bedeckt	Aberdeen . . . . .	WSW 1	wolkig	- 1	
Swinemünde . . . . .	S 4	<	Paris . . . . .	SW 5	besser	+ 2	
Memel . . . . .	SSW 3	<	Vlissingen . . . . .	SW 5	"	+ 2	
Aachen . . . . .	WSW 4	wolkig	Christianssand 742.0	WSW 2	"	+ 2	
Hannover . . . . .	W 2	bedeckt	Kopenhagen . . . . .	WSW 2	"	+ 2	
Berlin . . . . .	WSW 5	<	Stockholm . . . . .	WSW 2	Schnee	- 1	
Dresden . . . . .	WSW 4	wolkig	Hagårdnäs . . . . .	WSW 2	"	+ 2	
Bremen . . . . .	WSW 2	bedeckt	Petersburg . . . . .	WSW 2	wolkig	- 2	
Metz . . . . .	W 4	<	Warschau . . . . .	WSW 1	"	+ 1	
Frankfurt, B . . . . .	WSW 3	Bogen	Wien . . . . .	W 2	bedeckt	- 5	
München . . . . .	WSW 2	bedeckt	Rom . . . . .	WSW 2	"	+ 1	
Zugspitze . . . . .	WSW 4	<	Florenz . . . . .	WSW 3	"	+ 1	
Alpen . . . . .	WSW 5	Schnee	Soyafjord . . . . .	WSW 1	Schnee	- 1	
Valencia . . . . .	WSW 2	Bogen					

#### Beobachtungen in Wiesbaden

<table border

1 Pf. Sterling	. .	20.40
1 Franc, 1 Lire, 1 Peseta, 1 Liri	. .	-.80
1 österr. fl. l. O.	. .	2.-
1 R. ö. Währ.	. .	1.70
1 österr.-ungar. Krone	. .	-.85
100 S. det. Konv.-Münze	105 R.-Währ.	
1 skand. Krone	. .	1.125

# Kursberichte vom 19. Febr. 1914.

## Eigene Drahtberichte des Wiesbadener Tagblatts.

fl. holl.	4	1.70
alter Gold-Rubel	*	3.20
Rubel, alter Kredit-Rubel	*	2.30
Peso	*	4.—
Dollar	*	4.30
fl. süddeutsche Währ.	*	12.—
Mk. Eker.	*	1.50

Berliner Börse.

Div.	Bank-Aktien,	In %
1/2 Berliner Handelsges.	163.50	
6 Caeomerz- u. Disc.-B.	112.40	
1/2 Darmstädter Bank	121.90	
1/2 Deutsche Bank	280.05	
6 D. Elft. u. Wechselb.	118.75	
10 Disconto-Commandit	187.90	
5/2 Dresden Bank	158.50	
7 Metzinger Hyp.-Bank	144.80	
6/2 Mitteld. Creditbank	120.50	
7 Nationalb. I. Deutschl.	117.30	
1/2 Oest.-err. Kreditanst.		
13 Petersberg, Intern. Bt.	208.40	
5/2 Reichsbank	142.50	
5 Schaffh. Bankverein	105.	
<b>Bahnen und Schiffahrt.</b>		
Canada-Pacific	217.40	
Baltimore und Ohio	86.	
Deutsche E.-Betr.-G.	108.50	
Hamb.-Am. Paketf.	143.50	
Hansa-Dampfschiff.	294.90	
Niederwaldbahn	—	
Nordd. Lloyd	125.80	
Oesterr.-Ung. Staatsbah.	—	
Oesterr. Südb. (Lomb.)	29.50	
1 Orient. E.-Betr.-G.	—	
5 Pennsylvania	—	
6 Südd. Eisenbahn-G.	131.25	
6/2 Schantung-Eisenb.	139.80	
<b>Brauerelen.</b>		
13 Schultheis	268.50	
10 Leipa. Bierbr. Riebeck	174.50	
9 Wiesbad. Kronenbr.	11.50	
<b>Bau- u. Tiefbohr-Unternehm.</b>		
20 Beton- und Monierbau	167.25	
23 Deutsche Erdöl-Oes.	250.	
5 Gebhardt & König	227.75	
9 Neue Bodes-A.-O.	92.50	
<b>Bergwerks-Unternehmungen.</b>		
13 Aumeis Friede	162.25	
14 Baroper Walzwerk	127.25	
14 Bochumer Gußstahl	227.	
14 Bodenauer Eisenwerke	113.40	
14 Concordia Bergbau	349.75	
14 Deutsch-Luxemb. B.	144.	
10 Donnermarkshütte	401.80	
10 Eisenwerk Kraft	190.80	
18 Eisenhütte Thale	237.	
8 Eschw. Bergwerksav	221.50	
16 Geisenh. Eisenwerke	163.	
16 Gelsenk. Bergwerksav.	194.90	
12 Harpener Bergbau	188.10	
12 Höchst-Eisen u. Stahl	339.90	
24 Ilse Bergbau	511.75	
4 Königs- u. Lehrhütte	164.10	
10 Lauchhammer's. kon.	187.50	
9/2 Lennh.-Brauskhöhlen	158.	
11 Massnass.-Röhrenw.	211.	
12 Mühl. Bergwerksav.	175.	
11 Oberschl. Kokow.	242.	
12 Phoenix-Bergb. u. Hüt.	243.75	
18 Rhein.-Nass. Bergw.	284.	
<b>Div.</b>		
12 Rheinische Stahlw.	163.	
10 Riebeck Moisan.	189.50	
10 Rosbacher Hüttenw.	162.25	
10 Wittener Stahlröhren	139.50	
<b>Chemische Werke.</b>		
30 Albert, Chem. W.	450.75	
5 Bad. Anilin u. Soda	629.50	
14 Griesheim Elektron	262.25	
30 Höchster Farbwerke	657.	
15 Milch & Co.	269.75	
12 Rüterswerke	200.10	
14 Aug. Wegelin	212.10	
<b>Elektrizitätsgesellschaften.</b>		
25 Akkumulatoren	344.	
4 Algem. Elektr.-Ges.	249.75	
5 Bergmann Elektr.	126.50	
10 Deutsch Ueberb.-El.	170.25	
10 El. Intern. Zürich	194.50	
10 Ges. f. Elektr. Ustern.	171.50	
8 Russ. Allg. Elektr.-G.	157.75	
7/2 Schuckert Elektr.	153.75	
6/2 Siemens elekt. Betr.	114.25	
<b>Maschinen- u. Metallindustrie.</b>		
25 Adler Fahrtradw.	352.	
10 Bremer Vulkan	168.50	
29 Bruchsal Maschinen	364.50	
9 Breuer-M. Höchst/M.	—	
25 Dürkopp, Bielef. M.	547.10	
12 Federw.-Ind. Cassel	137.	
8/2 Gasmotoren Deutz	125.	
22 Kronprinz, Metall.	285.50	
18 Ludwig Löwe & Co.	325.80	
10 Franz Mégain & Co.	133.00	
14 Orenstein & Koppel	178.	
9 Rhein. Metallwaren,	105.25	
11 Rockar. & Schneider	162.50	
11 Silesia Emailierwerk	140.50	
11 Ver. D. Nickriwerke	296.	
12 Wegelin & Höbner	163.60	
<b>Papier- u. Zellstofffabriken.</b>		
28 Annemendorfer	360.	
11 Kostheim Zellulose	125.	
12 Varziner Papieri.	132.	
<b>Textilindustrie.</b>		
20 Mech. Web. Linden	205.75	
10 Nrdl. Wollkämmerei	148.80	
30 Ver. Glasstoff-Fab.	563.75	
<b>Verschleidene.</b>		
6 Adler Portl.-Cement	110.75	
12 D. Waff. u. Mun.-F	610.	
9 Lindes Eismaschinen	130.50	
5 Markt- und Kühlhallen	97.	
10 Nobel-Dynam.-Trust	179.50	
10 Porrelausbaf. Kahla	338.10	
10 Röntizer Zuckerraff.	120.50	
24 Spritbank, A.-O.	447.25	
18 Ver. Köln Rottweiler	340.75	
<b>South Westafrica Co.</b>		
12 South Westafrica Co.	120.25	
7 Türkenlose	168.50	
<b>Deutsche Kolonial-Ges.</b>		
11. 10. Olaviminen	Fr. 115.	
5. 7/2 SouthWestAfr.C.	—	
	Ult. 120.25	
<b>Div. Industrie-Aktien.</b>		
Vorl. Letzt.		
14. 20. Alum.Neuß.(50%)Fr.	202.	In %
10. 10. Aschaffb. Buntpep.	172.50	
5. 9. March. Buntpep.	124.	

## Frankfurter Börse.

Staats-Papiere.	Zt.	4/5	In %	10.	11.	12.
a) Deutsche.	Im V.	Chile Gold-Anl. v. 06-4	91.50	7.	Braeser Binding	185.
D. R.-Schatz-Anw.	100.	9.	Hennlinger Prf.	124.20		
D. R.-Anl. unk.	99.	9.	Merkules-Cass.	156.		
D. Reichs-Anleihe	87.10	3/5	Hofbr. Nicel.	68.50		
do.	78.20	5.	Kempff	118.		
Pr. Kons. unk. 1918	88.60	do.	Löwenh. Sin.	40.		
Pr. Schatz-Anw. 1917	98.85	1898	92.10	9.	Mainzer Br.	171.
Preuss. Konzess	87.15	do. St.-E.-B.v. 11 Mk.	92.50	9.	Nürnberg	174.50
do.	78.10	do. St. E. Tient.-Psk.	91.90	10.	Rettene Mayer	114.30
Bad. Anteile 1913	97.	do. St.-A.-Stif.t.O.	100.60	7.	Schöffer-Bg.	83.80
do. von 1913	97.75	Cuba-St.-A.stif.t.O.	94.70	7.	Stern, Oberrad	190.50
do. Anl. (abg.)	—	do. v. 1905 S. 12-19	92.20	11.	Bronzel. Schlenk	127.
do. von 1892 u. 1894	80.	Marokko von 1930	102.	12.	Cellul. Bayr. (W.)	164.
do. A.1902uk.b. 1910	86.25	Mex. am. inn. I-V Pes.	83.60	10.	Cem. Heidelb.	151.20
do. 1904 unk.b. 1912	86.30	do. cons. inn. 50000 Pes.	—	7.	F. Karls	126.70
do. von 1890	74.	Goldv. 1904 str.	67.50	5.	Lothr. Menz	136.
Bayr. E.-B.-A. unk. 06	97.30	do. cons. inn. 50000 Pes.	—	10.	Cham. u.Th.-W.A.	152.25
do. E.-u.A.-Anluk. 1936	97.30	Tamasi.(25. mex. Z.)	65.	8.	Chem. A.-C. Chan	125.
do. E.-B. u. A. A.	85.40	Sao Paulo v. 08 L.G.	—	25.	Bad. A.-u.Soda.	631.50
do. E.-B.-Anteile	75.95	do. E.-B. in Gold	98.85	8.	Blas. Salz. Brasch.	82.80
do. Pfälz. E. B. Prio.	97.	Provinzial- u. Kommunal-		30.	D. Gold. -Si-Sch.	616.
Eissau-Lothr. Rente	78.75	Obligationen.	In %	12.	Fbk. Gerrash-H.	212.
Hamb. St.-A. 1900b.09	96.40	4. Rhelapr. 30, 21, 31-34	96.20	14.	Fabr. Gdgb.	245.
do. St. 91, 93, 99, 04	88.70	do. 22 u. 23	93.80	14.	Fabr. Höchst	656.75
do. 90, 97, 02	—	do. 30	89.90	30.	Fbw. Mühlheim	71.
Gr. Hess. 1899	—	do. 18, 12-16, 19, 24, 20	88.30	10.	Fahr. V. Mannh.	345.50
do. unk. 1921	97.20	do. 18	84.30	12.	Weiser-ter-Meer	221.
do. (abg.)	85.40	do. 9, 11a, 14	83.30	30.	Werke Albert	456.
do.	74.50	Pr. Oberbau. unk. 77	95.50	14.	Holzverkohlg.	324.10
Sächsische Rente	77.80	Frikta. M. v. 07 u. 14	96.	12.	Rütingerwerke	201.25
Waldeck-Fyrn. unk. 1915	80.	do. v. 1910 unk. 1920	—	18.	Schrann. L. Farch.	274.
Württemb. unk. 1915	97.80	do. v. 1911 unk. 1922	98.60	12.	Uit. Fahr. Ver.	220.
do.	1885/95	do. Lit. N.z. Q(abg.)	96.50	14.	Wegel. Reald.	219.
do.	1903	do. Lit. R (abg.)	92.20	15.	Dierk. u.Pr. Helb.	—
do.	1896	do. Lit. S von 1885	90.20	8.	Drahnsd. Södd.	125.
b) Ausländische.		3/4 W. v. 08 u. 63	—	25.	El. Accum. Berlin	345.
I. Europäische.		do. Sr.-R. v. 1899	89.	14.	Allg. Ges. Bert.	249.60
Belgische Rente Fr.	77.	do. v. 1901 Abt. I	89.	5.	Bergm. -Weiter	126.20
Bulg. Tabak v. 1902	95.	A. II, III	—	5.	Brown. Bow. & C.	147.
Französ. Rente Fr.	87.	do. 1903	89.30	10.	Contin. Nürnb.	99.20
Griech. E.-B. str. 90 Fr.	—	1905 A. I, II	89.50	11.	Dtsch. Übersee	179.25
do. Mon.-Anl. v. 87	—	do. v. Bockenheims	—	5.	Felti. Guill. L.	156.50
do. 87 2500fr.	—	Berlin von 1880/92	—	4.	W.Homb.v.d.M.	116.
Holländ. Anl. v. 90h. fl.	77.40	Darmstadt v. 09 u. 18	—	5.	Lahmeyer	125.50
Ital. amort. 93.5-14 Le	89.70	do. v. 05 am. ab 1910	—	7.	Licht u. Kraft	131.80
cons. strf. Rte. I. O.	—	Gisessen v. 1907a.1917	94.90	11.	Liel.-Ges. Berl.	211.
do. Rente I. O.	—	do. v. 03 unk. b. 08	—	12.	Rein. O.m. Sch.	189.90
Ost. Panierrente 5. II	—	Homb.v. H.k. 1880 u. 90	90.20	8.	Schuckert	153.60
do. Goldrente 5. II. O.	90.80	Köln von 1900 u. 05	98.	7.	Rhein.	141.50
do. Silberrente 6. II.	87.75	Limburg (abg.)	—	12.	Siem. u. Hals.	231.20
do. einhlt. Rte. cr. Kr.	83.20	Mainz 1907 u. 1916	—	6/10.	Siemens. Betr.	116.20
do. Staatss-Rte. 2000r.	86.	do. (abg.) 1878 u. 83	—	7.	Tl.-O. Dsch. A.	126.
do.	20.000r.	do. (abg.) 05uk. b. 15	—	10.	Voigt@Haeflin. F.	186.
Portug. Tab.-Anl.	97.	Mannh. 1912 unk. 17	85.40	7.	Festl. S. Prfk. Sektk.	102.
do. unk. 1902 S. III	64.50	do. 1904-1905	86.40	6.	Oelsken. Gust.	97.
do. » S. III (Spec.)	8.50	München v. 12.12.42	97.30	9.	Gummif. Berl.-Prfk.	126.50
Rum. amort. Rte.v. 03	98.90	Nürnberg v. 12.12.47	—	0.	Ho. Mitteld. (Pet.)	96.
do. Konv. v. 1890	94.10	Wiesbaden 1905 S. I.	95.80	7.	Hafemann. Prfk. M.	114.
do. Konv. v. 1891	—	do. 1908. S. II. u. 1910	97.50	7.	Hed. Kpt. u. Ssd. Kw.	117.
do. amort. Rte.v. 1890	88.30	do. 1912. S. III. u. 22	—	8.	Ilkirk. Mhw. Stras.	126.50
do. Konv.-Anl.v. 1890	99.	do. (abg.)	—	8.	Jung. Geb. Schramm.	127.
do. Gold- do. v. 1899	88.40	v. 1897. 96, 98, 02	—	12.	Kalk Rh. Westf.	157.60
do. St.-R. v. 1902	91.50	do. v. 1903 S. I, II	—	9.	Kunstseidef. Prfk.	—
do. Konv. A.v. 98 str.	80.	Worms v. 1901 u. 07	95.	9.	Lederf. N. Spier	203.
do. Goldant. 94 str.	—	Christiaan von 1894	97.50	7.	Roths. Kreuzn.	115.20
do. 1896 str.	—	Kopenh. v. 01. u. 11	—	10.	Löhnberg. Mühle	46.
Serb. strf. Gold	87.80	do. von 1880	87.	10.	Ludwigs. W.-M.	176.
do. amort. v. 1895	79.70	Nepel st. gar. Lire	94.50	30.	Masch. A. Kleyer	323.50
do. Ank. v. 1905	78.30	Stockholm v. 1880	—	6.	Armat. Hilpert	97.50
do. Ank. v. 1908	78.30	St. Buen.-Agr. 1892 Pers.	102.	10.	Baden. Wrinh.	138.
do. 1911	73.30	do. v. 1909 I. O. (409) Lt.	95.50	12.	Beck u. Henkel	164.70
Ung. St.-R. 1913	91.	do. v. 28 I. O.	—	28.	Borchfeld D.	339.
do. 1910	82.50	In %		10.	Daimler-Mot.	354.
do. v. 97-98. V.	—	Vorl. Letzt.		6.	Eselingen	87.
		o. G/A Deutscher Cr.		9.	Faber u. Schl.	105.
		100.20		5.	Fahrzg. Eisen	101.
		80.70		18.	Filt. & Br. Enz.	322.
		—		9.	Gasm. Deutz	124.
				10.	Kodak	287.30

Dkr. Bank-Aktien-

Londres. B.

## Londoner Börse

Schlusskurse vom		18. Februar:	
Amerikanische Bahnen.			
Atchison Top common	100.	Chartered	1.
Baltimore und Ohio	94.50	De Beers deferred	19.92
Canada Pacific	920.75	East Rand	2.04
Chicago u. Milwaukee	105.	Oerild	1.31
Denver u. Rio common	15.87	Oenz	0.53
Erie common	30.50	Goldfields	2.60
Great Western	14.	Jagersonstein	5.37
Louisville u. Nashville	140.	Modderfontein	12.12
Mis. Kas. Texas	21.87	Premiers	9.62
New York Ontario West	23.75	Rand Mines	6.05
Pennsylvania Railroad	57.95	Fonds.	
Reading	86.75	5 Argentinier von 1890	101.56
Rock Island	5.37	4 do. von 1897-1900	84.50
Southern Pacific	98.37	Argent. Navigator,	19
do. Railway common	27.	do. preferred	25.
Steel common	67.50	4 Brasilianer von 1890	75.50